67. Jahrgang, 5–7/2017, 30. Januar 2017

bpb:

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

1967

Sabine Pamperrien
SZENEN EINES JAHRES

Martin Stallmann
KRISE UND PROTEST: SIGNATUREN EINES WESTDEUTSCHEN JAHRES

Philipp Gassert
DIE AMERIKANISCHEN TRÄUME ZERSPLITTERN: 1967 IN DEN USA

Gabriele Clemens
VERGEBLICHES WERBEN UM DEN „BRENTRANCE". GROSSBRITANNIEN UND EUROPA 1967

Jan Busse · Stephan Stetter
DAS JAHR, DAS DEN NAHEN OSTEN VERÄNDERTE

Lukas Böckmann
„DER ERLÖSER AUS DEM DSCHUNGEL". ERNESTO GUEVARAS TOD, VERMÄCHTNIS UND AUFERSTEHUNG

Claudia Lepp
REFORMATIONSJUBILÄUM 1967 IM GETEILTEN DEUTSCHLAND. POLITISCHE ABGRENZUNG UND KONFESSIONELLE ANNÄHERUNG

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

1967
APuZ 5–7/2017

SABINE PAMPERRIEN
SZENEN EINES JAHRES
1967, das Jahr vor 1968. Wie war das Jahr vor dem großen Umbruch? Sich die Fülle an Ereignissen und die Stimmungen in der Gesellschaft ins Gedächtnis zu rufen, kann den Blick für die Bedeutsamkeit manch vermeintlicher Nebensache öffnen.
Seite 04–08

MARTIN STALLMANN
KRISE UND PROTEST: SIGNATUREN EINES WESTDEUTSCHEN JAHRES
Die Stichworte Notstandsgesetze, Große Koalition, Schah-Besuch, Benno Ohnesorg und APO verweisen auf ein bewegtes Jahr 1967. Mit den Signaturen „Krise“ und „Protest“ werden zentrale Entwicklungen in der Bundesrepublik in den Blick genommen und gefragt: Was bleibt?
Seite 09–14

PHILIPP GASSERT
DIE AMERIKANISCHEN TRÄUME ZERSPLITTERN: 1967 IN DEN USA
1967 fanden mehrere amerikanische Träume ein brachiales Ende. Martin Luther King verknüpfte Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit mit dem Vietnamkrieg. Der liberale Nachkriegskonsens zerfaserte, die Gegenkultur endete in sexueller Gewalt. Die konservative Wende deutete sich an.
Seite 15–20

GABRIELE CLEMENS
VERGEBLICHES WERBEN UM DEN „BRENTRANCE“ – GROSSBRITANNIEN UND EUROPA 1967
In Abkehr von ihrer bisherigen Europapolitik entschied sich die britische Labour-Regierung unter Premierminister Harold Wilson 1967, ein erneutes Beitrittsgesuch zu den Europäischen Gemeinschaften zu stellen. Was waren die Motive und die Folgen dieser Entscheidung?
Seite 21–26

JAN BUSSE · STEPHAN STETTER
DAS JAHR, DAS DEN NAHEN OSTEN VERÄNDERTE
Das Jahr 1967 markiert für den Nahen Osten einen Wendepunkt. Dies hat vor allem mit dem in arabischen Staaten als „Junikrieg“ und in Israel als „Sechstagekrieg“ bezeichneten Waffengang zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten zu tun. Die Folgen wirken bis heute nach.
Seite 27–33

LUKAS BÖCKMANN
„DER ERLÖSER AUS DEM DSCHUNGEL“ – ERNESTO GUEVARAS TOD, VERMÄCHTNIS UND AUFERSTEHUNG
Im Oktober 1967 wurde Ernesto „Che“ Guevara bei einer Guerillaoperation in Bolivien getötet. Sein Leben, sein Kampf und sein Denken haben seine posthume Stilisierung zu einem christusgleichen Erlöser maßgeblich vorgezeichnet. Schattenseiten werden häufig ausgeblendet.
Seite 34–40

CLAUDIA LEPP
REFORMATIONSJUBILÄUM 1967 IM GETEILTEN DEUTSCHLAND – POLITISCHE ABGRENZUNG UND KONFESSIONELLE ANNÄHERUNG
Politisches Instrument, Versuch kirchlicher Selbstbehauptung, konfessionelle Annäherung: Mit dem Reformationsjubiläum verbanden sich in Ost und West unterschiedliche Intentionen. Vor allem aber war es Spiegel deutsch-deutscher Verflechtungen und Divergenzen.
Seite 41–46

EDITORIAL

Am 25. April 1967 nahm die Bundesrepublik mit einem Staatsbegräbnis Abschied von Konrad Adenauer. Der Altkanzler, der sechs Tage zuvor gestorben war, hatte wie kein zweiter die junge Bonner Republik und deren erfolgreichen Aufbau verkörpert – aber, so seine Kritiker, auch deren „Muff“ und Spießigkeit. In der Rückschau erscheint die Trauerfeier auch wie der Abschied von einem Land, das es so nach 1967 nicht mehr geben würde. Schon wenig später bewegte ein weiterer Todesfall die Gemüter: Am 2. Juni wurde der Student Benno Ohnesorg während der Demonstration gegen den Schah-Besuch in West-Berlin von einem Polizisten erschossen. Sein Tod trug wesentlich zur Politisierung einer ganzen Generation bei, die schon bald als „68er“ bezeichnet werden sollte.

Vieles von dem, was heute unter „1968“ subsumiert wird, hat Ursprünge in den vorherigen Jahren – so auch die Protest- und Bürgerrechtsbewegungen, die sich vor allem, aber nicht nur in Westeuropa und den Vereinigten Staaten bildeten. Das Jahr 1967 steht in dieser Ausgabe somit als Chiffre für „die Zeit davor“. Die Betrachtung der Ereignisse jenes Jahres kann den Blick für die Voraussetzungen schärfen, durch die „1968“ erst möglich wurde – aber auch Dinge erhellen, die im Schlagschatten der 68er-Rezeption bisweilen untergehen.

Einschneidende Entwicklungen gab es 1967 auf der ganzen Welt: Während sich der Vietnamkrieg auf einem Höhepunkt befand, erlebten die USA im eigenen Land einerseits den *summer of love*, andererseits verheerende *race riots*. Das Vereinigte Königreich bemühte sich vergeblich um einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften, und im Nahen Osten wurde die Landkarte durch den dritten arabisch-israelischen Krieg nachhaltig verändert. Mit Ernesto „Che“ Guevara starb in den Wäldern Boliviens ein Held der Linken, der durch seinen Tod zur Ikone für die sich herausformende Protestgeneration wurde.

Johannes Piepenbrink

ESSAY

SZENEN EINES JAHRES

Sabine Pamperrien

Wie erzählt man die Geschichte eines Jahres? Gedanken über das Jahr 1967 beginnen üblicherweise mit der Gründung der Kommune 1 in Berlin am 1. Januar des Jahres. Geradezu paradigmatisch für die gesellschaftlichen Konflikte und Umbrüche stehe dieses Ereignis. Nur: Dazu wurde es erst in der Rückschau und späteren Deutung. Lebensgefühl, Gestimmtsein und historisch wirksame Einflüsse zeigen sich weniger in solchen Einzelereignissen als vielmehr im Zusammenspiel ganz unterschiedlicher Geschehnisse, die gleichzeitig und völlig unabhängig voneinander stattfinden und doch das eigentliche Szenario der hier zu erzählenden Geschichte ausmachen. Was war damals in der Welt los? Was bewegte die Menschen?

WILDGEWORDENE MITTE?

Blende auf: Am Abend des 21. Januar 1967 findet in der Hamburger Universität eine Podiumsdiskussion zum Thema „Radikalismus in der Demokratie“ statt. Unter der Leitung des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer sollen der Soziologe Ralf Dahrendorf, der Publizist Rudolf Krämer-Badoni, der Verleger Gerd Bucerius, der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden und der Ost-Berliner Rechtsanwalt Friedrich Karl Kaul über „KPD-Verbot, Nazi-Verbot, Mehrheitswahlrecht“, so der Untertitel der Ankündigung, diskutieren. Der Publikumsandrang ist riesig, denn eine solche Diskussionsrunde ist bisher einmalig. Drei Fernsehprogramme, Rundfunk und Vertreter anderer Medien sind vor Ort, darunter auch Reporter aus dem Osten. Die Kameras schwenken immer wieder auf bekannte Gesichter wie „Stern“-Gründer Henri Nannen im Kreise seiner Redakteure sowie prominente „Zeit“-, „Spiegel“- und NDR-Mitarbeiter. 30 zivil gekleidete Sicherheitskräfte sind ebenfalls da, zudem Verfassungsschutzmitarbeiter und Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR.

Es soll auch darüber gesprochen werden, wie es sein kann, dass eine rechtsradikale Partei in Deutschland 20 Jahre nach dem Ende des verbrecherischen Regimes der Nationalsozialisten wieder in die Parlamente gewählt worden ist. Am 6. November des Vorjahres ist es der 1964 gegründeten NPD bei ihrer ersten Teilnahme an einer Landtagswahl gelungen, mit einem Stimmenanteil von fast acht Prozent in den hessischen Landtag einzuziehen. Bei den bayerischen Landtagswahlen am 20. November hat sie 7,4 Prozent der Stimmen erhalten und stellt mit 15 Abgeordneten neben CSU und SPD die dritte Fraktion im Drei-Parteien-Landtag. Die zu den vorherigen Landtagen zählenden Kleinparteien FDP und Bayerische Volkspartei haben den Einzug in den Landtag verpasst. Wahlforscher und mit ihnen alle Medien beschäftigen sich intensiv mit der Frage, was den raschen Aufstieg der Partei ermöglicht hat. Ihr Entstehen verdankt die NPD dem Zusammengehen von Aktiven aus verschiedensten nationalistischen und rechtsextremen Kleingruppierungen und Splitterparteien, dazu der Deutschen Reichspartei (DRP), auf deren Organisationsstrukturen sie aufbauen konnte. Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die NPD mit zwei Prozent einen höheren Stimmenanteil als je zuvor die DRP. Anfang 1966 hatte die Partei 13 700 Mitglieder, am Ende des Jahres waren es 25 000.

Der Aufstieg einer nationalistischen Partei in Deutschland wird im In- und Ausland aufmerksam verfolgt, die Sorge um die Haltbarkeit der Demokratie ist groß. Der NPD-Vorsitzende hat sich bereit erklärt, in einer Art Tribunal Rede und Antwort zu stehen. Seine Zielrichtung ist klar. Er will seine Partei als ernst zu nehmende politische Alternative in der bundesdeutschen Parteienlandschaft etablieren. Das von den bürgerlichen Parteien und ihren journalistischen Sympathisanten viel Gegenrede kommen wird, will er zur Selbstdarstellung nutzen. Von Thadden traut es sich zu, in der bevorstehenden Debatte, die später in Rundfunk und Fernsehen übertragen wird,

zu punkten. Tatsächlich erntet er durch gezielte Jovialität eine Menge Beifall.

Der Ost-Berliner Jurist Friedrich Karl Kaul, führendes SED-Mitglied, ist eingeladen worden, weil er – als auch im Westen zugelassener Anwalt – in den 1950er Jahren die KPD im Verbotsprozess vor dem Bundesverfassungsgericht vertrat. Er sorgt für einen Eklat: Nachdem er eine im Verlautbarungsjargon seiner Partei verfasste Erklärung abgegeben hat, wonach er als Vertreter aus dem Ausland nicht befugt sei, sich in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik einzumischen, steht er auf und verlässt den Saal. Der Vorgang wird als schallende Ohrfeige für all jene gewertet, die auf eine offene Diskussion mit einem SED-Vertreter gehofft hatten.

Im weiteren Verlauf des Abends tritt der junge Ralf Dahrendorf Forderungen nach Einführung des Mehrheitswahlrechts entgegen: „Die große Frage, die sich uns heute stellt, ist doch: Ist die wildgewordene Mitte, die uns in den Zwanziger und Dreißiger Jahren den Nationalsozialismus beschert hat und die in anderen Ländern nicht im selben Maße, aber in erheblichem Maße auch wirksam war, heute noch lebendig? Gibt es also heute noch die politischen Interessen und Einstellungen, in der Regel mittelständischer Gruppen – es lässt sich nicht leugnen –, die antidemokratisch für eine autoritäre oder gar totalitäre Staatsordnung sind, die ein breites Echo finden und die zu beseitigen nach meiner Meinung nur möglich ist durch eine klare innere und äußere Politik, nicht dagegen durch Wahlrechtsmanipulationen?“

SCHLAGLICHTER

Blende: Am 11. Mai 1967 beschließt der Bundestag einstimmig und ohne Enthaltungen auf Antrag der Fraktionen der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Untersuchung der Konzentration und der Meinungsfreiheit im deutschen Pressewesen.[01] Innenminister Paul Lücke erklärt, dass es für die Bundesregierung bei der Konzentration keineswegs nur um einen wirtschaftlichen Vorgang gehe. Entscheidend sei auch die politische Frage, ob dieser Vorgang die in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Pressefreiheit und Freiheit der Berichterstattung gefährde. Die Absicht, eine solche Kommission einzusetzen, hatte die Bundesregierung bereits im Januar erklärt. Der erste Zwischenbericht soll bereits am 1. Oktober vorliegen. Besonders betroffen ist der Verleger Axel Springer, der nach Höhe der Auflagen seiner Zeitungen 40 Prozent des gesamten westdeutschen Zeitungsmarkts kontrolliert und in Hamburg und Berlin jeweils über 90 Prozent.[02]

*

Blende: Am frühen Abend des 17. August 1967 ist der Georgsplatz in Hannover erneut Schauplatz einer polizeilichen Maßnahme gegen „Gammler“. Angeblich ist einer der so bezeichneten Jugendlichen auf dem Platz Fahrrad gefahren. Ein halbes Dutzend Streifenwagen rückt an, um ihn festzunehmen. Vor den Augen von fast 1000 Schaulustigen kommt es zu einem Handgemenge, bei dem einer der Jugendlichen ein blaues Auge davonträgt. Seine Gefährten marschieren zur nächsten Polizeiwache, um dort Anzeige zu erstatten. Dort teilt ihnen ein Polizeihauptmeister mit: „Anzeige gibt es nicht. Das Grundgesetz ist heute außer Kraft.“[03] Nachts gibt es eine erneute Razzia gegen die „Gammler“ auf dem Georgsplatz. Die wenigen, die noch angetroffen werden, begrüßen die Polizisten wie alte Bekannte und lassen die Prozedur aus Festnahme, Abführen, Überprüfen und ein paar Stunden in Gewahrsam halten geduldig über sich ergehen.

*

Blende: Am 27. September 1967 findet abends in der ältesten Hamburger Kunstgalerie Commeter eine Vernissage zur Eröffnung der Ausstellung von Handzeichnungen und Radierungen Egon Possehls statt. Obwohl die geschlossene Veranstaltung nur geladenen Gästen und der Presse vorbehalten ist, ist der Andrang riesig. Possehl war bis vor Kurzem unbekannt. Doch nun ist das Werk durch Berichte in der „Bild“ und der „Welt“ in aller Munde: Ein reicher Sammler aus den Vereinigten Staaten soll sieben Illustrationen seines Zyklus „Die sieben Todsünden“ für 108 000 Mark erworben haben. Als Gäste ha-

01 Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 11.5.1967, S. 5179.

02 Vgl. Vorläufiger Bericht der Pressekommission, 15.12.1967, Bundestagsdrucksache V/2403, Anhang, S. 55ff.

03 Vgl. Andreas Kater, „Heute keine Anzeigen“, in: Die Zeit, 25.8.1967.

ben sich unter anderem der als Kunstsammler bekannte Gunter Sachs und die Schauspielerinnen Brigitte Bardot, Claudia Cardinale, Jeanne Moreau sowie Wirtschaftsminister Karl Schiller angekündigt, daneben die gesamte kunstliebende Hautevolee der Hansestadt und etliche Stars und Sternchen, die es ins Rampenlicht drängt. Zur Einführung in das sozialkritische Werk von Possehl wird Hamburgs ehemaliger Bürgermeister Paul Nevermann sprechen.

Im Vorfeld mussten die Veranstalter bereits um Unterstützung durch berittene Polizei und Staatschutz bitten, da Störaktionen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) befürchtet werden. Gegen 18 Uhr treffen die ersten Streifenwagen der Polizei ein, um für Ordnung vor dem Gebäude zu sorgen. Neugierige behindern schon lange vor der offiziellen Eröffnung den Verkehr. Die Zaungäste wollen eher einen Blick auf all die Prominenten werfen, die erwartet werden, als auf die Werke von Possehl. Drei Kamerateams und ein ganzes Rudel von Reportern und Fotografen drängeln sich bereits in der Galerie. Als erster Hauptgast trifft gegen 19.15 Uhr Nevermann ein. Die Stars verspäten sich. Bardot lässt über den PR-Agenten der Galerie wissen, dass sie sich gerade umziehe. Dass er mehrere Telefonate mit Claudia Cardinale führt, können alle mithören, die neben ihm stehen. So bekommen auch einige Besucher mit, dass es sich bei dem anonymen amerikanischen Sammler um niemand geringeres als Peggy Guggenheim handelt. Auch sie ist auf dem Weg in die Galerie.

Tatsächlich trifft sie kurz nach Nevermann ein, der nun seine Rede hält. Die berühmte Galeristin und Kunstmäzenin wechselt mit einigen Anwesenden ein paar Worte. Von den anderen Prominenten lässt sich jedoch niemand blicken. Die Stimmung wird angespannt. Auch der gereichte Wein kann den wachsenden Unmut nicht mehr beschwichtigen. Wo bleiben die angekündigten Promis? Nach zwei Stunden tritt der PR-Agent dann noch einmal vor Publikum und Presse. Alles war ein großer Bluff! Kunstkenner hätten auch schon eher darauf kommen können, dass irgendetwas nicht stimmt. Peggy Guggenheim ist mittlerweile 69 Jahre alt. Die Peggy, die hier erschienen ist, ist noch nicht einmal volljährig. Es ist die 17-jährige Schülerin Iris Berben.[04]

04 Vgl. Doller Jux, in: Der Spiegel, 2.10.1967, S. 194.

Der PR-Agent erklärt, dass er seinem Freund, dem erfolglosen Künstler Possehl, habe helfen wollen. Man habe zusammen in einer Kneipe in Hörweite des Springer-Verlags gesessen, als man überlegte, wie der Karriere des Malers auf die Sprünge zu helfen sei. Rasch habe sich ein „Bild"-Reporter gefunden, der die erfundene Geschichte vom armen Künstler, der über Nacht reich wurde, dankbar aufgegriffen habe. Zahlreiche Medien hätten die Geschichte dann verbreitet. Man hätte also gar nicht anders gekonnt, als dies auszunutzen. Und, Hand aufs Herz, es habe doch wunderbar geklappt! Wem wolle man da einen Vorwurf machen?[05]

WELT IN AUFRUHR

Szenen eines Jahres: Der Blick zurück weitet den Blick auf die Gegenwart und erleichtert Problemlösungsansätze für die Zukunft – vorausgesetzt, man schaut genau hin. Das Jahr 1967 hält für Chronisten der Zeitläufte gleich mehrere Déjà-vu-Erfahrungen bereit. Die Rekonstruktion manches Ereignisses zeigt nicht nur das hohe Niveau damals üblicher politischer und gesellschaftlicher Debatten, einschließlich der Notwendigkeit und auch der Machbarkeit von Veränderungen. Sie zeigt auch, wie wenig teilweise bis heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen aus den damals schon gezogenen Schlüssen gelernt wurde.

Einen wesentlichen Grund dafür hat der Historiker Nobert Frei benannt. In der Rückschau auf das Jahr 1968, dem gemeinhin eine identitätsstiftende Wirkung für eine ganze Generation zugeschrieben wird, ist der Fokus weit überwiegend auf Jugendrevolte und globalen Protest gerichtet. Frei hat in seiner luziden Analyse dessen, was „1968" ausmacht, herausgestellt, dass die gängige Wahrnehmung der „68er" so verkürzt ist und ihre Rezeption so überschattet durch den nachfolgenden linken Terrorismus, dass ihre Vorgeschichte, die in das letzte Drittel der Ära Adenauer rage, kaum wahrgenommen werde.[06] Hinzuzufügen ist, dass die Fokussierung auf den RAF-Terrorismus die weltweite Wechselwirkung historischer Einflüsse vernachlässigt – und auch die Alltagsgeschichte einer Zeit, von der Andy Warhol sag-

05 Vgl. Und alle, alle kamen nicht, in: Die Zeit, 6.10.1967.

06 Vgl. Norbert Frei, 1968: Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008³, S. 77 f. Siehe auch den Beitrag von Martin Stallmann in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

te, jeder habe sich um jeden gekümmert. Deshalb findet in gängigen Betrachtungen kaum Beachtung, dass einige Impulse aus dieser Zeit heute gewissermaßen unterbewusst weiterwirken und teilweise prägend geworden sind.

*

Das Jahr 1967 erlebt, ausgehend von den USA,[07] zwei besondere Sommer in einem: Es sind der *summer of love* und der *long, hot summer*, die zwar gleichzeitig stattfinden, gegensätzlicher aber nicht sein könnten. Der „Sommer der Liebe" steht für die immer größer werdende Jugendbewegung der Hippies und eine völlige Veränderung der Lebensentwürfe. Der „lange, heiße Sommer" steht im engeren Sinne für die schlimmsten „Rassenunruhen", die die Vereinigten Staaten je erlebten. Mit rigorosem Einsatz von Polizei und Militär werden Proteste niedergeschlagen. In Buffalo, Chicago, New York, Newark und zahlreichen weiteren Städten flammt die Gewalt in bisher ungekanntem Ausmaß auf – zugleich zeigt sich ein grundlegender Respektverlust gegenüber einer Staatsmacht, die ihr Gewaltmonopol offenkundig missbraucht.

Trotz oder gerade wegen ihrer Gegensätzlichkeit sind die symbolhaften zwei Sommer ideell eng miteinander verwoben. Sie sind geprägt von Hoffnung und Hoffnungslosigkeit, beide vor Kraft strotzend und darauf ausgerichtet, etwas zu ändern. Beide stehen letztlich für Auseinandersetzungen mit Gewalt, sei es staatliche Gewalt, Krieg, Willkürherrschaft oder Unterdrückung. Zu beobachten ist in diesem Jahr ein lange vorher begonnener, aber hier kulminierender Werteverlust und beginnender Wertewandel.

*

Es brodelt überall auf der Welt. Polizeistaatsmethoden sind nicht nur in Militärdiktaturen dieser Zeit zu besichtigen, sondern auch in der sogenannten freien Welt. Die Justiz gibt hier keine gute Figur ab mit Entscheidungen, die eher von Willkür und politischem Kalkül als Unabhängigkeit und Rechtstreue bestimmt scheinen. Muhammad Ali in den Vereinigten Staaten und Mick Jagger in England werden in übertriebener Härte abgeurteilt: der Boxer für seine Weigerung, seinen Kriegsdienst anzutreten und in Vietnam zu kämpfen, der Rockstar wegen Drogenbesitzes. In der Bundesrepublik werden die Freisprüche von des Mordes eigentlich überführten Nazi-Ärzten nur ganz am Rande rapportiert, während zur selben Zeit härteste Strafen gegen polemisierende Studenten und Arbeitsdienst für „Gammler" gefordert werden.

*

Das Unglück des Supertankers „Torrey Canyon" und der erste juristische Erfolg gegen den Einsatz des Insektizids DDT weisen der Wahrnehmung der Umwelt als schützenswertes und einklagbares Gut den Weg. Eklatante Sicherheitsmängel bei einer Brandkatastrophe in einem Brüsseler Kaufhaus mit Hunderten Toten und Verletzten und ebenso folgenreiche Sicherheits- und Planungsmängel bei der Vorbereitung des ersten Flugs zum Mond sensibilisieren für Sicherheitsstandards. Im Herrschaftsbereich der Sowjetunion beginnen Schriftsteller, sich von der politischen Bevormundung zu emanzipieren, auch, weil die Menschen in den westlichen Gesellschaften plötzlich beginnen, es mit Demokratie und Teilhabe ernst zu meinen.

*

Die Chronik des Jahres 1967 muss natürlich die Revolten in diesem Jahr zeigen, nicht nur in den USA, nicht nur in Europas Hauptstädten. In Bolivien etwa versucht Che Guevara vergeblich, einen Volksaufstand gegen das brutale Militärregime zu organisieren.[08] Auch andere Umbrüche dürfen nicht fehlen: In Griechenland gibt es einen Militärputsch und im Nahen Osten den „Sechstagekrieg", der Menschen rund um den Globus bewegt.[09]

Aber es gibt eben auch noch andere Ereignisse, die die Bevölkerung beschäftigen. Die nicht ganz zu Unrecht verschriene „Springerpresse" sorgt nicht nur für Stimmung gegen „Gammler" und Studierende. Besonders un- und außereheliche Kinder Prominenter einschließlich der dazugehörigen unmoralischen Liebschaften sind Thema. Eine entscheidende Rolle spielt die

07 Zu den USA 1967 siehe auch den Beitrag von Philipp Gassert in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

08 Zu Guevara siehe auch den Beitrag von Lukas Böckmann in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

09 Zum „Sechstagekrieg" siehe auch den Beitrag von Jan Busse und Stephan Stetter in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

„Bild"-Zeitung auch im größten deutschen Kriminalfall des Jahres. Der Eisenbahnattentäter mit dem Pseudonym „Ray Clark" beziehungsweise „Fantom" beschäftigt mit mehreren Anschlägen auf die Bundesbahn bis Ende Dezember ein Riesenaufgebot an Polizei. Drohungen, Schutzmaßnahmen und die Fahndung halten das ganze Land in Atem. Der Täter – man nennt ihn „Terrorist" und „Staatsfeind Nr. 1" – nutzt „Bild" als Forum und Vermittler.

Der Boulevard ist sozusagen das Facebook jenes Jahres, auch bereits mit fast allen Konsequenzen des „Postfaktischen" und ebenso verzerrend. In Großbritannien etwa ist die Zeitung „News of the World" maßgeblich an einer Intrige gegen die Rolling Stones beteiligt, die mit tätiger Unterstützung des britischen und US-amerikanischen Geheimdienstes den vermeintlich negativen Einfluss der Rocker auf die Jugend beenden soll.

GESCHICHTE IM KLEINEN

Aber schlagen all diese mehr oder weniger bedeutenden historischen Ereignisse auf den Alltag der „ganz normalen" Durchschnittsfamilien durch? Werden nicht entscheidende Tatsachen vergessen, wenn immer nur Herrschafts- und Prominentengeschichte beschrieben wird? Es gibt andere Blicke auf Geschichte, etwa auf die Mentalität, die Technik, die Medizin, die Kaufkraft und das Konsumverhalten.

Im oberpfälzischen Erbendorf zum Beispiel wohnt 1967 der Bundesbahnbeamte Kurt Drechsler mit seiner Familie. Keine Sensationen, keine die Welt verändernden Entdeckungen oder Eroberungen sind von ihm zu erwarten, keine politisch radikalen Ansichten oder der Ausbruch aus der bürgerlichen Existenz. Er ist ein sehr ordentlicher Mann. Deshalb führt er sorgfältig Buch über den vierköpfigen Haushalt, den er als Alleinverdiener zu versorgen hat. Der 31-jährige Familienvater hat einen klaren Grundsatz: Niemals über die Verhältnisse leben, immer auch etwas zurücklegen. Gespart wird für Notzeiten, größere Anschaffungen und natürlich die Ausbildung der Kinder. Umfragen aus dem Jahr 1967 zeigen, dass der weit überwiegende Anteil der deutschen Bevölkerung nach diesen Prinzipien lebt. Und mehr noch, auch der größte Teil der vermeintlich so aufmüpfigen Jugend lebt danach. Familie gründen, Haus bauen, Reisen, den Kindern eine gesicherte Zukunft ermöglichen, durchaus nach dem Vorbild der Eltern – darum geht es.

Letztlich sind es genau diese Protagonisten, an denen die Wirkmacht historischer Ereignisse zu überprüfen ist: die sogenannten einfachen Bürgerinnen und Bürger. Was hat sich eigentlich bei ihnen und für sie geändert? Die Impulse, die von den Ereignissen des Jahres 1967 ausgingen, wirkten auf ganz unterschiedliche Weise und viel mehr als Unterströmungen. Jeder, der 2017 seinen Verpackungsmüll in die Gelbe Tonne trägt, ist ein ganz klein wenig Hippie und damit Nachfolger der Erfinder des *summer of love*, zu deren Lebensentwurf das Recyceln zählte. Aber auch die Akzeptanz des Anderen gehörte zu diesem Entwurf. Umso seltsamer, dass sich an den Abwehrreflexen der heutigen Gesellschaft gegen Anderssein und Fremdsein allem Anschein nach so gut wie nichts geändert zu haben scheint.

Was führte auf lange Sicht zu größeren gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland? Der Mord an dem Studenten Benno Ohnesorg oder die Einführung der Satelliten-Live-Schalte um die ganze Welt? Oder nicht doch eher die erste erfolgreiche Teilnahme einer Frau am Boston-Marathon und die uneheliche Mutterschaft der beliebten deutschen Fernsehansagerin Petra Schürmann? Waren es politische Bewegungen, gesellschaftliche Tabubrüche oder technische Innovationen? Bewirkte gar der Neckermann-Katalog vom Frühjahr 1967 mit seiner revolutionären Neuausrichtung auf die kaufkräftige Jugend den größten Umbruch? Sich die Fülle an Ereignissen und die Stimmungen in der Gesellschaft des Jahres 1967 ins Gedächtnis zu rufen, kann den Blick für die Bedeutsamkeit so mancher vermeintlichen Nebensache öffnen. Und vielleicht ermöglicht dies sogar die Revision manch historischer Verkürzung.

SABINE PAMPERRIEN
ist promovierte Literaturwissenschaftlerin und arbeitet als freie Journalistin und Buchautorin. Im Februar 2017 erscheint ihr neues Buch „1967. Das Jahr der zwei Sommer" bei dtv.
sabine@pamperrien.de

KRISE UND PROTEST: SIGNATUREN EINES WESTDEUTSCHEN JAHRES

Martin Stallmann

Wo von „Krise“ die Rede ist, da lässt sich immer ein Patient entdecken, der entsprechende Symptome zeigt. Antike Mediziner verwendeten den Krisenbegriff, um jenen Zeitpunkt zu beschreiben, der zwischen Leben oder Tod entscheidet. Diese Bedeutung hat sich im modernen Sprachgebrauch erhalten.[01] Obgleich eine Krise im Alltag zumeist rein negativ verstanden wird, so markiert sie im Grunde eine offene Situation, in der Entscheidungen fällig sind, die Verbesserungen oder Verschlechterungen nach sich ziehen können.[02] Nicht wenige zeitgenössische Beobachter attestierten der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1966/67, dass sie entweder in einer Krise stecke oder eine solche unmittelbar bevorstehe. So titelte etwa „Der Spiegel“ im August 1966 mit der Frage: „Wirtschaftskrise in Deutschland?“ Im November 1966 appellierte die „Bild“ an die Politik: „Wenn Bonn jetzt handelt, wird es weder eine Wirtschaftskrise noch eine Staatskrise geben!“ Und im Sommer 1967 konstatierte das „Hamburger Abendblatt“ eine „Studentenkrise“.[03]

Im Herbst 1966 hatten sich die Ereignisse in Bonn überschlagen: Die Koalition aus CDU/CSU und FDP zerbrach über den Bundeshaushalt 1967, Bundeskanzler Ludwig Erhard trat zurück und die CDU/CSU-Fraktion kürte den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger zum Nachfolgekandidaten; die SPD sah nach vielen Oppositionsjahren die Chance zur Regierungsbeteiligung. In dieser Situation bot der SPD-Vorsitzende Willy Brandt der Union in einem Schreiben die Hilfe seiner Partei bei der „Überwindung der Regierungskrise“ an.[04] Das Wort „Krise“ schien in aller Munde zu sein. Selbst Kiesinger betonte in seiner ersten Regierungserklärung im Dezember 1966, dass die Große Koalition nicht „aus einem glänzenden Wahlsieg, sondern aus einer von unserem Volk mit tiefer Sorge verfolgten Krise“ hervorgegangen sei. Die Regierung habe aber die Kraft, „zu entscheiden, was entschieden werden muß“.[05] Der Kanzler ging damit auf das Krisenempfinden innerhalb der Bevölkerung ein und präsentierte sich und das Kabinett als zupackende Entscheider, womit er sich von Amtsvorgänger Erhard abgrenzte, der in der öffentlichen Wahrnehmung immer häufiger den Eindruck eines Zauderers hinterlassen hatte. Noch bevor Kiesinger seine Rede gehalten hatte, erklangen im Zuge der Regierungsbildung etliche Klagegesänge, dass die Große Koalition wiederum eine Krise der Demokratie auslöse.[06]

Im Abstand von nunmehr 50 Jahren könnte man die zeitgenössischen Äußerungen als grandiose Übertreibungen abtun. Sie zeigen aber, dass es sich bei Krisen vordergründig um Wahrnehmungsphänomene handelt. Krisenbeschreibungen sind Selbstbeobachtungen von Gesellschaften, mit deren Hilfe man über eine plötzlich ungewisse Zukunft spricht – insbesondere während sozialer und wirtschaftlicher Umbruchserfahrungen.[07] Bereits 1969 war die Talsohle der Konjunkturflaute durchschritten, jedoch konnten die Zeitgenossen der Jahre 1966/67 das baldige Rezessionsende nicht erahnen. Durch die Wachstumsraten der Nachkriegsjahre verwöhnt, erschraken sie über einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozent und eine Arbeitslosenquote von knapp über zwei Prozent. Große Bevölkerungsteile nahmen die „Krise“ viel dramatischer wahr, als sie tatsächlich war. In einer Umfrage gaben fast 40 Prozent an, dass sich die Bundesrepublik in einer Wirtschaftskrise befinde, knapp 25 Prozent der Befragten sahen eine solche heraufziehen.[08] „Die Zeit“ verkündete zu Jahresbeginn 1967 die „Hiobsbotschaft“, dass sich 578 400 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet hätten und die Arbeit knapp werde.[09] Gemessen an den Arbeitslosenzahlen nachfolgender Jahrzehnte erscheint die Meldung alarmistisch.

Jedoch gerieten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre bundesrepublikanische Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten wie Vollbeschäftigung und stetiger Aufschwung ins Wanken. Mit Konrad Adenauer starb im April 1967 zudem eine Identifikationsfigur der frühen Bonner Republik und ein Gesicht des deutschen „Wirtschaftswunders". Darüber hinaus prägten die Vergangenheitserfahrungen mit der ersten deutschen Demokratie und die Zukunftserwartungen der zweiten den Blick auf die Gegenwart: Das Gespenst von Weimar ging um.

DEMOKRATIE IM NOTSTAND?

Im März 1967 fragte der Politologe Karl Dietrich Bracher: „Wird Bonn doch Weimar?", und warnte vor den möglichen Folgen der Großen Koalition für die bundesrepublikanische Demokratie: „Anti-Parlamentarismus, außerparlamentarische Opposition, restauratives und autoritäres Denken, Radikalismus".[10] In Brachers Worten schwang Zukunftsangst mit, vor einem Parlament, in dem nur noch die FDP die Oppositionsrolle innehatte; vor einer Partei wie der NPD, die 1966 erste Landtagsmandate in Bayern und Hessen errang und 1967 gleich in vier Landtage (Bremen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) einziehen sollte. Und mit Sorge beobachtete er die Verlagerung der politischen Diskussion vom Bundestag hinter die verschlossenen Türen der Ausschüsse und Ministerien, aber auch das Anwachsen einer außerparlamentarischen Opposition, die sich von der Politik nicht mehr vertreten fühlte. Bracher war mit seiner Sorge nicht allein. Vor allem die Regierungspläne, eine Notstandsverfassung zu erlassen, führten unter linksliberalen Intellektuellen, den Gewerkschaften und einem Teil der Studierendenschaft zu lebhaften Diskussionen und zahlreichen Protesten.

Die Debatten um die Notstandsgesetze sind ohne die Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung und dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie nicht zu verstehen. Der Notstandsartikel 48 hatte dem Reichspräsidenten der Weimarer Republik eine enorme Machtfülle verliehen: Er konnte Präsidialkabinette bilden und Grundrechte ganz oder teilweise außer Kraft setzen. Mithilfe von Notverordnungen war es möglich gewesen, ohne das Parlament zu regieren. Ein Verfassungsinstrument, das die Republik im Notstandsfall retten sollte, hatte so maßgeblich zur Aushöhlung und Zerstörung der Demokratie von Weimar beigetragen.

In den 1960er Jahren wuchs die Angst davor, dass sich diese Geschichte in Bonn wiederholen könnte. Bereits am Anfang des Jahrzehnts hatte der damalige Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU) einen ersten „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes" präsentiert. Falls ein äußerer oder ein innerer Notstand eintrete, sollte es möglich sein, die Grundrechte einzuschränken sowie die Bundesregierung mit besonderen Kompetenzen auszustatten.[11] Insbesondere die Gewerkschaften kritisierten die Pläne, da sie Einschränkungen beim Streikrecht befürchteten. Der Kritik schlossen sich Intellektuelle, linke Studierende sowie Angehörige der Ostermarschbewegung an. Nachdem die SPD-

01 Vgl. Alexander Demandt, Metaphern für Geschichte. Sprachbilder und Gleichnisse im historisch-politischen Denken, München 1978, S. 27.

02 Vgl. Rüdiger Graf, Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933, München 2008, S. 361 f.

03 Der Spiegel, 22. 8. 1966; Packt die Krise in den Schrank!, in: Bild, 22. 11. 1966, zit. nach: Kristoffer Klammer, Die „(Wirtschafts-)Krisen" von 1966/67 und 1973–75. Annäherungen aus historisch-semantischer Perspektive, in: Inga Klein/Sonja Windmüller (Hrsg.), Kultur der Ökonomie. Zur Materialität und Performanz des Wirtschaftlichen, Bielefeld 2014, S. 215–234, hier S. 220; Martin Saller, Die Studentenkrise, in: Hamburger Abendblatt, 21. 6. 1967, S. 2.

04 Schreiben des Vorsitzenden der SPD, Brandt, an den Vorsitzenden der CDU und Bundeskanzler, Erhard, 11. November 1966, in: Willy Brandt, Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD 1947–1972, bearb. von Daniela Münkler, Bonn 2000, S. 389.

05 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 13. 12. 1966, S. 3665.

06 Vgl. Christian Schletter, Grabgesang der Demokratie. Die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985, Göttingen 2015, S. 247–254.

07 Vgl. Thomas Mergel, Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: ders. (Hrsg.), Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, Frankfurt/M.–New York 2012, S. 9–22, hier S. 12.

08 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967, Allensbach–Bonn 1967, S. 262.

09 Heinz-Günter Kemmer, Wenn die Arbeit knapp wird, in: Die Zeit, 27. 1. 1967, S. 31.

10 Karl Dietrich Bracher, Wird Bonn doch Weimar?, in: Der Spiegel, 13. 3. 1967, S. 60–68, hier S. 68.

11 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Die Furcht vor einem „neuen 33". Protest gegen die Notstandsgesetzgebung, in: Dominik Geppert/Jens Hacke (Hrsg.), Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008, S. 135–150, hier S. 135 f.

Bundestagsfraktion den Gesetzentwurf abgelehnt hatte, verschwanden die Pläne zunächst in der Schublade. Offenkundig mangelte es an der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag, um Änderungen am Grundgesetz vorzunehmen. In den folgenden Jahren standen jedoch weitere Entwürfe zur Diskussion. Im Verlauf der Auseinandersetzung signalisierte die SPD ihre Bereitschaft, die Notstandsgesetzgebung mitzugestalten und letztendlich mitzutragen.[12]

Nachdem sich im Herbst 1966 abzeichnete, dass bald eine Große Koalition regieren würde, trat das Thema mit Vehemenz auf die Tagesordnung. Zwischen November 1966 und Februar 1967 entstanden in 80 Städten lokale Aktionskomitees gegen die Notstandsgesetze. Bis Jahresende erhöhte sich die Zahl auf 150.[13] Am 30. Oktober 1966 demonstrierten über 20 000 Menschen gegen die geplante Notstandsgesetzgebung auf dem Frankfurter Römerberg, wobei man Plakate wie „Wehret den Anfängen" oder „Nie wieder 1933" lesen konnte.[14] Das „Kuratorium Notstand der Demokratie", Organisator und Motor des Protests, erinnerte die Bundestagsabgeordneten „an das Ermächtigungsgesetz vom März 1933, das den Untergang der ersten deutschen Republik endgültig besiegelt" hatte.[15] Der Bezug auf Weimars Ende diente den Organisatoren als Gegenwartskritik und düstere Zukunftsprognose.

Bei Befürwortern der Gesetzesinitiative spielte die antizipierte Zukunft ebenfalls eine entscheidende Rolle. Sie befürchteten, dass das Grundgesetz in seiner bisherigen Form für Krisen- oder Katastrophenfälle nicht gewappnet sei. Der CDU-Abgeordnete Bert Even fasste diese Sicht während einer Bundestagsaussprache im Juni 1967 knapp zusammen: „Die Demokratie wird nicht abgebaut, sondern umgekehrt für Krisenlagen gefestigt."[16] Geradezu spiegelbildlich argumentierten Befürworter und Gegner also mit dem Motiv einer zukünftigen Krise der Demokratie: Für die einen waren die Notstandsgesetze wichtige Bewahrer vor einer Krise und für die anderen Auslöser derselben.

MOTOREN DES PROTESTS

Die Diskussionen um die Notstandsgesetze dauerten bis zu ihrer Verabschiedung im Mai 1968 an. Für die Außerparlamentarische Opposition (APO) waren die Notstandsgesetze ein wichtiges Mobilisierungsthema und gleichzeitig der Kitt, der sie zusammenhielt. Ein zeitgenössischer „Sprachführer durch die Revolution" bezeichnete die APO als ein „Ensemble von Gruppen und Organisationen".[17] Die Studentenbewegung war mit ihren Verbänden ein wichtiger Teil der APO, nahm beim Protest gegen die Notstandsgesetze aber nicht die federführende Rolle ein. Diese Funktion hatten vor allem die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall inne. Die Studierenden sorgten mit ihren neuen Protestformen wie Sit-ins und Teach-ins, die sie der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung entliehen hatten, jedoch für eine enorme Präsenz in den Medien. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) bildete wiederum die politische und organisatorische Keimzelle der studentischen Bewegung, darüber hinaus waren der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD), der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) und die Humanistische Studentenunion (HSU) maßgebliche Akteure.[18]

Was diese studentischen Gruppierungen trotz unterschiedlicher politischer Einstellungen einte, war die Wahrnehmung, dass sich die deutschen Hochschulen in einer Krisensituation befänden: Reformstau und Etatkürzungen, überkommene Traditionen und verkrustete Strukturen allerorten. Daher standen am Anfang des studentischen Protests die Forderungen nach einer Demokratisierung der Universität, nach Transparenz und

12 Zu den Etappen der Notstandsgesetzgebung vgl. Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968, Bonn 1986; Boris Spernol, Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit, Essen 2008.

13 Vgl. Pavel A. Richter, Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 35–55, hier S. 47.

14 Dietrich Strothmann, Das Frankfurter Standgericht. Der Protest der Zwanzigtausend gegen die Notstands-Demokratie, in: Die Zeit, 4.11.1966, S. 6.

15 Schlusserklärung des „Kuratoriums Notstand der Demokratie", zit. nach: Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 347.

16 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll vom 29.6.1967, S. 5874.

17 Raimund Koplin, Sprachführer durch die Revolution, München 1968, S. 13.

18 Vgl. Axel Schildt/Detlef Siegfried, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart, München 2009, S. 281.

Teilhabe sowie Verbesserungen der Studienbedingungen. Auch ganz lebensweltliche Gründe trieben die Studierendenschaft auf die Straßen. So protestierten in den letzten Apriltagen 1967 beispielsweise die Darmstädter Studierenden mithilfe von Sit-ins und Demonstrationszügen gegen die Verteuerung des Mensaessens von 1,10 auf 1,30 DM.[19] Sie machten von ihrem Recht Gebrauch, Defizite und Probleme an den Universitäten anzusprechen. Der Darmstädter SDS kommentierte die Preiserhöhung und integrierte sie in die eigene Argumentationslogik: Die „Emanzipation der Studenten zum freien intellektuellen Arbeiter und die volle Herstellung der akademischen Freiheit des Studiums werden ersetzt durch eine immer extremere persönlich-materielle Abhängigkeit des Studenten von seinen Eltern, Mäzenen, Dozenten, den Zwang, sich zum Bittsteller in Permanenz (…) zu entwickeln".[20] Diese Stellungnahme ist ein Beispiel für die Theoretisierung des Protests im Jahr 1967; selbst hinter einer Mensapreiserhöhung vermutete der SDS staatliche Unterdrückungsmechanismen. Hier zeigt sich, wie aus Hochschulkritik eine generelle Kritik der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse erwuchs. Retrospektiv wurde dem SDS eine zentrale Rolle bei den Hochschulreformen in den späten 1960er Jahren zugeschrieben. Wie neuere Forschungen zeigen, erschöpfte sich sein Einfluss darin, „in letzter Konsequenz den hochschulpolitischen Druck" erhöht zu haben.[21]

Jenseits der Hochschulpolitik gelang es dem SDS, das Themenspektrum des Protests deutlich auszuweiten: gegen den Vietnam-Krieg und die Unterdrückung in der „Dritten Welt", gegen den Springer-Konzern, gegen „das Kapital" und den vermeintlich fortwirkenden „Faschismus" in der Bundesrepublik. Die Chiffre Faschismus bezogen die Protestierenden auf nahezu alle bundesrepublikanischen Kritikpunkte: auf autoritäre Strukturen, undemokratische Verfahren und repressive Erziehungsmethoden.[22] Dabei stand nicht so sehr eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Zentrum, wohl aber das Bestreben, eine Wiederkehr des Nationalsozialismus zu verhindern. Insbesondere die Parallelisierung mit der Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme bestimmte die Wahrnehmungswelt der Protestierenden. Die Zukunft schien der Vergangenheit immer ähnlicher zu werden. Der gewaltsame Tod des Studenten Benno Ohnesorg am Rande der Proteste gegen den Schah-Besuch am 2. Juni 1967 verfestigte diese Wahrnehmung.

SCHAH-BESUCH UND FOLGEN

Vier Tage nach dem Tod Ohnesorgs erklärte der SDS-Bundesvorstand: „Das postfaschistische System in der BRD ist zu einem präfaschistischen geworden." Der Bundesvorstand verknüpfte das tragische Ereignis in Berlin mit der geplanten Notstandsgesetzgebung. In dieser Perspektive war der tödliche Schuss, abgefeuert vom Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras, „ein Exempel, wie eine mit Notstandsgesetzen ausgerüstete Staatsgewalt" in Zukunft politischen und sozialen Konflikten begegne.[23]

Den Rahmen der Geschehnisse am 2. Juni bildete ein Staatsbesuch: Vom 27. Mai bis zum 4. Juni 1967 verweilten Schah Mohamed Reza Pahlavi und seine Ehefrau Kaiserin Farah Diba in der Bundesrepublik. Die Sicherheitsvorkehrungen waren enorm. Die Behörden sperrten ganze Autobahnen, mehrere zehntausend Polizeibeamte waren bundesweit im Einsatz. Demonstrationen begleiteten das iranische Staatsoberhaupt auf fast allen Stationen seiner Deutschlandreise. Für die Protestierenden war der Schah die Inkarnation der Unterdrückung, Symbol für Imperialismus und Kapitalismus, verantwortlich für die Ausbeutung der iranischen Bevölkerung.[24] Der Schah-Besuch war zugleich ein Medienereignis: Die ARD berichtete live von der Ankunft der Staatsgäste und vom abendlichen Empfang

19 Vgl. Wolfgang Mengel, Mehr tun als studieren, in: Die Darmstädter Studentenzeitung, Juni 1967, S. 4.

20 Stellungnahme des Darmstädter SDS, zit. nach: ebd.

21 Anne Rohstock, Nur ein Nebenschauplatz. Zur Bedeutung der „68er"-Protestbewegung für die westdeutsche Hochschulpolitik, in: Udo Wengst (Hrsg.), Reform und Revolte. Politischer und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1968, München 2011, S. 45–59, hier S. 49.

22 Vgl. Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 855.

23 Erklärung des SDS-Bundesvorstandes vom 6. Juni, in: Verband Deutscher Studentenschaft (Hrsg.), Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuchs, Köln 1967, S. 98.

24 Zum Schah-Besuch vgl. insbesondere Simone Derix, Bebilderte Politik. Staatsbesuche in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Göttingen 2009, 288–316.

in Schloss Brühl. Das ZDF wusste zu berichten, dass Kaiserin Farah fast 40 Kostüme mit in die Bundesrepublik gebracht hatte und pries den Schah ausschließlich positiv als „Reformator" und „Modernisierer".[25] Dass die Bundesrepublik diesen Despoten mit allen Ehren empfing, Boulevardzeitungen und Fernsehbeiträge mitunter mehr Zeit damit verbrachten, über die Kleidung der Kaiserin zu berichten, anstatt auf das Leid der iranischen Bevölkerung einzugehen, muss dem SDS als Sinnbild für die politischen und gesellschaftlichen Zustände im Land erschienen sein: Jubel über die Staatsgäste auf der einen Seite, Protest auf der anderen.

Wie viele andere Studierende protestierte der 26-jährige Benno Ohnesorg am 2. Juni gegen den Schah-Besuch in Berlin. Gemeinsam mit seiner schwangeren Frau war er zu der Demonstration gegangen. Gegen 20 Uhr verabschiedete sich Christa Ohnesorg von ihrem Mann, eine halbe Stunde später fiel der tödliche Schuss. Die Fotografie, die kurz nach dem Schuss entstand und den am Boden liegenden Ohnesorg zeigt, entwickelte sich zu einer Bildikone, in der viele der Protestierenden eine Mahnung und den Antrieb für eigenes politisches Handeln sahen.[26] Hierzu trug auch die anschließende Berichterstattung in den Springer-Zeitungen bei: „Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen", war etwa in der „B.Z." zu lesen. Die „Bild" machte Ohnesorg zum „Opfer von Krawallen, die politische Halbstarke" inszeniert hätten. Und die „Welt am Sonntag" schrieb: „Kripo erschoß Student in Notwehr".[27] Solche Zitate wurden in der Forschung häufig herangezogen, um die Stimmung jener Zeit einzufangen. Jedoch setzten sich die linksliberalen Zeitungsorgane nüchterner und kritischer mit der Berliner Polizei auseinander, Fernseh- und Radiobeiträge hinterfragten das staatliche Vorgehen.

Die APO trug massive Konflikte mit dem Springer-Konzern aus, gleichzeitig ging sie Kooperationen mit anderen massenmedialen Akteuren ein. In einem Beitrag der Fernsehsendung „Panorama" vom 5. Juni 1967 kamen Augenzeugen ausführlich zu Wort. Ein Student schilderte dabei, wie die Polizei Ohnesorg mit Knüppeln bearbeitet habe. Er berichtete von Ohnesorgs Hilflosigkeit und schließlich vom Mündungsfeuer auf Kopfhöhe. Rechtsanwalt Horst Mahler, später Mitglied der RAF, streute im selben Beitrag massive Zweifel an der „Notwehr-These".[28] Im Radio diskutierten etwa Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre (beide SDS) und Knut Nevermann (SHB) mit Professoren und Politikern in den folgenden Wochen stundenlang über die „Vorfälle beim Besuch des Schah", über „Ursachen und Stand der Studentenunruhen" oder über „Demonstrationsrecht und Polizeibefugnis".[29] Verschiedene Medienakteure boten den Protestierenden immer wieder eine Plattform, ihre Anliegen zu kommunizieren. Der Protest im Jahr 1967 war nicht nur ein Medien-, sondern vielmehr ein Kommunikationsereignis,[30] in dessen Zentrum die Fragen standen: Was ist das für eine Gesellschaft? Und wohin steuert diese Republik?

Die Gerichtsverfahren gegen Karl-Heinz Kurras sowie Fritz Teufel von der Kommune 1 schienen Antworten auf diese Fragen zu geben. Unter dem Motto „Freiheit für Teufel" protestierte die APO gegen den langen Gefängnisaufenthalt des Kommunarden, der mit Unterbrechung von Juni bis Dezember 1967 in Untersuchungshaft saß. Der Vorwurf der Berliner Justiz lautete: Landfriedensbruch und die Verletzung eines Polizisten am 2. Juni 1967. Teufels Haft mobilisierte die APO und führte zu unterschiedlichen Solidaritätskampagnen, es gab sogar einen Hungerstreik. Zugleich wurden Gelder für die Kaution gesammelt.[31] Am Ende sprach das Gericht Teufel frei. Für Zweifel am bundesdeutschen Rechtsstaat sorgte über die APO-Kreise hinaus der ebenfalls verhandel-

25 Zur Fernsehberichterstattung über den Schah-Besuch vgl. Meike Vogel, Unruhe im Fernsehen. Protestbewegung und öffentlich-rechtliche Berichterstattung in den 1960er Jahren, Göttingen 2010, S. 139–149.

26 Vgl. Marion G. Müller, Der Tod des Benno Ohnesorg, Ein Foto als Initialzündung einer politischen Bewegung, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder. 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 338–345, hier S. 341 f.

27 Das ist Terror!, in: B.Z., 3.6.1967, S. 3; Demonstrieren Ja! Randalieren Nein!, in: Bild, 3.6.1967, S. 1; Senat verbietet Demonstrationen. Polizist erschoss Student in Notwehr, in: Welt am Sonntag, 4.6.1967, S. 1.

28 Der Fall Benno Ohnesorg, in: Panorama, ARD, 5.6.1967, https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1967/panorama2371.html.

29 Vgl. die Dokumentation über Hörfunkbeitrage von Georg Polster et al., Studentenbewegung, Außerparlamentarische Opposition (APO). Hörfunkbeiträge, Frankfurt/M u.a. 1987.

30 Vgl. Vogel (Anm. 25), S. 8.

31 Vgl. Sandra Kraft, Vom Hörsaal auf die Anklagebank. Die 68er und das Establishment in Deutschland und den USA, Frankfurt/M.–New York 2010, S. 330.

te Fall Kurras. Nach dem tödlichen Schuss auf Ohnesorg blieb er auf freiem Fuß. Als im November 1967 das zuständige Gericht Kurras freisprach, sahen Beobachter dies als Signal für neue Auseinandersetzungen.

Der Allgemeine Studentenausschuss der Freien Universität Berlin bezeichnete das Urteil als eine „Unterstützung polizeilicher Terrorakte“ und als eine „direkte Bedrohung der demokratischen Opposition“.[32] Innerhalb der APO verfestigte sich das Narrativ von einem nicht erklärten Notstand. Die auf zahlreichen Plakaten und Flugblättern als „NS-Gesetze“ bezeichneten Notstandsgesetze erschienen für weite Teile der APO nach Ohnesorgs Ermordung in einem neuen Licht. Die Angst vor einer Rückkehr der NS-Diktatur war dabei nicht nur eine Wahrnehmung, sondern handlungsleitend. Sie führte dazu, dass junge Menschen auf die Straßen gingen, Flugblätter druckten, Plakate klebten und vor allem diskutierten. Der 2. Juni 1967 veränderte die Protestlandschaft. Einerseits erhielt die Studentenbewegung enormen Zuwachs, sowohl in den bisherigen Protesthochburgen Berlin und Frankfurt als auch in den Universitätsstädten. Andererseits bildete der 2. Juni den Ausgangspunkt einer zunehmenden Radikalisierung und erhöhte die Gewaltbereitschaft innerhalb der APO.

WAS BLEIBT VON 1967?

Nachdem 2009 bekannt geworden war, dass die DDR-Staatssicherheit Karl-Heinz Kurras als Mitarbeiter geführt hatte, schrieb „Der Spiegel“: „Was wäre gewesen, hätten die Studenten bald erfahren, dass Kurras in der SED und bei der Stasi war? Wäre ein wichtiger Teil der deutschen Geschichte ausgefallen?“[33] Sicherlich hätte die Meldung Verunsicherung ausgelöst. Die Zuspitzung auf die Person Kurras verdeckte, dass die Protestierenden eben nicht den einzelnen Polizisten, sondern das „faschistoide“ System für den Tod Ohnesorgs verantwortlich machten. In den Protestjahren rief Rudi Dutschke dazu auf, aggressiv und subversiv gegen dieses System vorzugehen, da dies die einzige Chance sei, dass Ohnmachtsgefühl zu durchbrechen und Menschen des 21. Jahrhunderts zu erschaffen.[34] Der proklamierte Marsch *durch* die Institutionen richtete sich zunächst gegen das bundesrepublikanische System und artikulierte utopische Hoffnungen. Nachdem diese Hoffnungen in den 1970er Jahren zerstoben, blieb der Marsch *in* die Institutionen.

Konservative Beobachter nahmen diesen Marsch als Bedrohung der demokratischen Ordnung wahr. Die „Revolution kommt heute auf leisen Sohlen“, schrieb 1971 der Soziologe Helmut Schelsky. Dabei artikulierte er die Angst vor einer linken „Machtergreifung“ durch Ausnutzung der Demokratie und warnte vor einer Krise, die zum Zusammenbruch der marktwirtschaftlichen Ordnung führen werde.[35] Wie APO-Mitglieder und Intellektuelle 1967 – nur aus entgegengesetzter Perspektive – diagnostizierte er eine Krankheit, die auch die erste deutsche Republik hinweggerafft hatte: eine fehlerhafte Demokratie.

Heute weiß man, dass die Revolution weder auf leisen, noch auf lauten Sohlen gekommen ist. Generell bestimmten 1967 Erwartungen und Befürchtungen vor großen Veränderungen die Wahrnehmung der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger, von denen sich letztlich keine erfüllen sollte. Jedoch zeichnete sich bereits ein dauerhaftes Krisenempfinden ab, das insbesondere im folgenden Jahrzehnt Politik und Gesellschaft stark prägen sollte. Für viele verlor die Zukunft ihr freundliches Gesicht.

MARTIN STALLMANN
ist promovierter Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind die bundesdeutsche Protest- und Mediengeschichte.
martin.stallmann@zegk.uni-heidelberg.de

32 Zit. nach Horst Zylka, Freispruch!, in: Bild, 31.11.1967, S. 2.
33 Dirk Kurbjuweit et al., Verrat vor dem Schuss, in: Der Spiegel, 22.5.2009, S. 42–51, hier S. 45.
34 Vgl. Rudi Dutschke, Redeausschnitt in: Carl Heinz Ibe/Lutz Mahlerwein, Ein Leben für die Utopie. Die Wirkungen und Grenzen des Rudi Dutschke, NDR, 29.12.1980.
35 Helmut Schelsky, Die Strategie der „Systemüberwindung“, Der lange Marsch durch die Institutionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.1971, S. 11f., hier S. 11.

DIE AMERIKANISCHEN TRÄUME ZERSPLITTERN: 1967 IN DEN USA

Philipp Gassert

1967 zerfaserte in den USA der liberale Nachkriegskonsens. Dieser hatte auf einer Kombination mehrerer Elemente beruht: zum einen auf einem robusten außenpolitischen Antikommunismus und Internationalismus, zum anderen auf wachsender Prosperität im Zuge des Wirtschaftsbooms nach dem Zweiten Weltkrieg, womit die Ausweitung sozialstaatlicher Programme, aber auch wachsende politische Teilhabe bisher diskriminierter Gruppen einhergegangen waren.[01] Fortschritte hatten vor allem Afroamerikaner zu verzeichnen gehabt. Staatlich sanktionierte „Rassentrennung" und der weitgehend legale Ausschluss der meisten Schwarzen vom Wahlrecht in den Südstaaten wurden mit den Bürgerrechtsgesetzen 1964/65 aufgehoben. Hierfür hatten die Köpfe der Bürgerrechtsbewegung nicht zuletzt auf den antitotalitären und antikommunistischen Konsens der USA gesetzt, weil der Kampf für die Freiheit in der Welt konsequenterweise Freiheit und Gleichheit zuhause erforderte.[02] Dieser prekäre Kompromiss zersplitterte 1967, auch weil sich zeigte, dass rechtliche Gleichstellung nicht den raschen Abbau ökonomischer Ungleichheit zur Folge hatte. Rassismus und Ausgrenzung dauerten an, Schwarze blieben wirtschaftlich weit überdurchschnittlich schlechter gestellt. Während sich die von Mittelschichts-Amerikanern stark beargwöhnte Gegenkultur im *summer of love* 1967 zu ihrem Alptraum verkehrte, kam es im Juli 1967 in mehreren innerstädtischen schwarzen Ghettos, vor allem in Newark und Detroit, erneut zu massiven Aufständen, teilweise ausgelöst durch Polizeigewalt.

Auch der Krieg der USA in Vietnam wurde zunehmend angeprangert. Er wurde im Herbst 1967 zum alles beherrschenden Thema. Einen ersten symbolträchtigen Höhepunkt erreichte der Antikriegsprotest im Oktober 1967, als Demonstrierende das Verteidigungsministerium in Washington belagerten (*march on the Pentagon*). Der Krieg spaltete die Demokratische Partei. Ende November kündigte Senator Eugene McCarthy (Minnesota) an, sich als „Friedenskandidat" um die Nominierung der Demokraten für die Präsidentschaftswahl 1968 zu bewerben. Er forderte damit Präsident Lyndon B. Johnson in dessen eigener Partei direkt heraus. Anfang November rief Johnson eine Gruppe älterer Staatsmänner und hochrangiger Berater (*the wise men*) zu einem Geheimtreffen zusammen, um Strategien zu überlegen, wie er das amerikanische Volk im Vietnamkrieg hinter sich halten könne. Obwohl der US-Oberkommandierende General William Westmoreland siegesgewiss von militärischen Fortschritten sprach, trennte sich Johnson Ende des Monats von seinem Verteidigungsminister Robert McNamara, der zwar zu den Architekten des Engagements in Vietnam gehört hatte, aber nun ein Ende der Bombardierungen forderte.[03] Im Dezember 1967 ließ sich die Beat-Ikone Allen Ginsberg medienwirksam verhaften, als er zur Kriegsdienstverweigerung aufrief.

1967 zeigen sich tiefe Risse im sozialen und politischen Gefüge der USA. Bisher verborgene Konflikte wurden manifest. Ein entscheidender Umbruch bahnte sich an, der sich 1968 ereignisgeschichtlich weiter verdichten sollte. Über die „Rassenfrage", Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Fragen von Sexualität, Frauenrechte, patriarchalische Autorität und „amerikanische Werte", aber ganz besonders über Vietnam, zerbrach die innere Einheit der Demokratischen Partei und des *US liberalism*.[04] Anfang 1967 trat Ronald Reagan sein Amt als Gouverneur von Kalifornien an. Er profilierte sich als harter Kämpfer für „Recht und Ordnung". Die konservative Tendenzwende, in deren Schatten die US-Politik bis heute steht, nahm Fahrt auf. Die politische Hegemonie der Demokraten endete, deren Basis Präsident Franklin D. Roosevelt mit dem New Deal ab 1933 gelegt hatte. Symbolisch festmachen lässt sich die Fragmentierung des liberal-demokratischen Spektrums an einer Rede des prominentesten Repräsentanten der US-Bürgerrechtsbewe-

gung, Dr. Martin Luther King, Jr., in der Riverside Church in New York im April und dessen wachsendem Engagement für Arme. Kings Rede bildet den Ausgangspunkt einer auf wenige Stichworte konzentrierten Zeitreise durch das Jahr 1967, in dem soziale Ungleichheit zum großen Thema wurde, daneben die *counter culture* (Gegenkultur) von einer Ideologie der Freiheit zur Gewaltorgie mutierte sowie Vietnam zunehmend alles andere übertönte.

MARTIN LUTHER KINGS APPELL AN DAS GEWISSEN

Am 4. April 1967 hielt Amerikas bekanntester Geistlicher, der Baptistenprediger, Bürgerrechtler und Friedensnobelpreisträger Martin Luther King in der Riverside Church in New York eine Aufsehen erregende Rede. In dieser brach er endgültig sein langes Schweigen über Vietnam und redete Nation und Politik ins Gewissen. Als Friedensnobelpreisträger, aber ganz besonders als Pfarrer sei es seine Pflicht und Schuldigkeit, die Friedensbotschaft Christi ohne jedes Wenn und Aber zu verkündigen. Irgendwann werde aus Schweigen Verrat („A time comes when silence is betrayal"). Dieser Punkt sei mit Blick auf Vietnam jetzt erreicht. Möglichen Einwänden hielt er entgegen, dass sich das Evangelium an alle Menschen richte: „Kommunisten und Kapitalisten, deren Kinder und unsere, Schwarz und Weiß, Revolutionäre und Konservative." Doch der Krieg sei deshalb so verhängnisvoll, weil er die USA im Innersten verwunde, weil er Amerikas Seele vergifte. Wie könne er die wütenden jungen Männer in den innerstädtischen Ghettos davon abhalten, in ihrer sozialen Ausweglosigkeit nicht zu Molotow-Cocktails und Gewehren zu greifen, wenn die US-Regierung der weltweit „größte Lieferant von Gewalt" („greatest purveyor of violence") geworden sei, fragte er.[05]

King wurde mehrfach von lang anhaltendem Applaus unterbrochen. Das Publikum von etwa 3000 christlichen und jüdischen Kriegskritikern, überwiegend Mitglieder der Organisation Clergy and Laymen Concerned About Vietnam (CALCAV), war vorhersehbar begeistert. Es hatte auf diesen Moment der Absage an den Vietnamkrieg von einer überragenden moralischen Autorität wie King geradezu gewartet. Doch die breite Öffentlichkeit reagierte ablehnend. Die liberale „New York Times" nahm zwar seit einiger Zeit eine kritische Haltung zum Krieg in Vietnam ein, kritisierte jedoch Kings Verknüpfung mit dem Kampf gegen Armut. Eine Vermengung komplexer Probleme schade allen Seiten. King erweise seinem Anliegen einen Bärendienst, weil konservative Kongressmitglieder gegen sozialstaatliche Programme munitioniert würden, wenn er Aspekte der Kriegführung in Vietnam mit Nazi-Methoden vergleiche.[06] Im Oval Office ließ Präsident Lyndon B. Johnson seiner Empörung freien Lauf: King sei „ein naiver schwarzer Prediger, der von den Kommunisten reingelegt worden ist".[07]

Die ganz überwiegend feindseligen Reaktionen auf die Riverside Church Speech sind Indikator des bröckelnden Konsenses und des Zerfalls der Koalition, die die Bürgerrechtsbewegung getragen hatte. Aus liberaler Sicht schlug King sich auf die Seite der schwarzen Radikalen rund um den Vorsitzenden des Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC), Stokely Carmichael. Er wurde daher nicht allein im demokratischen Establishment kritisiert. Afroamerikanische Zeitungen wie der „Pittsburgh Courier" hielten die Rede für einen schweren taktischen Fehler, weil sie das Bündnis mit Johnson untergrabe. Führende Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung wie der Direktor der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP), Roy Wilkins, distanzierten sich öffentlich in harschen Tönen.[08] Schließlich

01 Vgl. Alan J. Matusow, The Unravelling of America. A History of Liberalism in the 1960s, New York 1984; Robert D. Johnson, Washington, 20. Januar 1961. Der amerikanische Traum, München 1999, S. 171 ff.; Philipp Gassert/Mark Häberlein/Michael Wala, Kleine Geschichte der USA, Stuttgart 2008[2], S. 474 ff.

02 Vgl. Manfred Berg, The Ticket to Freedom. Die NAACP und das Wahlrecht der Afro-Amerikaner, Frankfurt/M. 2000.

03 Vgl. Marc Frey, Geschichte des Vietnamkrieges, München 1999[3], S. 159.

04 Vgl. Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 68–86; Anselm Doering-Manteuffel/Jörn Leonhard (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert – Aufriss einer historischen Phänomenologie, in: dies. (Hrsg.), Liberalismus im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2015, S. 13–32, hier S. 26 f.

05 Martin Luther King, Jr., „Beyond Vietnam", Address delivered to the Clergy and Laymen Concerned about Vietnam, Riverside Church, New York City, 4. 4. 1967, http://kingencyclopedia.stanford.edu/kingweb/publications/speeches/Beyond_Vietnam.pdf.

06 Dr. Kings Error, New York Times, 7. 4. 1967, S. 36, Reprint in OAH Magazine of History 1/2005, S. 45.

07 Zit. nach Peter J. Ling, Martin Luther King, Jr., London 2002, S. 274.

08 Vgl. Britta Waldschmidt-Nelson, Gegenspieler. Malcolm X und Martin Luther King, Jr., Frankfurt/M. 2010[6], S. 136.

gab es Fortschritte zu verzeichnen: Immer mehr Schwarze schafften den sozialen Aufstieg. Große, symbolische Durchbrüche wurden erreicht: 1966 war mit der Ernennung von Robert Weaver zum Secretary of Housing and Urban Development zum ersten Mal ein Schwarzer ins Kabinett berufen worden. Mit Edward Brooke (Massachusetts) saß seit Anfang 1967 zum ersten Mal ein direkt gewählter Afroamerikaner im Senat. Und im Herbst 1967 wurde in Cleveland mit Carl Stokes erstmals ein Schwarzer Bürgermeister einer amerikanischen Großstadt.

Als Krönung der wachsenden politischen Teilhabe von Afroamerikanern konnte die Berufung des ehemaligen NAACP-Justiziars Thurgood Marshall zum Richter am Obersten Gerichtshof im Oktober 1967 gesehen werden. Dieser hatte schon zuvor als erster Schwarzer im Amt des Chefanwalts der Regierung (Solicitor General) eine Schranke durchbrochen. Seine Wahl erfüllte die etablierten Kräfte der Bürgerrechtsbewegung mit Stolz.[09]

VON DER TEILHABE ZUR GLEICHHEIT

Doch während einzelne Mitglieder der afroamerikanischen Elite eine symbolische Hürde nach der anderen nahmen, änderte dies wenig an der extremen Armut der überwiegenden Mehrheit der Schwarzen. Diese lebten in Innenstädten oft in menschenunwürdigen „Dritte-Welt"-Verhältnissen. Selbst in direkter Nachbarschaft des Capitols dehnten sich Slums aus, eine für die Supermacht USA äußerst peinliche Lage. Der Kampf um die rechtliche Gleichstellung hatte Gräben überbrückt. Doch Kings Intervention – nicht die irgendeines Radikalen, sondern des Visionärs der „farbenblinden Gesellschaft" – legte Lebenslügen des amerikanischen Traums offen. Er beharrte darauf, dass ein Konnex zwischen dem Vietnamkrieg, in dem überproportional viele afroamerikanische Soldaten starben, einem fortdauernden „institutionellen Rassismus" und dem fast unlösbaren Problem der Armut bestand. Kritikern erläuterte er, dass die Prinzipien der Gewaltlosigkeit nicht auf die USA selbst beschränkt bleiben dürften, sondern auch für ihre internationalen Beziehungen gelten würden.[10]

Diese Mahnungen fanden traurige Bestätigung, als es im Sommer 1967 in zahlreichen Städten der USA zu blutigen Aufständen kam, wobei die *race riots* in Newark und dann in Detroit, allein dort mit 41 Toten, die schlimmsten waren. Natürlich verurteilte King das sinnlose Plündern und Morden. Doch zugleich beschwor er Johnson in einem Telegramm: Die sozialen Unruhen seien Folge der Untätigkeit der Regierung, die Soldaten schicke, statt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu organisieren. Der Präsident war empört über den „undankbaren Neger".[11] King verschärfte seinerseits die Gangart. Seit dem Herbst 1967 bereitete er einen neuerlichen Sternmarsch auf Washington vor, der nach dem Vorbild der erfolgreichen Bürgerrechtsmärsche, aber auch der Protestmärsche verarmter Veteranen und Arbeitsloser in den 1930er Jahren, den Kongress zur Verabschiedung von Hilfsprogrammen zwingen sollte. Diese *poor people's campaign* zielte auf alle Unterprivilegierten, nicht nur Schwarze, sondern auch arme Weiße, Ureinwohner und Latinos. Doch der Nobelpreisträger fand hierfür kaum Verständnis. In seiner Weihnachtspredigt 1967, die nur noch über den kanadischen Rundfunk ausgestrahlt wurde, sah er seine Vision seiner berühmtesten Rede von 1963 („I have a dream") enttäuscht: „Ich sah, wie mein Traum in einen Alptraum verwandelt wurde."[12]

Die Gleichberechtigungskampagne legte die fehlende Unterstützung durch städtische, weiße, überwiegend nicht der angelsächsischen Ethnie angehörende Wählerschichten offen (Iren, auch Polen und Italiener, in ländlichen Gebieten Iro-Schotten). Diese stellen die historische Basis der Demokratischen Partei dar. Für sie bildete nun statt Klassenfragen vermehrt die Rassenfrage den meist unausgesprochenen Orientierungspunkt. Das schwächte die Demokraten, zumal diese als historisch hegemoniale Partei des Südens dort auf der anderen Seite des Bürgerrechtskampfs gestanden hatten und aus deren Reihen mit dem ehemaligen Gouverneur von Alabama, George Wallace, ein eingefleischter Befürworter der Rassentrennung im Herbst 1967 damit begann, für sich als Drittpartei-Kandidat zu werben. 1968 sollte er den Demokraten entscheidende Stimmen wegnehmen. Wallace hatte sich mit seinem berüchtigten *stand in the schoolhouse door* – ein Vorfall im November 1963, als er persönlich zwei afroamerikanischen Studierenden den Zugang

09 Vgl. hierzu und zum Folgenden James T. Patterson, Grand Expectations. The United States, 1945–1974, Oxford 1996, S. 653ff.

10 Vgl. King an Jay H. Cerf, o.D. (1967), Reprint in OAH Magazine 1/2005, S. 48ff.

11 Zit. nach Waldschmidt-Nelson (Anm. 8), S. 139.

12 Zit. nach ebd.

zur University of Alabama versperrt hatte – seinen Namen als hartgesottener Segregationist redlich erworben. Er zielte, wie im Präsidentschaftswahlkampf 2016 Donald Trump sowie vor diesem die republikanischen Kandidaten Richard Nixon, Ronald Reagan und George H. W. Bush, auf Wähler aus den weißen Unterschichten, die von einer Umverteilung potenziell auch zugunsten der *urban poor* (sprich Schwarze) durch wohlfahrtsstaatliche Programme nichts für sich selbst erwarteten. Hingegen versprach Wallace generöse Zuwendungen an das für die weiße Mitte überragend wichtige staatliche Rentensystem (Social Security) und nahm isolationistische Positionen ein, indem er einen Abzug aus Vietnam innerhalb von 90 Tagen nach seiner Wahl versprach, sollte sich der Krieg als ungewinnbar erweisen.

Auch in der Frauenbewegung gärte es 1967. Einerseits hatte sie ebenfalls große Erfolge vorzuweisen. Der Civil Rights Act von 1964 verbot neben der rassischen auch die geschlechtsspezifische Diskriminierung am Arbeitsplatz. Doch andererseits mahlten die Mühlen der Justiz und der Antidiskriminierungsstellen vielen Frauenrechtlerinnen zu langsam, um patriarchalische Strukturen rasch zu überwinden. Die National Organization of Women (NOW) nahm auf ihrem ersten Jahrestreffen 1967 die Kampagne für ein Equal Rights Amendment zur Verfassung wieder auf. NOW, eine überwiegend von gut ausgebildeten, berufstätigen Frauen getragene Organisation ohne Massenanhängerschaft, zielte nun verstärkt auf die aktive Überwindung gesellschaftlicher Geschlechterunterschiede. Zunächst innerhalb der Neuen Linken gründete sich 1967 beispielsweise die Gruppe New York Radical Women (zu deren Mitgliedern in den 1970er Jahren prominente Feministinnen wie Robin Morgan und Shulamit Firestone gehörten). Diese Frauen fragten sich angesichts des unverhohlenen Sexismus vieler männlicher Protestler, deren Rollenverständnis verdächtig dem ihrer Väter glich, wie denn die Ideale einer partizipatorischen Demokratie in einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft verwirklicht werden könnten. Denn weibliche Körper waren auch in progressiven Milieus oft männlicher Kontrolle unterworfen, auch angesichts eines recht einseitigen Verständnisses „sexueller Freiheit". Derartige, damals radikal klingende Positionen, waren für die meisten amerikanischen Mittelschichtsfrauen nicht anschlussfähig.[13]

13 Als klassische Kritik vgl. Alice Echols, Daring to Be Bad: Radical Feminism in America, 1967–1975, Minneapolis 1989.

ALBTRAUM DER COUNTER CULTURE

Fragen des gesellschaftlichen Umgangs mit Sexualität stellten neben dem öffentlichen, mit vielen Mythen überfrachteten, im Rückblick oft haltlos übertriebenen Drogenkonsum einer relativ kleinen Minderheit, für viele Amerikaner der „hart arbeitenden" Arbeiter- und Mittelschichten (übrigens auch traditionell sozialkonservativ eingestellter afroamerikanischer Führungsschichten) den offensichtlichsten Stein des Anstoßes dar. Angesichts der von den Protagonisten der *counter culture* mit Gespür für Skandale zelebrierten Zurückweisung all dessen, was unter etablierten gesellschaftlichen Normen verstanden werden konnte, sahen sich Gralshüter von „Familienwerten" gezielt provoziert. Beide Seiten orientierten sich hierbei an den *fifties* als mythischem Referenzpunkt einer angeblich heilen Welt beziehungsweise eines verdammenswerten Konformismus. Zugleich wurde die Gegenkultur 1967 medial zum Modephänomen angeheizt und verkehrte sich auch dadurch in ihr Gegenteil. Der im Rückblick als Festival sozialer Bewusstseinserweiterung verklärte *summer of love* in San Francisco endete in einer Orgie von Kriminalität und sexueller Gewalt.

Die Ursprünge der *counter culture* liegen an mehreren Orten, auch in New York, und zwar in der Beat-Kultur der späten 1950er Jahre. 1967 verlagerte sich ihr Epizentrum endgültig an die Westküste, als San Francisco zum Pilgerziel zahlreicher sogenannter „Blumenkinder" wurde (in Scott McKenzies epochalem Song 1967 eingängig verklärt). Der in seinen Ursprüngen etwas unklare Begriff des „Hippie" wurde 1967 medial aufgegriffen und popularisiert. Die Fernseh-Dokumentation „The Hippie Temptation" gab Warnungen besorgter Psychologen und Pädagogen über das lockere Leben der „Hipster" in San Francisco Raum und warb doch mit kräftigen Bildern erst recht für das süße, libertäre Leben in der klimatisch begünstigten, schönen Stadt im Westen. 50 000, 100 000 „Blumenkinder", so die Prognose, würden sich in einem „Sommer der Liebe" vereinen. Es wurden noch mehr. Die Horden teils extrem naiver junger Menschen, verwandelten seit den Frühjahrsferien 1967 das Szeneviertel Haight-Ashbury, ursprünglich eine arme schwarze Nachbarschaft, nach und nach in einen Slum. Sie sahen sich von Drogendealern verraten und verkauft. Kleinkriminalität, auch massenhafte Vergewaltigungen ungeschützter junger Mädchen, aber auch jun-

ger Männer, waren an der Tagesordnung und wurden erstaunlich wenig geahndet.[14]

Im Sommer 1967 wurde San Francisco von jungen Menschen, oft noch Schülerinnen und Schüler, überrannt, die nach etwas Neuem, Unerhörtem und vor allem nach menschlicher Wärme, Erfüllung und Erfahrung von Ganzheit suchten. Viele dieser Teenager-Träume wurden brutal zerstört – im Greenwich Village in New York im wahrsten Sinne des Wortes, wo zwei von zuhause ausgebrochene „Blumenkinder", ein Junge und ein Mädchen, auf einem LSD-Trip im Oktober 1967 ermordet wurden. Das Mädchen war im zweiten Monat schwanger und war vor seiner Ermordung missbraucht worden. Auch an dieser Aufsehen erregenden Geschichte machte sich die öffentliche Distanzierung von der Gegenkultur fest. In San Francisco wiederum inszenierte die aktionistische Gruppe „The Diggers" angesichts solcher Exzesse und der krassen Kommerzialisierung der Gegenkultur eine bizarre Trauerfeier, auf der der „Tod des Hippies" erklärt wurde.[15] Sie verabschiedete sich damit vom Traum einer Welt ohne Eigentum, Besitz, Grenzen und Konformität, voll theatralischer Selbstverwirklichung. Dieser konnte in Haight-Ashbury nicht mehr gelebt werden, wo findige Geschäftsleute voyeuristische Bustouren organisierten. Auch das die Gegenkultur zelebrierende Musical „Hair", 1967 zunächst off-Broadway produziert, schaffte den Sprung in die kommerzielle Theaterszene. Als *counter culture* zum Geschäftsmodell wurde, setzte sich der harte Kern der „Aussteiger" in Landkommunen und periphere Räume ab.

1967 widmete das Nachrichtenmagazin „Time" den Hippies eine Titelgeschichte. Die *counter culture* war somit Mode. Doch damit löste die Mischung aus Freiheitsstreben, oft mehr publizierter als praktizierter sexueller Libertinage sowie einer aggressiver auftretenden, sich kriminalisierenden Drogenszene eine politische und soziale Gegenbewegung aus. Die Gewaltexzesse von San Francisco und New York, oder dann 1968 aus Anlass der Proteste während des Demokratischen Parteitags in Chicago, riefen konservative Gralshüter von „Recht und Ordnung" und einer guten alten Moral wie Reagan und Nixon auf den Plan, die im Namen einer „schweigenden Mehrheit" Politik gegen Gegenkultur und *liberalism* machten. Sie sahen die Gegenkultur nicht als ein letztlich die Konsumgesellschaft konsequent übersteigerndes Phänomen, sondern als moralische Verfallserscheinung. Dies änderte nichts daran, dass sich gesellschaftliche Einstellungen zur Sexualität rasch wandelten, genauso wie der zunehmend kriminalisierte Drogenkonsum – LSD wurde in den USA Ende 1966 verboten – schon Ende der 1960er Jahre die Enklaven der Gegenkultur verließ und breitere Kreise erreichte. Somit fand auch die wachsende Kriminalisierung des Drogenkonsums mit ihren überaus negativen Folgen einen ihrer Ausgangspunkte 1967/68 in der gesellschaftlichen Reaktion auf die Gegenkultur.[16]

HÖHEPUNKT DER ANTIKRIEGSBEWEGUNG

Dies alles wurde seit dem Herbst 1967 von der immer lauter dröhnenden Debatte über den Krieg in Vietnam übertönt. Dieser hatte von Anfang an Kritik provoziert, doch überwiegend innerhalb akademischer Kreise sowie marginaler Gruppierungen der Neuen Linken. So hatten die Students for a Democratic Society (SDS) – eine damals weitgehend unbekannte Truppe aus einer überschaubaren Anzahl studentischer Aktivisten – schon im April 1965 eine erste Demonstration mit immerhin 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor dem Washington Monument organisiert.[17] Die gleiche Gruppierung war kurz zuvor an der University of Michigan in Ann Arbor Teil des ersten Teach-in gewesen, wo Professoren und Studierende sich die Köpfe darüber heiß redeten, dass viele Universitäten nicht nur von wachsenden Investitionen der Regierung in höhere Bildung profitierten, sondern durch Rüstungsforschung direkt am Krieg partizipierten. Dieser erste Teach-in machte Schule. Im akademischen Jahr 1965/66 fanden an mehr als hundert Universitäten teils sich über Wochen ziehende Seminare zu Vietnam statt. 1966/67 sprang der Funke über und erreichte durch kirchliche Gruppierungen wie CALCAV, die für die Riverside Church Speech ein Forum geboten hatte, breitere Kreise.

Die Stimmung kippte Ende 1967. Nicht nur die „New York Times", auch „Time" und „Wa-

14 Gerard DeGroot spricht gar vom „summer of rape": The 60s Unplugged, London 2008, S. 301 ff.

15 Vgl. ebd., S. 305.

16 Vgl. David Farber, The Age of Great Dreams. America in the 1960s, New York 1994, S. 188 f.

17 Details nach James Miller, Democracy Is in the Streets. From Port Huron to the Siege of Chicago, New York 1987; Farber (Anm. 16), S. 153 ff.; Patterson (Anm. 9), S. 678 ff.

shington Post“ nahmen auf ihren Meinungsseiten vermehrt kritisch zu Vietnam Stellung. Mitglieder der intellektuellen und kulturellen Eliten distanzierten sich nun vermehrt vom Krieg, obwohl die Bevölkerung ihn Umfragen zufolge weiter unterstützte. Zugleich nahm die Protestintensität zu. Drei Wochen nach der Veranstaltung in der Riverside Church marschierte King an der Spitze von mehr als 100 000 Menschen vom Central Park zum Sitz der Vereinten Nationen am East River. Zu einer ähnlich großen Protestveranstaltung kam es in San Francisco. Massive Aufmerksamkeit bekam dann ein Marsch vom Lincoln Memorial zum Verteidigungsministerium jenseits des Potomac am 21. Oktober 1967. Der *march on the Pentagon* hat auch aufgrund der fotogenen Gegenüberstellung von Protestlern und Militärpolizisten an den Stufen des damals noch frei zugänglichen Pentagon als Bildikone Geschichte gemacht.

Im Herbst 1967 konnte Johnson die Antikriegsbewegung nicht länger ignorieren. Seine öffentlichen Auftritte wurden von Demonstranten gestört. Enge Mitarbeiter wie Verteidigungsminister McNamara kehrten ihm den Rücken. Dieser hatte einst selbstsicher die Brechung des vietnamesischen Widerstands angesichts der haushohen technologischen Überlegenheit der USA vorhergesagt. Im Herbst 1967 wiederholte er intern seine Warnung, dass der Krieg militärisch nicht mehr gewinnbar sei und kündigte seinen Rücktritt an.[18] Johnson wiederum, der sich seine Entscheidung nicht leicht machte, bat die erwähnten *wise men* um Rat. Alle, mit Ausnahme von Ex-Vizeaußenminister George Ball, empfahlen ein Festhalten am eingeschlagenen Kurs. General Westmoreland schilderte auf einer Pressekonferenz Ende November breit die militärischen Fortschritte bei der Bekämpfung des Feindes und sprach davon, dass das „Licht am Ende des Tunnels“ zu sehen sei. Diese Formulierung fiel der Administration Ende Januar 1968 auf die Füße. Für den Durchschnittsmedienkonsumenten völlig unerwartet drang während der Tet-Offensive der militärische Gegner bis in die südvietnamesischen Städte vor und sogar in das Allerheiligste der US-Botschaft Saigon. Obwohl Tet für die vietnamesische Befreiungsfront in einem blutigen Debakel endete, trugen die Kommunisten einen psychologischen Sieg davon. Denn Johnson und die US-Militärführung büßten in den Augen der Medien und vieler Amerikanerinnen und Amerikaner ihre Glaubwürdigkeit endgültig ein.

SCHLUSS

Jahresdaten sind willkürliche Zäsuren des Zeitstroms. Doch im Rückblick gewinnen Jahre oft einen eigenen Charakter, eine eigene, in Zahlen eingeschriebene Textualität. 1967 in den USA ist weniger als 1968 ein hoch symbolischer Wendepunkt, weil ihm, trotz eindrücklicher Momente, die ganz große ereignisgeschichtliche Dramatik und Dichte der Erzählungen fehlt. Dazu trug bei, dass 1967 in Amerika kein Wahljahr war.

Doch die Ereigniskette, die dann zur konservativen Wende und zur Wahl Nixons führte, begann im Frühjahr 1967, als gleich mehrere Konfliktlinien aufbrachen: Kings Riverside Church Speech legte die Brüche innerhalb der konsensliberalen Koalition offen, indem er die Nichteinlösung sozialer Gleichheitsforderungen kausal mit dem Krieg in Südostasien verknüpfte. Der Nachkriegsliberalismus, der die Bürgerrechtsgesetze mit ermöglicht hatte, zerfaserte. Im Herbst trat George Wallace zum rassistischen Gegenschlag an. Im Sommer 1967 fanden mit der massiven Kommerzialisierung der *counter culture*, dem „Tod des Hippies“ und der Epidemie sexueller Gewalt in San Francisco sowie quasi militärischen Konfrontationen in brennenden Armenvierteln großer Städte gleich mehrere amerikanische Träume ein brachiales Ende. „Bilder der Unordnung“ waren Wasser auf die Mühlen der Konservativen. Weil Johnson seinerseits in Vietnam Kurs hielt, untergrub er seine innenpolitische Agenda und damit seine Präsidentschaft. Amerika konnte sich nicht „more guns and butter“ gleichzeitig leisten.[19] Das konsensliberale Haus kollabierte erst 1968. Doch deutliche Risse in der Fassade dieses stolzen Gebäudes waren 1967 allenthalben sichtbar geworden.

PHILIPP GASSERT
ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim und Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien. Jüngste Buchpublikation, gemeinsam mit Alexander Emmerich, „Amerikas Kriege“ (2014).
gassert@uni-mannheim.de

18 Vgl. Robert McNamara, In Retrospect: The Tragedy and Lessons of Vietnam, New York 1995.

19 Vgl. Irving Bernstein, Guns Or Butter. The Presidency of Lyndon Johnson, Oxford 1996.

VERGEBLICHES WERBEN UM DEN „BRENTRANCE"

Großbritannien und Europa 1967

Gabriele Clemens

Am 11. Mai 1967 stellte die britische Labour-Regierung unter Premierminister Harold Wilson ein erneutes Gesuch um Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Fünf Tage später erklärte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle in einer Pressekonferenz, dass eine Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches die Gemeinschaft völlig verändern würde und deshalb eine Assoziation dem Beitritt vorzuziehen sei.[01] Bei den folgenden deutsch-französischen Konsultationen im Juli unterstrich de Gaulle seine Haltung mit den Worten, dass Großbritannien gegenwärtig „was seine Lebensart betrifft, seine Weise, sich Lebensmittel zu beschaffen, sein Währungssystem, seine Kapitalbewegungen, seine Stellung in der Welt, seine Beziehungen zum Commonwealth, sein Verhältnis zu den Vereinigten Staaten" anders geartet sei als die sechs Gemeinschaftsstaaten; Großbritannien müsse erst „europäisch" werden, bevor es der Gemeinschaft beitreten könne.[02] Doch trotz dieser eindeutigen Haltung de Gaulles, die auch schon zum Scheitern des ersten britischen EG-Beitrittsgesuchs 1963 geführt hatte, hielt Wilson an dem Beitrittsantrag fest und vertraute darauf, dass die anderen fünf EG-Partner, die sogenannten *friendly five* (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Italien, Luxemburg), den britischen Beitritt weiterhin unterstützen würden. Im Dezember 1967 schließlich stellte der EG-Ministerrat die Unvereinbarkeit der Positionen Frankreichs und der anderen Fünf fest. Daraufhin wurden die Beitrittsverhandlungen nicht fortgeführt. Großbritannien aber zog seinen Antrag nicht zurück und lehnte auch alle Ersatzlösungen strikt ab. Das britische Beitrittsgesuch blieb somit auf dem Tisch, das heißt auf der Tagesordnung des Rates, und unter de Gaulles Nachfolger Georges Pompidou wurden schließlich die Verhandlungen wieder aufgenommen und 1972 erfolgreich zu Ende geführt.

Dieses unbeirrte Festhalten der Wilson-Regierung an dem britischen Beitrittswunsch mag verwundern, hatte doch gerade die Labour Party in den Jahren zuvor wiederholt ihre Ablehnung eines britischen EG-Beitritts kundgetan.[03] Ein britischer Beitritt zum Gemeinsamen Markt, so hatte der Vorsitzende der Labour Party, Hugh Gaitskell, 1962 auf dem Parteitag in Brighton erklärt, würde „the end of a thousand years of [British] history" bedeuten.[04] Und Gaitskell hatte fünf Bedingungen formuliert, unter denen eine britische EG-Mitgliedschaft überhaupt infrage käme. Diese sogenannten Gaitskell-Bedingungen, die die Europapolitik der Labour Party in den nächsten Jahren bestimmten, umfassten die Forderung nach starken und bindenden Sicherungen für den Handel und andere Interessen der Commonwealth-Staaten, die Freiheit, eine eigene Außenpolitik zu verfolgen, Erfüllung der Versprechen gegenüber den Mitgliedern in der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), das Recht, die eigene Wirtschaft zu planen und Garantien zum Schutz der Position der britischen Landwirtschaft – Bedingungen, die den Interessen der sechs EG-Staaten zuwiderliefen.

Im Wahlkampf des Jahres 1964, der mit einem knappen Sieg der Labour Party endete, hatte Wilson sich erneut zu den Gaitskell-Bedingungen bekannt, und nichts deutete auf das einige Jahre später gestellte „bedingungslose" Beitrittsgesuch hin. Warum entschied sich die Labour-Regierung unter Harold Wilson (Premierminister von 1964 bis 1970 sowie von 1974 bis 1976), der das erste britische Beitrittsgesuch unter Harold Macmillan (Premierminister von 1957 bis 1963) noch heftig kritisiert hatte, dann 1967 für einen erneuten EG-Beitrittsantrag?

GRUNDZÜGE BRITISCHER EUROPAPOLITIK 1945–1961

Gemäß dem Churchill'schen Konzept der drei Kreise, das Großbritannien an der Schnittstelle zwischen den USA, dem Commonwealth und Europa

verortete und keine einseitige oder ausschließliche Integration in einen der Kreise zuließ, hatten alle britischen Regierungen der Nachkriegszeit es abgelehnt, sich allzu eng an die Staaten des Kontinents zu binden und sich in ein supranationales Europa zu integrieren.[05] Sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen lehnten sie daher ihre Teilnahme an der 1952 errichteten Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der geplanten und später gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den beiden 1958 ins Leben gerufenen Gemeinschaften EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und Euratom (Europäische Atomgemeinschaft) ab. Das vom französischen Außenminister Robert Schuman in seiner Rede vom 9. Mai 1950 zur Begründung der EGKS formulierte Ziel, mittels der wirtschaftlichen Einigung letztendlich zu einer europäischen Föderation zu gelangen, entsprach nicht den britischen Vorstellungen einer Zusammenarbeit mit Europa, ebenso wenig wie das im EWG-Vertrag festgehaltene Ziel, zu einem immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu gelangen. Die Abgabe von Souveränität an eine übergeordnete Behörde, wie sie EGKS, EWG und Euratom vorsahen, wurde britischerseits als nicht akzeptable Beschränkung der nationalstaatlichen Souveränität angesehen.

Aus damaliger britischer Sicht war diese Haltung verständlich, und hier nur von „missed opportunities“ zu sprechen, verkennt die Umstände der unmittelbaren Nachkriegszeit und die Position Großbritanniens Anfang der 1950er Jahre.[06] Schließlich hatte Großbritannien, anders als die Staaten des Kontinents, den Angriffen Hitlerdeutschlands standgehalten, war als Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen, bestimmte an der Seite der USA und der Sowjetunion die Gestaltung der Nachkriegsordnung mit und stand an der Spitze des weltumfassenden Commonwealth. Großbritannien war zu dieser Zeit nach den USA die zweitwichtigste Macht der westlichen Welt.[07] Eine allzu enge Bindung an die besiegten und geschwächten Staaten des Kontinents, deren Zukunft Anfang der 1950er Jahre noch ungewiss war, schien aus britischer Sicht nicht opportun, sogar riskant.

Neben diesen politischen Gründen gab es auch wirtschaftliche Gründe, die zur Ablehnung einer Teilnahme an den Europäischen Gemeinschaften führten. So war Großbritannien 1950 einer der größten Kohle- und Stahlproduzenten der Welt, nur fünf Prozent seiner Stahlexporte gingen in die späteren EGKS-Staaten, und auch seine Rohstoffe bezog Großbritannien nur zu einem geringen Teil aus diesen Ländern. Eine Teilnahme an der Kohle- und Stahlgemeinschaft der Sechs hätte Großbritannien nicht nur keine Vorteile gebracht, sondern sich möglicherweise sogar nachteilig auf die britische Wettbewerbsfähigkeit in diesem Bereich ausgewirkt.[08] Ähnlich stellte sich Mitte der 1950er Jahre, als die Sechs den Weg zur EWG beschritten, die wirtschaftliche Situation Großbritanniens dar: Großbritanniens Bruttosozialprodukt war zweimal so hoch wie das der Bundesrepublik und fast dreimal höher als das Frankreichs. Der Handel mit dem Commonwealth überwog deutlich den Handel mit den künftigen EWG-Staaten. Ungefähr 50 Prozent der britischen Exporte gingen in die Staaten des Commonwealth, nur 14 Prozent in die späteren EWG-Staaten, und der Anteil des Commonwealth an den britischen Importen belief sich auf 49 Prozent.[09]

01 Vgl. Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Charles de Gaulle, am 16. Mai 1967 (Auszug betr. Europäische Gemeinschaften), in: Europa-Archiv 11/1967, D 249–253.
02 Archiv der Gegenwart, 14.7.1967, S. 13300.
03 Zur Haltung der Labour Party zum europäischen Integrationsprozess siehe Clemens A. Wurm, Sozialisten und europäische Integration. Die britische Labour-Party 1945–1984, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38/1987, S. 280–295.
04 „Britain and the Common Market“, Text of Speeches by Hugh Gaitskell and George Brown at the Labour Party Conference, London 1962, S. 12, zit. nach Helen Parr, Britain's Policy Towards the European Community. Harold Wilson and Britain's World Role, 1964–1967, Abingdon–New York 2006, S. 15.
05 Zur britischen Europapolitik in der Nachkriegszeit siehe unter anderem David Gowland/Arthur Turner, Reluctant Europeans: Britain and European Integration 1945–1998, Harlow 2000; Sean Greenwood, Britain and European Cooperation since 1945, Oxford 1992; Wolfram Kaiser, Using Europe, Abusing the Europeans: Britain and European Integration, 1945–63, London 1996; Alex May, Britain and Europe since 1945, London 1999; Alan S. Milward, The Rise and Fall of a National Strategy 1945–1963, London–Portland 2002; Alan Sked/Chris Cook, Post-War Britain: A Political History, London 1993[4]; John W. Young, Britain and European Unity, 1945–1999, Basingstoke 2000[2].
06 So zum Beispiel Edmund Dell, The Schuman Plan and the Abdication of Leadership in Europe, Oxford 1995; siehe dazu auch Gabriele Clemens, A History of Failures and Miscalculations? Britain's Relationship to the European Communities in the Postwar Era (1945–1973), in: Contemporary European History 13/2004, S. 223–232.
07 Vgl. Greenwood (Anm. 5), S. 59.
08 Vgl. Monika Rosengarten, Großbritannien und der Schuman-Plan, Frankfurt/M. 1997; Greenwood (Anm. 5), S. 34.
09 Vgl. Greenwood (Anm. 5), S. 59 f; Wolfram Kaiser, Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1955–1961. Von Messina nach Canossa, Berlin 1996, S. 34.

Eine 1955 erstellte Studie des interministeriellen Mutual Aid Committee, in der die mittel- und langfristigen Auswirkungen einer möglichen EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens untersucht wurden, kam zu dem Ergebnis, dass die Teilnahme am Gemeinsamen Markt je nach Wirtschaftszweig sowohl Vor- als auch Nachteile für die britische Wirtschaft biete und dass sich somit aus wirtschaftlicher Perspektive keine klare Entscheidung zugunsten der Teilnahme an einem Gemeinsamen Markt der Sechs ergebe. Es waren dann die vom Foreign Office im Bericht dargelegten politischen Gründe, die zu der Entscheidung führten, nicht am geplanten Gemeinsamen Markt der Sechs teilzunehmen. Hervorgehoben wurde dabei insbesondere, dass durch eine EWG-Teilnahme die Beziehungen zum Commonwealth als auch zu den USA geschwächt werden könnten. Allerdings gab es auch bereits mahnende Stimmen, die darauf hinwiesen, dass die Sechs sich zu einem starken wirtschaftlichen und politischen Block entwickeln könnten und Großbritannien sich dann zu einem späteren Zeitpunkt unter den Bedingungen der Sechs dieser Gemeinschaft anschließen müsste.[10]

Die Ablehnung der Teilnahme an den supranationalen Europäischen Gemeinschaften in den 1950er Jahren bedeutete aber nicht, dass Großbritannien kein Interesse an Europa hatte oder keine Zusammenarbeit mit Europa suchte. Vielmehr strebten die britischen Regierungen der Nachkriegszeit durchaus eine Verbindung mit den Staaten des Kontinents an, aber nur im Rahmen intergouvernementaler Organisationen wie der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC, heute OECD), dem Europarat und dem Brüsseler Pakt/Westeuropäische Union (WEU), die keine Souveränitätsabgabe der Staaten an ein übergeordnetes Organ verlangten. Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde die Bildung einer Europäischen Freihandelszone präferiert.

KEHRTWENDE BRITISCHER POLITIK?

Dass Großbritannien zu Beginn der 1960er Jahre von der bislang verfolgten Europapolitik abwich und am 9. August 1961 unter Premierminister Harold Macmillan ein erstes Beitrittsgesuch zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stellte,[11] hatte mehrere Ursachen.[12]

Zum einen hatte die britische Industrie an Wettbewerbsfähigkeit verloren und war Großbritanniens Anteil am gesamten Weltexport zwischen 1950 und 1960 von 25,5 Prozent auf 16,5 Prozent gesunken.[13] Zudem hatten sich inzwischen die Handelsströme verlagert. Die britischen Exporte in das Commonwealth sowie die Importe aus diesen Staaten waren deutlich zurückgegangen, und der Handel mit den EWG-Staaten hatte zugenommen, sodass 1962 der Anteil des britischen Exports nach Westeuropa den Anteil der Exporte in das Commonwealth überstieg. Auch hatte das britische Wirtschaftswachstum, verglichen mit den EWG-Staaten, zwischen 1955 und 1960 nachgelassen. Während die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in Großbritannien bei 2,5 Prozent lagen, betrugen sie in Frankreich 4,8 Prozent, in Italien 5,4 Prozent und in der Bundesrepublik 6,4 Prozent. Von einer Teilnahme an der EWG erhoffte die britische Regierung sich eine Umstrukturierung und Modernisierung der eigenen Wirtschaft und damit einen Wachstumsschub. Zudem bot die 1960 als Alternative zur EWG geschaffene EFTA nicht den erhofften Vorteil für die britische Wirtschaft, und die wirtschaftlichen wie auch politischen Verbindungen zum Commonwealth lockerten sich zunehmend. Mit der Entlassung Indiens in die Unabhängigkeit 1947 hatte der Dekolonisierungsprozess eingesetzt, der in den folgenden Jahren stetig voranschritt und zahlreichen afrikanischen und asiatischen Staaten die Unabhängigkeit brachte. Durch die Teilnahme am Gemeinsamen Markt glaubte man, die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zum Commonwealth wieder festigen zu können.

Zum anderen schien es auch aus politischen Gründen ratsam, sich den Sechs, die mit den sogenannten Fouchet-Plänen von 1961/62 den Weg zu einer politischen Union einschlugen, anzunähern, wollte Großbritannien nicht in die Bedeutungslo-

10 Vgl. Kaiser (Anm. 9), S. 32 ff.

11 Die Beitrittsanträge zu EGKS und Euratom wurden erst am 2. bzw. 5. März 1962 übergeben.

12 Zum ersten britischen Beitrittsgesuch siehe unter anderem Kaiser (Anm. 9); N. Piers Ludlow, Dealing with Britain: The Six and the First UK Application to the EEC, Cambridge 1997; Alex May (Hrsg.), Britain, the Commonwealth and Europe: The Commonwealth and Britain's Application to Join the European Communities, Houndmills–New York 2001.

13 Zum Folgenden vgl. Kaiser (Anm. 5), S. 110 ff.

sigkeit absinken.[14] Insbesondere die USA drängten auf einen EG-Beitritt Großbritanniens, und die zunehmende Hinwendung der USA zu den Sechs in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht wurde als eine Bedrohung der *special relationship* zwischen Großbritannien und den USA empfunden. Großbritanniens Ziele waren seit Mitte der 1950er Jahre dieselben geblieben: politischer Machterhalt, enge Beziehungen zum Commonwealth und zu den USA. Aber die Mittel, diese zu erreichen, hatten sich geändert; allein die EG-Mitgliedschaft schien jetzt die Gewähr dafür zu bieten. Und so wurden auch Abstriche an der nationalstaatlichen Souveränität in Kauf genommen.

ZWEITER VERSUCH: DER EG-BEITRITTSANTRAG DER LABOUR-REGIERUNG

Die von der konservativen Regierung unter Macmillan angeführten Gründe für ein EG-Beitrittsgesuch behielten auch in den folgenden Jahren ihre Gültigkeit und ließen innerhalb der Labour Party die ursprünglichen Bedenken gegen einen EG-Beitritt zunehmend schwinden. Die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens wuchsen beständig, hohe Preise und Arbeitslosigkeit kennzeichneten die Lage im Land, zudem erschütterten eine ernste Sterling-Krise und schwere Zahlungsbilanzkrisen die britische Wirtschaft.[15] Verschiedene soziale Reformprojekte, die von der Wilson-Regierung seit 1964 in Angriff genommen wurden, wie die Erhöhung der Zahlungen für Renten, Krankheit und Arbeitslosigkeit, Reformen im Gesundheitswesen und Begrenzung der Mieten, veränderten die Situation kaum. Sie verstärkten in der nationalen und internationalen Geschäftswelt vielmehr den Eindruck, dass Wilson der Sozialpolitik den Vorrang vor der Stärkung des Pfund Sterling einräume, was zu weiteren enormen Sterling-Verkäufen führte und die Währungskrise verschärfte. Auch die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Steuerung der Lohn- und Preisentwicklung halfen nicht, die Krise in den Griff zu bekommen; vielmehr stiegen die Löhne 1965 weiterhin durchschnittlich um neun Prozent, ebenso schnellten die Preise nach oben.

Die Neuwahlen vom März 1966 verschafften der Labour-Regierung zwar eine sichere Mehrheit, dennoch wurde Wilsons Amtszeit weiterhin von den ökonomischen Problemen überschattet. Verschärft wurde die Situation durch zahlreiche Streiks, unter anderem der Seeleute und Dockarbeiter, die die britische Wirtschaft weitgehend lähmten. Die von der Regierung Wilson ergriffenen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Krise im Land, wie das zeitweilige Einfrieren der Löhne und Preise sowie harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben, führten zu heftigen Auseinandersetzungen mit linken Labour-Politikern und verstärkten die innerparteilichen Gräben zwischen dem rechten und linken Parteiflügel, die auch in verschiedenen anderen innen- wie außenpolitischen Fragen zutage traten. Erneut war auch der Versuch gescheitert, EWG und EFTA miteinander zu verbinden und so den britischen Exporten einen besseren Zugang zum Gemeinsamen Markt zu verschaffen.

Doch nicht nur die wirtschaftliche Situation Großbritanniens stellte eine enorme Belastungsprobe für die Regierung Wilson dar. Auch die *special relationship* zum Partner USA war in diesen Jahren Belastungen ausgesetzt, insbesondere durch Wilsons Weigerung, die USA ihren Wünschen entsprechend im Vietnamkrieg zu unterstützen, und aufgrund der britischen Pläne für einen militärischen Rückzug „East of Suez". Zudem drohte der wichtigste Pfeiler des britischen Weltmachtanspruchs, das Commonwealth, wegzubrechen. Der in den 1940er Jahren begonnene Dekolonisierungsprozess setzte sich unvermindert fort. 1965 wurden Gambia und Singapur in die Unabhängigkeit entlassen, 1966 Barbados, Botsuana, Guyana und Lesotho, und im November 1965 erklärte Südrhodesien gegen den Willen Londons seine Unabhängigkeit. Auch wirtschaftlich verlor das Commonwealth weiter an Bedeutung für Großbritannien, die Exporte in diesen Raum sanken bis Ende der 1960er Jahre auf nur noch 25 Prozent.[16]

Zur selben Zeit, als diese wichtigen Konstanten britischer Politik – die *special relationship* zu

14 Siehe dazu Gabriele Clemens, Der Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften, in: Franz Knipping/Matthias Schönwald (Hrsg.), Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984, Trier 2004, S. 306–328; dies., „A delicate matter". Großbritannien und die Fouchet-Verhandlungen 1960–1962, in: Journal of European Integration History 11/2005, S. 103–124.

15 Zum Folgenden vgl. Alec Cairncross, The British Economy since 1945, Oxford 1995², S. 150 ff.; Sked/Cook (Anm. 5), S. 202 ff.

16 Vgl. Anne Deighton, The Labour Party, Public Opinion and „the Second Try" in 1967, in: Oliver J. Daddow (Hrsg.), Harold Wilson and European Integration. Britain's Second Application to Join the EEC, London–Portland 2003, S. 39–55, hier S. 42.

den USA und das Commonwealth – unter Druck gerieten, wurden die Europäischen Gemeinschaften in britischen Augen zunehmend attraktiver. Nach der „Krise des leeren Stuhls“ 1965/66 und dem Luxemburger Kompromiss[17] schienen die supranationalen Elemente der Gemeinschaften nicht mehr so bedrohlich und deutete die Entwicklung auf eine Stärkung der Nationalstaaten im Rahmen der EG hin. 1966 war das Jahr, in dem sich spätestens auch Wilsons ablehnende Haltung gegenüber einem EG-Beitritt änderte und er sich für ein erneutes Beitrittsgesuch entschied. In der Forschung ist umstritten, wann genau Wilson begann, seine Haltung zu ändern, und welche Motive bei seiner Entscheidung überwogen.[18] Neben den erwähnten innen- und außenpolitischen Gründen und insbesondere der sich zuspitzenden Sterling-Krise 1966 bestimmten auch parteipolitische Gesichtspunkte Wilsons Hinwendung zu Europa. Ein erneutes Beitrittsgesuch schien dem Premierminister ein geeignetes Mittel zu sein, die in dieser Frage gespaltene Labour Party und vor allem das Kabinett zu einigen.[19] Die Mehrheit der Partei bewegte sich inzwischen auf einen proeuropäischen Kurs zu, auch der Dachverband der britischen Industrie, die Confederation of British Industry, sprach sich für einen EG-Beitritt aus, und selbst in der britischen Öffentlichkeit überwog die Zustimmung. Eine Meinungsumfrage im Juli 1966 hatte ergeben, dass 75 Prozent der Bevölkerung für einen Beitritt waren, wobei die Unterstützung eher Wilson selbst als der Hinwendung zu Europa galt.[20]

Im britischen Kabinett allerdings gab es, neben Beitrittsbefürwortern wie Wirtschaftsminister (ab August Außenminister) George Brown und Außenminister Michael Stuart, strikte Gegner eines britischen EG-Beitritts, zu denen unter anderem die dem linken Parteiflügel zugehörige Verkehrsministerin Barbara Castle, Verteidigungsminister Denis Healey, Landwirtschaftsminister Fred Peart, Handelsminister Douglas Jay und der für Commonwealth-Angelegenheiten zuständige Herbert Bowden zählten. Sie befürchteten durch den Beitritt eine Verteuerung der Lebensmittel, eine Überschwemmung des britischen Marktes mit europäischen Importwaren, einen geringeren Lebensstandard, einen Bruch mit dem Commonwealth, den Verlust nationaler Kontrolle über die Wirtschaft, die Schaffung eines kapitalistischen Handelsblocks und die Übertragung der Parlamentssouveränität an Brüssel.[21]

Trotz der weiterhin bestehenden Widerstände gelang es Wilson schließlich, im Kabinett die Zustimmung für eine „Europatour“ zu erlangen, um in den Hauptstädten der Sechs die Chancen eines erneuten Beitrittsgesuches auszuloten. Zwischen Januar und März 1967 bereisten Wilson und Außenminister Brown die europäischen Hauptstädte. Von ihrer Reise brachten sie den Eindruck mit, dass die *friendly five* einem britischen Beitrittsgesuch positiv gegenüberstanden, und Wilson empfahl in der Unterhausdebatte vom 8. bis 10. Mai, ein erneutes Beitrittsgesuch zu stellen. Allerdings wurden kritische Stimmen, die bei der „Europatour“ zu hören gewesen waren, bewusst ignoriert. Beispielsweise hatte der italienische Ministerpräsident Aldo Moro zwar seine grundsätzlich positive Haltung gegenüber einem britischen EG-Beitritt bekräftigt, aber Zweifel bezüglich der Haltung de Gaulles geäußert; auch in der Bundesrepublik hielt man ein sofortiges Beitrittsgesuch nicht für erfolgversprechend. De Gaulle selbst hatte zwar kein eindeutiges „Nein“ in Bezug auf ein britisches Beitrittsgesuch verlauten lassen, aber doch seine Zweifel an der „europäischen Haltung“ Großbritanniens deutlich kundgetan.

Die Abstimmung im britischen Unterhaus am 10. Mai 1967 erbrachte zwar ein eindeutiges Votum zugunsten eines Beitrittsgesuchs (488 Ja- gegen 62 Nein-Stimmen), aber allein von den Labour-Abgeordneten hatten 36 gegen das Beitrittsgesuch gestimmt, und 50 weitere hatten sich enthalten. Die Zustimmung war nur aufgrund der Haltung der Konservativen und Liberalen zustande gekommen. Auch bei der am 2. Mai 1967 einberufenen Kabinettssitzung hatten sich sieben von 21 Ministern gegen ein Beitrittsgesuch ausgesprochen.[22]

De Gaulles Reaktion auf das am 11. Mai in Brüssel eingereichte Beitrittsgesuch erfolgte prompt.

17 Als Reaktion auf das Scheitern der Verhandlungen über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik am 30.6.1965 nahm Frankreich in den folgenden Monaten an den Sitzungen des EWG-Ministerrates nicht mehr teil, sein Stuhl blieb leer. Im Luxemburger Kompromiss wurde vereinbart, auch im Falle von Mehrheitsentscheidungen möglichst einvernehmliche Lösungen zu suchen.

18 Einige ihm nahestehende Personen haben im Nachhinein seine Konversion zu Europa überhaupt in Zweifel gezogen, diese nur als Taktik abgetan. Wilson habe zeigen müssen, dass er etwas zur Lösung der britischen Probleme tue. Vgl. Young (Anm. 5), S. 93ff., S. 102. Zu Wilson und dem EG-Beitrittsgesuch siehe Daddow (Anm. 16); Parr (Anm. 4); Melissa Pine, Harold Wilson and Europe. Pursuing Britain's Membership of the European Community, London–New York 2007.

19 Vgl. Deighton (Anm. 16).

20 Vgl. ebd., S. 40.

21 Vgl. Young (Anm. 5), S. 90.

22 Vgl. Sked/Cook (Anm. 5), S. 236.

Neben dem Zweifel an dem „europäischen Charakter“ Großbritanniens hob de Gaulle vor allem die Lage und Stellung des britischen Pfundes als ein Hindernis für einen EG-Beitritt hervor.[23] Schon zuvor, Mitte 1966, hatte Frankreich gefordert, dass die Abwertung des Pfundes notwendig sei, bevor Großbritannien sich der EWG anschließen könne. Allerdings war Wilson zunächst wenig geneigt, eine solche Devaluation vorzunehmen, hatte doch nach der letzten Pfundabwertung 1949 die Labour Party die darauf folgenden Wahlen verloren. Dass Wilson sich am 18. November 1967 dann doch zu diesem Schritt durchrang, half allerdings ebenso wenig, de Gaulle umzustimmen wie die zuvor stattgefundenen Gespräche zwischen Wilson und de Gaulle im Juni 1967. In einer weiteren Pressekonferenz am 27. November 1967 attackierte de Gaulle Wilson wegen seiner ungewöhnlichen Hartnäckigkeit und Eile, Großbritannien *jetzt* unbedingt in die EWG zu bringen. Großbritannien, so erläuterte er, suche die Mitgliedschaft nur, um seine Schwäche zu kompensieren, die durch die Abwertung des Pfundes deutlich geworden sei.

Wilson war mit seinem Versuch, Großbritannien in die Gemeinschaften zu führen, an de Gaulle gescheitert, was sein öffentliches Ansehen stark beschädigte und sicherlich mit dazu beitrug, dass er kein „fondly remembered Prime Minister“ wurde.[24] Auch die öffentliche Meinung in Großbritannien schwang, wie schon nach dem ersten gescheiterten Beitrittsgesuch, um; Meinungsumfragen ergaben nun eine Mehrheit für die Beitrittsgegner.[25] Neuere Forschungen bewerten allerdings die Rolle Wilsons bezüglich der Hinführung Großbritanniens zur EG-Mitgliedschaft positiver und sprechen von einem „successful failure“ für Wilson und die britische Europapolitik.[26] So habe Wilson mit seinem Beitrittsgesuch nicht nur Großbritanniens Hinwendung zu Europa demonstriert, sondern auch die Grundlage für die 1973 erfolgte EG-Mitgliedschaft Großbritanniens geschaffen. Edward Heath, der Nachfolger Wilsons im Amt des Premierministers, setzte die von Wilson vorbereiteten Verhandlungsrichtlinien und Zeitvorgaben schließlich erfolgreich um und brachte Großbritannien in die Gemeinschaften. Insofern spielte das Jahr 1967 eine wichtige Rolle für die erfolgreichen Beitrittsverhandlungen Anfang der 1970er Jahre.

VERÄNDERUNG DER BRITISCHEN GESCHICHTE?

Der Weg Großbritanniens in die Europäischen Gemeinschaften, der sogenannte „Brentrance“, war schwierig, und er bedeutete in Großbritannien wohl für viele das von Gaitskell 1962 beschworene „Ende von tausend Jahren britischer Geschichte“. Ressentiments gegen die in den 1960er Jahren vor allem von den britischen Eliten vollzogene Hinwendung zu Europa waren stets vorhanden und sind bis heute spürbar, wie sich an der Abstimmung über den „Brexit“ im Juni 2016 gezeigt hat, bei der sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen den Verbleib in der Europäischen Union aussprach. Zumindest für einen Teil der britischen Eliten aber ist inzwischen die EU-Mitgliedschaft auch Bestandteil der britischen Geschichte geworden. So hatte der britische Finanzminister Philip Hammond am 23. November 2016 vor dem Parlament gewarnt: Die Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen, „will change the course of Britain’s history“.[27]

Dass spätestens seit Beginn der 1970er Jahre die Geschichte Großbritanniens eng mit der Geschichte des Kontinents verbunden ist, wurde der britischen Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten allerdings unzureichend vermittelt. Schon 1967 hatte Wilson nur auf die ökonomischen Vorteile eines EG-Beitritts verwiesen, nicht aber versucht, „Europa“ auch in den Köpfen und Herzen der britischen Bevölkerung zu verankern.[28] Die Folgen des Versäumnisses von 1967 zeigten sich später, in der Haltung sowohl der britischen Parteien als auch vor allem der britischen Öffentlichkeit.

GABRIELE CLEMENS
ist Professorin für Neuere westeuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg und Inhaberin eines Jean Monnet Lehrstuhls für Europäische Integrationsgeschichte und Europastudien.
gabriele.clemens@uni-hamburg.de

23 Vgl. Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, Charles de Gaulle, am 27. November 1967 (Auszüge betr. Außenpolitische Fragen), in: Europa-Archiv 24/1967, D 553–561.
24 Daddow (Anm. 16), S. 1. Vgl. auch Young (Anm. 5), S. 102.
25 Vgl. Young (Anm. 5), S. 103.
26 Daddow (Anm. 16), S. 2. Vgl. auch Pine (Anm. 18), S. 177 ff.
27 Oral Statement to Parliament, Autumn Statement 2016: Philip Hammond’s Speech, 23.11.2016, www.gov.uk/government/speeches/autumn-statement-2016-philip-hammonds-speech.
28 Vgl. Deighton (Anm. 16), S. 40.

DAS JAHR, DAS DEN NAHEN OSTEN VERÄNDERTE

Jan Busse · Stephan Stetter

Das Jahr 1967 markiert für den Nahen Osten einen Wendepunkt. Dies hat vor allem mit dem in arabischen Staaten als „Junikrieg" und in Israel und dem Westen als „Sechstagekrieg" bezeichneten Waffengang zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten in diesem Jahr zu tun. Die Auswirkungen dieses Krieges auf Israel und Palästina stehen im Zentrum dieses Beitrages. Israel erlangte die Kontrolle über den Sinai, die Golanhöhen, das Westjordanland, den Gazastreifen und Ostjerusalem. Zugleich begann mit der Eroberung dieser Gebiete das israelische Siedlungsprojekt in vor allem von Palästinensern bewohnten Gebieten. Die Palästinenser sahen sich von nun an mit der israelischen Besatzung konfrontiert. Zudem sorgte der Krieg von 1967 für erhebliche Machtverschiebungen im Nahen Osten. Die arabischen Armeen wurden geschlagen, und Israel konnte seine Rolle als Regionalmacht festigen. Schließlich führte der Krieg auch zu globalen geopolitischen Veränderungen. So ist der Ursprung der engen Partnerschaft zwischen den USA und Israel eng mit den Entwicklungen von 1967 verknüpft.

Im Vorfeld des Krieges kam es insbesondere seit 1964 sowohl zu rhetorischen als auch zu begrenzten militärischen Konfrontationen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Seit Beginn der 1960er Jahre verübten bewaffnete palästinensische Gruppen, die Fedajin, die oftmals der 1959 gegründeten Fatah angehörten, von Jordanien, Syrien und Ägypten aus Guerillaangriffe auf Israel, auf die Israel mit Gegenschlägen reagierte. Die Fedajin versuchten auf diese Weise einen Krieg zu provozieren, durch den sie sich eine „Befreiung Palästinas" erhofften.[01] Die Situation verschärfte sich durch den bereits seit Beginn der 1950er Jahre andauernden Streit um Zugang zum Jordanwasser. 1964 begann Israel durch den sogenannten National Water Carrier, einem Kanal- und Leitungssystem, Wasser aus dem See Genezareth in die Negev-Wüste abzuleiten. Als Reaktion darauf beschloss die Arabische Liga, Wasser aus den im Libanon beziehungsweise in Syrien entspringenden Quellflüssen des Jordan abzuleiten, um Israels Zugang zum Jordanwasser einzuschränken. In der Folge kam es im Grenzgebiet zwischen Israel und Syrien beziehungsweise Libanon zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die schließlich dazu führten, dass das Ableitungsprojekt auf arabischer Seite eingestellt wurde. Zudem beschloss die Arabische Liga die Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), um die Aktivitäten der palästinensischen Fedajin einzudämmen. Außerdem wurde erstmals in einem offiziellen Dokument die Zerstörung Israels als oberstes Ziel formuliert.[02] Israel trug seinerseits zur Eskalation bei, indem es durch landwirtschaftliche Aktivitäten im demilitarisierten israelisch-syrischen Grenzgebiet militärische Konfrontationen mit Syrien provozierte.[03] Die Situation verschärfte sich, als der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser Truppen in den Sinai verlegte und den Abzug der dort seit dem Suez-Krieg 1956 stationierten UN-Friedenstruppen forderte. Schwerwiegend war auch Nassers Entscheidung im Mai 1967, die Straße von Tiran für israelischen Schiffsverkehr zu sperren und damit Israels einzigen Zugang zum Roten Meer zu blockieren. Dies stellte für Israel einen Kriegsgrund dar, ebenso wie die Angst vor einem kollektiven Angriff arabischer Staaten, die sich unter anderem aus den Truppenverlegungen in Ägypten speiste.

Vor diesem Hintergrund begann am 5. Juni 1967 der Krieg mit einem israelischen Überraschungsangriff auf Ägypten – in Israel als Präventivkrieg, in arabischen Staaten als Angriffskrieg gedeutet. Israel sicherte sich am ersten Tag die Luftüberlegenheit. Die ägyptische, syrische und jordanische Luftwaffe wurde außer Gefecht gesetzt. In den Folgetagen gelang es Israel, den Gazastreifen zu erobern, in den Sinai vorzurücken und den Suezkanal zu erreichen. Zudem eroberte Israel das Westjordanland und Ostjerusalem von Jordanien und die Golanhöhen von Syrien.[04]

AUSWIRKUNGEN IN ISRAEL

In Israel nährte der in doppelter Hinsicht unerwartete Ausgang des Krieges – einerseits mit Blick auf die weit verbreitete Angst vor einer existenziellen Niederlage des jungen Staates, andererseits hinsichtlich der Kürze des Krieges und seines klaren Ausgangs – einen Mythos der eigenen Unbesiegbarkeit. Dieser Mythos hatte, wie sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte zeigen sollte, eine zutiefst transformative Kraft für Israels Politik und Gesellschaft. Unmittelbar versuchten die zum damaligen Zeitpunkt staatstragende Arbeitspartei und ihr zugewandte charismatische Militärführer wie Verteidigungsminister Moshe Dayan und Generalstabschef Yitzhak Rabin, politisches Kapital aus dem Sieg zu schlagen. Noch Jahrzehnte später, im Jahr 1992, kurz vor Beginn des Osloer Friedensprozesses, konnte Rabin als israelischer Ministerpräsident mit Verweis auf den Mythos der Unbesiegbarkeit einen historischen Wahlsieg für die Arbeitspartei erzielen, der die Grundlage für den Friedensschluss 1993 zwischen Israel und der PLO war.

Doch mittelfristig gesehen bedeutete der Sieg Israels von 1967 eine innenpolitische Stärkung alternativer politischer Kräfte, vor allem des nationalreligiösen und rechtskonservativen Lagers. Die Eroberungen des Krieges und insbesondere die Einnahme Ostjerusalems – Jerusalem war seit 1948 in einen israelischen und einen jordanischen Teil geteilt – wurden im israelischen politischen Diskurs mythologisch aufgeladen. Naomi Schemers berühmtes Lied über das goldene Jerusalem – *Yerushalayim shel zahav* – hat die religiös-national konnotierte Stimmung, die sich aus der Einnahme Jerusalems ergab, tief im gesellschaftlichen Bewusstsein Israels verankert. Es galt als ein Wunder, dass nach gut 2000 Jahren – also seit der Vertreibung durch die Römer – zum ersten Mal wieder Juden über die zentralen kultischen Stätten Jerusalems herrschen und an diesen Stätten beten konnten, was während der jordanischen Herrschaft nicht möglich gewesen war.

Die Eroberungen hatten auch praktische Folgen, insbesondere den Beginn des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten (inklusive des Sinai, dessen Siedlungen nach dem Friedensschluss mit Ägypten 1979 geräumt wurden. Die Siedlungen im Gazastreifen, der nach wie vor unter israelischer Blockade steht, wurden 2005 geräumt). Im nach dem damaligen stellvertretenden Außenminister benannten Allon-Plan von 1967 wurde die Besiedlung der besetzten Gebiete, insbesondere des Westjordanlandes, aus primär strategischen Überlegungen heraus konzipiert. Die Idee war zum einen, militärische Stützpunkte östlich der israelischen Bevölkerungszentren zu etablieren, um Israel „strategische Tiefe" gegenüber militärischen Bedrohungen durch arabische Staaten zu verschaffen. Zum anderen sollten diese Militärstützpunkte durch ein Netz von zum damaligen Zeitpunkt kleineren und vor allem landwirtschaftlich ausgerichteten jüdischen Siedlungen ergänzt werden. Bis 1977 betrug die Zahl der Siedler 5000 Personen.

Der religiös imprägnierte Nationalismus, der infolge des Krieges Legitimierung fand, hatte parteipolitisch massive Auswirkungen. Er schuf – zusammen mit der traumatischen Erfahrung des Yom-Kippur-Krieges 1973 – dessen für Israel ambivalenter Ausgang vor allem der Arbeitspartei angelastet wurde – die Grundlagen für den Wahlsieg des bis dahin oppositionellen rechtsnationalen und mit Blick auf Grenzfragen in einer revisionistischen Tradition eines Groß-Israels stehenden Likud-Blocks 1977. Der Sharon-Plan, benannt nach dem damaligen Landwirtschaftsminister und späteren Ministerpräsidenten Ariel Sharon, sah eine massive Ausweitung des Siedlungsprojektes vor – weg von kleinen landwirtschaftlichen Siedlungen hin zu urbanen Siedlungsblöcken. Die Zahl der Siedler nahm in der Folgezeit – auch unter linksgerichteten Regierungen – kontinuierlich zu und stieg bis 1987 auf 55 000 und bis heute auf 550 000 Personen.[05]

Ein zentrales Element war hierbei auch die Bedeutungszunahme eines nationalreligiös inspirierten Messianismus, dem sich wichtige Teile der Siedlerbewegung zugehörig fühlen und dessen Bandbreite von terroristischen Gruppen wie der Kach-Bewegung und Gush Emunim bis hin zu politischen Parteien wie der durch den Sieg von 1967 ideologisch gestärkten Nationalreligi-

01 Vgl. Merhan Kamrava, The Modern Middle East, Berkeley 2013[3], S. 117.

02 Vgl. Avi Shlaim, The Iron Wall: Israel and the Arab World, New York 2014[2], S. 242–247.

03 Vgl. ebd., S. 249f.

04 Vgl. Michael B. Oren, Six Days of War. June 1967 and the Making of the Modern Middle East, Oxford 2002; Jeremy Bowen, Six Days. How the 1967 War Shaped the Middle East, London 2003.

05 Vgl. B'Tselem, Land Expropriation and Settlements, 23.11.2015, www.btselem.org/settlements.

ösen Partei, die der Siedlerbewegung nahe steht, sowie dem revisionistischen Flügel des Likuds reicht. Die Siedlerbewegung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen in Israel, die in der politischen Landschaft eine strategische Position einnimmt und so Gesetzgebung und Koalitionszusammensetzungen maßgeblich beeinflusst.[06] Das Scheitern des Osloer Friedensprozesses ist nicht ausschließlich aber auch durch den Widerstand nationalreligiöser Akteure in Israel zu erklären, dessen Aktionsspektrum von zivilem Widerstand gegen die Aufgabe des in der israelischen Debatte zunehmend als „Judäa und Samaria" bezeichneten Westjordanlandes bis hin zu Gewaltakten wie der Ermordung Rabins 1995 durch einen nationalreligiösen Aktivisten reicht.

Israel hat aber, trotz durchaus existierender innenpolitischer Debatten hierüber, auf eine Annexion des Westjordanlandes (nicht aber Ostjerusalems und des Golans) verzichtet. Auch Befürworter des Siedlungsprojektes sind hier aus außenpolitischen Erwägungen heraus bisher oft zurückhaltend. Politisch hat die seit 50 Jahren andauernde Besatzung zur Etablierung eines ungleichen Rechtsregimes in dem von Israel kontrollierten Gebiet geführt. Israelische Siedler leben nach israelischem Recht, während für die Palästinenser in den besetzen Gebieten israelisches Militärrecht gilt. Die Dauerhaftigkeit der Besatzung speist sich somit nicht nur aus der signifikanten ideologischen Unterstützung, die in Teilen der israelischen Gesellschaft für die Besiedlung existiert, sondern auch aus dem ambivalenten Rechtsstatus der besetzten Gebiete. Allerdings bekennen sich israelische Regierungen seit Oslo formal zu einer Zweistaatenlösung, so auch Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, der diese 2009 in einer Rede, wenngleich mit Abstrichen, politisch akzeptiert hat.

Während es zu Beginn des Friedensprozesses Unterstützung für einen weitreichenden Frieden mit den Palästinensern in breiten Teilen der israelischen Gesellschaft gab, so haben das Scheitern des Friedensprozesses und die Erfahrung mit massiver Gewalt durch palästinensische Terroristen seit Mitte der 1990er Jahre sowie die im Vergleich zur ersten Intifada (ab 1987) wesentlich blutigere zweite Intifada ab 2000 zu einer Zunahme eines tief verankerten Freund-Feind-Denkens in Israel geführt.[07] Dieser Trend hat sich seit der Konsolidierung rechts-nationalistischer Regierungsmehrheiten seit 2009 weiter verstärkt und lässt es derzeit eher unwahrscheinlich erscheinen, dass aus dem parteipolitischen Spektrum in Israel heraus eine neue Friedensdynamik entstehen könnte. Die Thematisierung negativer Folgen der Besatzung ist im gegenwärtigen politischen Diskurs nicht mehrheitsfähig und auch kaum legitimiert – es gibt weder eine breite gesellschaftliche Debatte mit Blick auf die von UN und NGOs umfassend dokumentierten Menschenrechtsverletzungen, die sich für Palästinenser aus der Veralltäglichung der Besatzung ergeben, noch über die negativen sicherheitspolitischen und ökonomischen Folgen der Besatzung, etwa die wirtschaftliche Umverteilung zwischen Israelis im Kernland und den hochgradig subventionierten Siedlungen.

AUSWIRKUNGEN FÜR DIE PALÄSTINENSER

Für die Palästinenser hatte der Krieg Folgen, die bis heute ihr politisches und gesellschaftliches Leben zutiefst prägen. Die palästinensische Bevölkerung des Westjordanlandes, Ostjerusalems und des Gazastreifens befindet sich seither unter israelischer Kontrolle. Unmittelbar nach dem Krieg verfolgte Israel in den besetzten Gebieten eine „Politik der Normalisierung."[08] Diese bestand aus drei Elementen: Erstens *Unauffälligkeit* im Hinblick auf die Präsenz der Besatzungsmacht und ihrer Symbole, zweitens *Nichteinmischung* in das Alltagsleben der Palästinenser und Erhalt bestehender Strukturen sowie drittens *offene Brücken*, um den Zugang nach Jordanien offen zu halten.[09] Zwar beruhte die Besatzung von Beginn an auf Zwangsmaßnahmen, um politischen Widerstand auszuschalten. Zugleich verstand Israel die Besatzung im ersten Jahrzehnt aber auch als „zivilisatorische Mission", die die eigene Präsenz legitimierte. Diese wurde als Mittel ausgewiesen, um die „rückständige" palästinensische Bevölkerung am Fortschritt teilhaben zu lassen. Gesteigerter Wohlstand und die verbesserte Verfügbarkeit von Konsumgütern waren tatsächlich

06 Vgl. Idith Zertal/Akiva Eldar, Lords of the Land: The War Over Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967–2007, New York 2009.

07 Vgl. Shlaim (Anm. 2).

08 Neve Gordon, Israel's Occupation, Berkeley 2008, S. 49.

09 Vgl. Shlomo Gazit, Trapped Fools. Thirty Years of Israeli Policy in the Territories, London 2003, S. 44.

feststellbar.[10] Seit Beginn der Besatzung fand aber bereits eine Besiedlung strategischer Orte statt, die massive Ausweitung der Zahl israelischer Siedler erfolgte dann ab 1977.

Die palästinensische Bevölkerung befindet sich bis heute unter der Kontrolle der israelischen Armee; zentrale Elemente des Besatzungsregimes prägen ihren Alltag. Zwar übernahm die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) im Zuge der Oslo-Abkommen wichtige administrative Funktionen, die sich aber auf die sogenannten A- und B-Gebiete, die 38 Prozent des Westjordanlandes umfassen, beschränken. Die israelische Armee besitzt weiterhin die vollständige Kontrolle über die übrigen 62 Prozent, die sogenannten C-Gebiete, und beansprucht auch darüber hinaus die militärische Oberhoheit. Die Einschränkungen für die Palästinenser ergeben sich aus dem rechtlich-administrativ und infrastrukturell „zweigeteilten" Regime in den besetzten Gebieten. Israelischen Siedlungen und von Israelis genutzte Straßen stehen palästinensische Orte und Straßen gegenüber, wobei sich durch israelische Checkpoints und die ab 2002 errichtete Sperranlage zum Westjordanland erhebliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit ergeben.

Als unmittelbare Folge des Krieges von 1967 flohen 250 000 bis 300 000 Menschen aus den von Israel besetzen Gebieten. Viele dieser Vertriebenen wurden so nach 1948 zum zweiten Mal zu Flüchtlingen.[11] Diejenigen, die 1967 erstmals flohen, werden vom UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) jedoch nicht als Flüchtlinge anerkannt und haben daher keinen Anspruch auf Hilfsleistungen. Zusätzlich sind die Flüchtlinge von 1967 mit dem Problem konfrontiert, dass sie durch die Flucht ihr Aufenthaltsrecht für die von Israel besetzen Gebiete verloren haben.

Eine der ersten Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht in Ostjerusalem war die Zerstörung des marokkanischen Viertels, das sich in unmittelbarer Nähe der den Juden heiligen Westmauer des ehemaligen jüdischen Tempelareals befindet, auf dem seit mehr als 1000 Jahren der Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee stehen. Bereits drei Tage nach der Eroberung der Altstadt evakuierte die israelische Armee die Bewohner des Viertels und riss ihre Häuser ab, um den Platz vor der Westmauer zu räumen.[12] Israel annektierte den Ostteil Jerusalems formal mit dem 1980 verabschiedeten Jerusalem-Gesetz. Die rund 70 000 palästinensischen Bewohner Ostjerusalems erhielten Identitätskarten und ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht. Dieses kann ihnen jedoch entzogen werden, wenn sie nicht nachweisen können, dass sie auch tatsächlich ihren Lebensmittelpunkt in Jerusalem haben. Zudem schränkt die israelische Regierung die Erteilung von Baugenehmigungen für Palästinenser stark ein, sodass diese oft gezwungen sind, nach israelischem Recht illegal zu bauen. Darüber hinaus wird die palästinensische Bevölkerung Jerusalems – deren Großteil die israelische Annexion nicht akzeptiert und aus politischen Gründen bei den Kommunalwahlen nicht wählt – bei der Zuwendung öffentlicher Gelder systematisch benachteiligt. Sie macht zwar über ein Drittel der Bevölkerung Jerusalems aus, erhält aber nur rund zehn Prozent des städtischen Haushalts.[13]

Durch die Eroberung Ostjerusalems befinden sich die heiligen Stätten auf dem Haram al-Scharif beziehungsweise Tempelberg (Heiliges Plateau) unter israelischer Kontrolle.[14] Seitdem existiert ein informelles Arrangement zwischen Israel und Jordanien, um den *Status quo* zu erhalten. Demnach ist es nur Muslimen gestattet, auf dem Heiligen Plateau zu beten, während gleichzeitig Nichtmuslimen der Zutritt nicht verwehrt wird. Die unter jordanischer Kontrolle stehende islamische Stiftung Waqf ist für die Verwaltung zuständig, und Israel ist für die Sicherheit und den Zugang verantwortlich. Diese seit 1967 bestehende informelle Übereinkunft war ein wichtiger Faktor für die Jahrzehnte andauernde relative Stabilität im Gebiet der heiligen Stätten. Dies änderte sich, als Israel ab Mitte 2014 begann, den Status quo infrage zu stellen, insbesondere, indem immer wieder nationalreligiöse Juden Zutritt zum Heiligen Plateau erhiel-

10 Vgl. Gordon (Anm. 8), S. 62–69.

11 Vgl. Nur Masalha, The Politics of Denial. Israel and the Palestinian Refugee Problem, London 2003, S. 178; Donna E. Arzt, Refugees into Citizens. Palestinians and the End of the Arab-Israeli Conflict, New York 1997, S. 17.

12 Vgl. Tom Abowd, The Moroccan Quarter. A History of the Present, in: Jerusalem Quarterly File 7/2000, S. 9–12.

13 Vgl. Meir Margalit, Discrimination in the Heart of the Holy City, Jerusalem 2006, S. 101–139.

14 Wir folgen in unserer Begrifflichkeit dem gegenüber den territorialen Ansprüchen, die sich aus jüdischer, christlicher oder muslimischer Tradition für die heiligen Stätten ableiten lassen, neutralen Terminus des „Heiligen Plateaus" (Holy Esplanade) der International Crisis Group. Zum Folgenden vgl. International Crisis Group, The Status of the Status Quo at Jerusalem's Holy Esplanade, Middle East Report 159/2015.

ten und dort zu beten versuchten, was gewaltvolle Auseinandersetzungen provozierte.

Die arabische Niederlage im Krieg von 1967 wirkte sich zudem unmittelbar auf die politische Organisation der Palästinenser aus, zumal der Kriegsausgang auch das Ende des von Nasser angeführten Panarabismus einläutete. Wurde die Palästinafrage bis 1967 vor allem als Flüchtlingsproblem wahrgenommen, änderte sich dies nun. Fortan rückte das Ziel der nationalen Selbstbestimmung in den Vordergrund, und die Palästinenser nahmen ihr Schicksal verstärkt in die eigenen Hände. Wesentlichen Einfluss hatte der Krieg daher auch auf die PLO: War sie bis 1967 vor allem ein Instrument der Arabischen Liga gewesen, übernahm sie nun eine eigenständige Rolle.[15] Unmittelbar nach dem Krieg versuchte sie, innerhalb des Westjordanlandes Fuß zu fassen, musste aufgrund israelischer Gegenschläge gegen Fedajin-Angriffe aber nach Jordanien zurückweichen. Dort entwickelte sich die PLO rasch zu einem Staat im Staate und forderte die Autorität des jordanischen Königs heraus. Im sogenannten „Schwarzen September" von 1970 kam es zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der PLO und jordanischen Sicherheitskräften, die mit über 3000 Toten und der Vertreibung der PLO aus Jordanien endeten.[16]

Der Sechstage- beziehungsweise Junikrieg trug so zur Entwicklung palästinensischer Selbstbestimmungsbestrebungen bei, die neben der Bekämpfung Israels die Errichtung eines säkularen, demokratischen Staates im gesamten ehemaligen britischen Mandatsgebiet für Christen, Muslime und (den vor der zionistischen Einwanderung im Lande lebenden) Juden zum Ziel hatten. Seit Mitte der 1970er Jahre lässt sich eine graduelle Aufweichung des Anspruchs auf totale Herrschaft über das Gebiet feststellen, wenngleich die PLO lange Zeit den Terrorismus als politisches Mittel akzeptierte. Es lässt sich aber bereits seit 1974 eine sehr vorsichtige wie ambivalente Akzeptanz einer Zweistaatenlösung beobachten. Dies ist einer der Gründe der internationalen Anerkennung, die die PLO über die Jahre bereits vor dem Osloer Friedensprozess fand, etwa durch den UN-Beobachterstatus seit 1974 oder die Venedig-Erklärung der Europäischen Gemeinschaft 1980.

15 Vgl. Rashid Khalidi, Palestinian Identity. The Construction of Modern National Consciousness, New York 2010[2], S. 183.

16 Vgl. Baruch Kimmerling/Joel S. Migdal, The Palestinian People, Cambridge MA 2003, S. 262.

REGIONALE AUSWIRKUNGEN

Nicht nur für die arabischen Kriegsparteien, sondern für die gesamte, zutiefst von der Idee eines panarabischen Anspruchs auf das historische Palästina überzeugte arabische Öffentlichkeit bedeutete der israelische Sieg 1967 eine unerwartete Demütigung. Mit dem zeitgleich erlangten Status als einzigem Staat in der Region, der über Nuklearwaffen verfügt, stieg Israel zu einer Regionalmacht auf. Entsprechend wird der Krieg auf Arabisch auch als *Naksa* („Rückschlag") bezeichnet. Insbesondere die israelischen Gebietsgewinne sorgten in den Folgejahren dafür, dass die regionale Situation extrem angespannt blieb. Vor diesem Hintergrund formulierte die Arabische Liga im September 1967 in Khartum ihre berühmten drei Neins: nein zu einem Frieden mit Israel, nein zu einer Anerkennung Israels und nein zu Verhandlungen mit Israel.[17]

Darüber hinaus ist die im November 1967 angesichts des Krieges verabschiedete Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates bis heute ein zentraler Bezugspunkt für die Regelung des arabisch-israelischen Konflikts. In dieser Resolution wurde erstmals das Prinzip „Land für Frieden" formuliert: Im Gegenzug für den Abzug aus den eroberten Gebieten sollte Israel von seinen arabischen Nachbarn friedliche Beziehungen zugesichert bekommen. Zugleich spielen im Hinblick auf eine Friedensregelung die „Grenzen von 1967", also die im Waffenstillstand von 1949 vereinbarte „Grüne Linie", eine wichtige Rolle. Mit der Akzeptanz der Resolution 242 durch die arabischen Staaten erfolgte also trotz der drei Neins von Khartum ein impliziter, aber politisch nicht zu unterschätzender, vorsichtiger Paradigmenwechsel. Denn auch wenn die arabischen Staaten Israel offiziell nicht anerkannten, wurde die Existenz Israels faktisch akzeptiert. Dies galt zuvorderst für Jordanien, das sich so strategische Flexibilität verschaffte, zum einen, um das fragile politische Gleichgewicht im eigenen Land, in dem rund die Hälfte der Bevölkerung palästinensischer Herkunft ist, aufrechtzuerhalten, zum anderen, um an die traditionelle Rolle des jordanischen Königshauses anzuknüpfen, das schon seit 1948 einer friedvollen Verständigung mit Israel aufgeschlossen gegenüberstand.[18]

17 Vgl. Shlaim (Anm. 2), S. 276 f.

18 Vgl. Kamrava (Anm. 1), S. 125.

Die Rückgewinnung der 1967 verlorenen Gebiete bildete ein wichtiges Motiv für den arabischen Angriff auf Israel im Yom-Kippur-Krieg 1973. Der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat verfolgte angesichts der offenkundigen israelischen Überlegenheit das Ziel, Israel durch einen Krieg an den Verhandlungstisch zu bringen. Letzten Endes stellte der Angriff auf Israel am höchsten jüdischen Feiertag trotz des militärischen Sieges Israels einen politischen Erfolg für Ägypten dar. Zum einen erschütterten die anfänglichen Geländegewinne den Mythos der israelischen Unbesiegbarkeit, zum anderen verschaffte sich Ägypten dadurch neuen politischen Handlungsspielraum jenseits der Khartumer Erklärung. So folgten tatsächlich die von Sadat angestrebten Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten, an deren Ende 1979 unter US-amerikanischer Vermittlung der Friedensvertrag von Camp David und die Rückgabe des Sinai standen.[19] Ägypten wurde dafür für zehn Jahre aus der Arabischen Liga ausgeschlossen, und andere arabische Mächte – vor allem Syrien, Irak und Iran – stritten fortan um die seit der Niederlage von 1967 vakante antiisraelische Anführerschaft in der arabischen beziehungsweise muslimischen Welt. Der arabisch-israelische Konflikt bestimmte so weiterhin den öffentlichen Diskurs in einer weitestgehend israelkritischen beziehungsweise -feindlichen arabischen Öffentlichkeit. Dies ist ein Grund dafür, dass arabische Herrscher regelmäßig die Kritik an der israelischen Besatzung Palästinas innenpolitisch nutzten, um von eigenen Problemen abzulenken, ohne dass die Palästinenser tatsächlich substanzielle Unterstützung erfuhren.

GLOBALE AUSWIRKUNGEN

Auch auf globaler Ebene führte der Krieg von 1967 zu signifikanten Veränderungen und Machtverschiebungen. Eine unmittelbare Folge des Krieges – mit nicht zu überschätzenden Auswirkungen bis zum heutigen Tage – sind die veränderten geopolitischen Allianzen, die hierdurch entstanden. In den 1950er und 1960er Jahren gehörte Frankreich noch zu den wichtigsten westlichen Verbündeten Israels, was sich unter anderem an seiner zentralen Rolle beim Aufbau des israelischen Nuklearprogramms zeigte (1967 wurde die erste israelische Atomwaffe fertiggestellt).[20] Der Juni- beziehungsweise Sechstagekrieg führte jedoch zu einer Abwendung: Unter Präsident Charles de Gaulle und infolge der Dekolonisierung in Nordafrika (vor allem Algerien) entschied sich Frankreich für eine stärkere Hinwendung zu den arabischen Staaten; das enge strategische Bündnis mit Israel – das etwa beim gemeinsamen Waffengang mit Großbritannien im Suez-Krieg 1956 zum Tragen gekommen war – wurde hierfür beendet.

Parallel zur Abkehr Frankreichs lässt sich seit 1967 eine immer stärker werdende Allianz zwischen den USA und Israel beobachten. Die USA sahen in dieser Partnerschaft anfangs vor allem eine Möglichkeit der Machtprojektion in den Nahen Osten und das östliche Mittelmeer, die der Eindämmung sowjetischen Einflusses diente. Im Laufe der Zeit wuchs daraus jedoch ein enges politisches, strategisches und gesellschaftliches Bündnis. Dieses basiert nicht nur auf einer „nüchternen" geopolitischen Grundlage, sondern bedient sich zunehmend auch einer politisch-ideologischen Sprache, die die enge normative Verbundenheit Amerikas und Israels – oft im Duktus einer gemeinsamen „zivilisatorischen Mission" zweier auserwählter Völker – hervorhebt.[21]

Diese Hinwendung Israels – und dann ab den späten 1970er Jahren auch Ägyptens – zu den USA bedeutete geopolitisch gesehen vor allem eine Schwächung der Sowjetunion. Mit Griechenland und der Türkei als NATO-Mitgliedern sowie Ägypten und Israel (und dann auch Jordanien) als wichtigen regionalen Verbündeten konnten die USA ihre dominante Stellung in der Region im Kontext des Kalten Krieges ausbauen – während die Sowjetunion ihren alten Verbündeten Ägypten verlor und strategisch nur Teilerfolge erzielen konnte wie etwa die Nutzung des syrischen Mittelmeerhafens Tartus durch die sowjetische (und heute russische) Marine oder den Schulterschluss mit der PLO. Die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten wurde auch insofern gestärkt, als sie mit dem Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel 1979 zur zentralen Vermittlungsmacht bei zwischenstaatlichen Konflikten in der Region aufstiegen.[22]

19 Vgl. ebd. S. 126–134.

20 Vgl. Erich Follath, Das Phantom von Dimona, in: Der Spiegel, 26. 1. 2004, S. 112.

21 Vgl. Douglas Little, American Orientalism: The United States and the Middle East since 1945, Chapel Hill 2008[3], Kap. 3.

22 Vgl. ebd., Kap. 8.

Die Rolle der USA als „ehrlicher Makler“ ist in enger Verbindung mit der schrittweisen Internationalisierung des Nahostkonfliktes zu sehen, die ebenfalls durch „1967“ begünstigt wurde. Auf die Bedeutung der UN-Sicherheitsratsresolution 242 von 1967 wurde bereits hingewiesen. Die Signifikanz dieser Resolution liegt insbesondere darin, dass sie zum einen aufzeigt, dass die internationale Staatengemeinschaft diesen Konflikt seither als „ihren“ betrachtet, der auch mit den Mitteln des UN-basierten internationalen Systems zu lösen ist, das heißt vor allem auf Grundlage des internationalen Rechts. Zum anderen schuf diese „Verrechtlichung“ die institutionelle Grundlage für eine in der Folgezeit immer wieder zu beobachtende „Verregelung“ des internationalen Konfliktmanagements im Israel-Palästina-Konflikt. So wäre die multilaterale Friedenskonferenz von Madrid 1991 genauso wenig ohne Resolution 242 vorstellbar wie die Schaffung des Nahostquartetts, also der multilateralen permanenten Beobachterinstitution im Konflikt, bestehend aus UN, Russland, USA und EU. Darüber hinaus bildet die Resolution 242 und insbesondere die Aufwertung der „Grünen Linie“ zu einer De-facto-Grenze zwischen Israel und Palästina eine wichtige Grundlage für die rechtliche Bewertung zentraler Konfliktparameter. Dies zeigt sich etwa in Urteilen internationaler Gerichte, die der „Grünen Linie“ den Status einer völkerrechtlichen Grenze zusprechen, wie etwa der Internationale Gerichtshof 2004 in seinem Gutachten zur Sperranlage oder der Europäische Gerichtshof 2010 in seinem Urteil im Brita-Verfahren.

Wichtig sind schließlich aber auch die globalen gesellschaftlichen Auswirkungen des Krieges von 1967. Genoss Israel in der westlichen Öffentlichkeit zuvor, insbesondere durch die Erinnerung an den Holocaust, als „Underdog“ erhebliche Sympathien, so wandelte sich dies nach 1967. Israel wird in vielen westlichen Staaten seither nicht nur als stärkere Partei wahrgenommen, sondern auch als Besatzungsmacht, die den Palästinensern grundlegende Rechte verwehrt. Dieser Meinungsumschwung lässt sich, verstärkt seit dem Scheitern des Osloer Friedensprozesses, vor allem in Europa beobachten, aber auch, in geringerem Umfang, im liberalen politischen Spektrum der USA. Für die USA ist die gesellschaftliche Bedeutung von 1967 aber noch höher einzuschätzen als für Europa. Dort führte der geopolitisch und zunehmend politisch-ideologische Schulterschluss mit Israel zu einem parteiübergreifenden und politisch kaum hinterfragbaren Konsens hinsichtlich der Unterstützung Israels, der sich auch in der gewachsenen politisch-gesellschaftlichen Bedeutung proisraelischer Lobbyorganisationen widerspiegelt.

FAZIT UND EINORDNUNG

Im 50. Jahr der israelischen Besatzung scheint diese zunehmend unumkehrbar. Israel hat sich innenpolitisch mit der Besatzung arrangiert, und die Befürworter des Siedlungsprojekts haben im innerisraelischen Diskurs eine beinahe hegemoniale Position eingenommen. Mittelfristig ist zu erwarten, dass sich diese Situation auch unter dem neuen US-Präsident Donald Trump weiter verfestigen wird. Gleichwohl steht „1967“ auch für den Aufstieg der PLO zu einem ernsthaften politischen Akteur und die diplomatischen Erfolge Palästinas; vor allem die Anerkennung als Staat durch die Mehrheit der UN-Mitglieder unterstreicht die Macht des „Underdogs“, die Palästina im internationalen System trotz der politischen Erosionserscheinungen in Palästina selbst hat.

Einerseits lässt sich zwar seit einiger Zeit eine „Entideologisierung“ des Israel-Palästina-Konflikts feststellen, was sich unter anderem in der Annäherung Saudi-Arabiens und anderer arabischer Staaten an Israel sowie der Friedensinitiative der Arabischen Liga von 2002 niederschlägt. Andererseits aber gibt es in der westlichen und nichtwestlichen politischen Öffentlichkeit – und auch im liberalen Spektrum der USA – ebenso deutliche Kritik an der seit 1967 anhaltenden israelischen Besatzung, was eine formale Legitimierung dieses Zustandes auch längerfristig illusorisch erscheinen lässt.

JAN BUSSE
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München. Zusammen mit Muriel Asseburg schrieb er zuletzt das Buch „Der Nahostkonflikt. Geschichte, Positionen, Perspektiven“ (2016).
jan.busse@unibw.de

STEPHAN STETTER
ist Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München und Herausgeber der „Zeitschrift für Internationale Beziehungen“.
stephan.stetter@unibw.de

„DER ERLÖSER AUS DEM DSCHUNGEL"

Ernesto Guevaras Tod, Vermächtnis und Auferstehung

Lukas Böckmann

Am 16. April 1967 erschien in Havanna die erste Ausgabe der Zeitschrift „Tricontinental" als dünnes Sonderheft. Die von der knapp ein Jahr zuvor gegründeten Organisation für Solidarität mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (OSPAAAL) herausgegebene Publikation enthielt nichts weiter als einen Brief an ihr Exekutivkomitee. In diesem als „Botschaft an die Trikontinentale" bekannt gewordenen Schreiben richtete sich Ernesto „Che" Guevara, das wohl prominenteste Gründungsmitglied der OSPAAAL, an die Weltöffentlichkeit.[01] Der ehemalige Kommandant der Kubanischen Revolution forderte in seiner Botschaft die „Völker der Welt" dazu auf, die ihnen von den „imperialistischen Mächten" auferlegte Starre abzuschütteln und die Waffen zu ergreifen, um mit ihm für die endgültige „Befreiung der Menschheit" zu kämpfen. Er selbst befand sich, wie später bekannt werden sollte, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits seit mehreren Monaten in Bolivien und hatte den Text noch im Jahr 1966 vor seinem Aufbruch verfasst. Er hoffte, mit Unterstützung der dortigen Landbevölkerung eine Guerillaarmee aufbauen zu können, um aus dem Andenland ein leuchtendes Beispiel und die Speerspitze einer kontinentalen Revolution zu machen. Doch die in erbärmlichen Verhältnissen lebenden Bauern, die Guevara zu den Subjekten seiner revolutionären Umwälzungen erhoben hatte, konnten seinen Ruf kaum vernehmen: Die überwiegende Mehrzahl von ihnen war des Lesens und Schreibens nicht mächtig.[02]

Breite und umgehende Resonanz fand die „Botschaft" hingegen von lateinamerikanischen Metropolen über nordamerikanische Universitäten bis in die europäischen Großstädte. Die von Guevara formulierte Parole „Schaffen wir zwei, drei … viele Vietnam" stieg umgehend zu einer der ikonischen Losungen der Neuen Linken auf.[03] Begünstigt wurde die weitreichende Rezeption der Botschaft Guevaras durch den historischen Kontext ihrer Veröffentlichung: Wenige Monate nach der Publikation sollten die Tet-Offensive in Vietnam, das Massaker auf der mexikanischen Plaza de Tlatelolco, der Aufzug sowjetischer Panzer in Prag und die Ermordung Martin Luther Kings bis dahin geografisch voneinander getrennt politisierte Milieus in eine scheinbar globalisierte Protestbewegung verwandeln.[04] Doch ebenso bedeutsam für den Widerhall der „Botschaft an die Trikontinentale" war Guevaras zeitgleicher Kampf und dessen von vielen Zeitgenossen als tragisch aufgefasstes Ende in Bolivien. Sein Tod im Oktober 1967, den er in der „Botschaft" scheinbar prophetisch antizipiert hatte, unterstrich auf unumstößliche Weise das von Guevara personifizierte, christlich grundierte Ideal der Synthese von Wort und Tat. Die Hinrichtung Guevaras erhob diesen letzten zu Lebzeiten des Guerillakommandanten veröffentlichten Text gleichsam zu seinem politischen Vermächtnis. Die darin formulierte Programmatik und die dezidiert religiöse Metaphorik haben, neben dem praktischen Wirken Guevaras, dessen Verklärung zu einer „christomorphen Figur" maßgeblich beeinflusst.[05]

ZWEI, DREI, VIELE VIETNAM

Anfang April 1965, knapp zwei Jahre bevor die „Botschaft an die Trikontinentale" erscheinen sollte, war Guevara unvermittelt aus der Öffentlichkeit verschwunden. Während sein Verbleib für zahlreiche Spekulationen gesorgt hatte, war Guevara im Verborgenen in den Kongo aufgebrochen, um dort eine Revolution nach kubanischem Vorbild voranzutreiben. Ein Vorhaben, das bekanntermaßen in einem Desaster endete. Doch zeitgleich zur Operation im Kongo hatte Guevara mit den Vorbereitungen für einen weiteren Einsatz begonnen. Schon 1964 hatte er seinen argentinischen Landsmann Ciro Bustos darauf angesetzt, in ihrem Herkunftsland potenzielle Kämpfer zu rekrutieren. Weitere Kontak-

te bestanden zur Gruppe um Juan Pablo Chang in Peru und nach Brasilien. Im Laufe des darauffolgenden Jahres gelang es Tamara Bunke („Tania"), der Tochter deutsch-jüdischer Exilanten aus Argentinien, die mittlerweile für den kubanischen Geheimdienst tätig war, sich in La Paz niederzulassen. Ausgestattet mit falschen Papieren, die sie als argentinische Ethnologin Laura Gutiérrez Bauer ausgaben, gelang es ihr, Kontakte zu den Kreisen um Präsident René Barrientos aufzubauen. Von dort aus sollte sie die verschiedenen Stränge der Operation zusammenführen.[06]

Der kubanische Staatschef Fidel Castro wiederum hatte die seit Langem bestehenden Beziehungen zu den unterschiedlichen Fraktionen des bolivianischen Kommunismus neu aufleben lassen. Während der von Óscar Zamora geleitete maoistische Partido Comunista Boliviano Marxista Leninista (PCB-ML) sowie der ebenfalls prochinesische Gewerkschaftskreis Moisés Guevaras umgehend ihre Unterstützung für den bewaffneten Kampf signalisierten, reagierte die Parteiführung des unter sowjetischem Einfluss stehenden Partido Comunista Boliviano (PCB) um Mario Monje zurückhaltend.[07] Auch wenn er den bewaffneten Bestrebungen Kubas nicht gänzlich ablehnend gegenüberstand – immerhin hatte er diverse Kader zur militärischen Ausbildung auf die Insel geschickt –, widerstrebte es Monje, das von Moskau vorgegebene Diktum der friedlichen Koexistenz zu brechen. Während eines Besuchs auf Kuba schilderte Castro Monje jedoch, „daß ein gemeinsamer Freund in sein Land zurückkehren möchte, jemand, dessen revolutionäres Format über alle Zweifel erhaben ist," und dass dieser Freund der Meinung sei, am besten über Bolivien dorthin zu gelangen. „Daher", so fügte Castro an, „möchte ich dich bitten, ihm bei der Einreise in dein Land behilflich zu sein."[08] Die Referenz auf Ernesto Guevara muss für Monje eindeutig gewesen sein, und so sagte er zu. Er tat dies wohl auch aus dem Kalkül heraus, einen Guerillakrieg auf bolivianischem Boden verhindern zu können, indem er Guevara dabei half, seine Einheit in Bolivien vorzubereiten und dann an die argentinische Grenze zu geleiten.

Im November 1966 reiste Guevara, getarnt als Mitarbeiter der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), nach Bolivien. Bereits im August hatte er über Mittelsmänner von Monje eine Finca und 1500 Hektar Land in einer schroffen Gegend zwischen Andenausläufern und der Chaco-Tiefebene, knapp 250 Kilometer südwestlich von Santa Cruz de la Sierra, aufkaufen lassen. In dem bewaldeten Gelände richtete er dann gemeinsam mit einigen seiner engsten Vertrauten aus Zeiten der Kubanischen Revolution bis zum Ende des Jahres ein Basislager, Waffendepots und eine rudimentäre medizinische Station ein.[09] Als sich Mario Monje für den 31. Dezember zu einem Besuch ankündigte, verfügte die von Guevara als Ejército de Liberación Nacional (ELN) benannte Gruppe bereits über 25 Guerilleros, von denen jedoch lediglich neun aus Bolivien stammten.

Das Treffen mit Monje zum Jahreswechsel sollte sich als entscheidend für den weiteren Verlauf der Guerilla in Bolivien herausstellen. Guevara hoffte, wie er kurz vor dem Eintreffen Monjes in einer Ansprache gegenüber seinen Guerilleros darlegte, auf eine Versöhnung der beiden großen sozialistischen Blöcke. Indem er, so sein Kalkül, in Bolivien sowohl mit Monje als einem Vertreter der sowjetischen Seite als auch den prochinesischen Fraktionen von Moisés Guevara und Óscar Zamora zusammenarbeite, könne Bolivien eine Beispielwirkung von immenser Bedeutung entfalten und die über das Schisma zwischen der Sowjetunion und China in zwei Blöcke zerfalle-

01 Ernesto Che Guevara, Mensaje a la tricontinental, in: Tricontinental. Suplemento especial, 16.4.1967. Jan Gerber danke ich für wertvolle Anregungen und Diskussionen.

02 Vgl. Instituto Interamericano de Ciencias Agricolas, Programa de desarrollo rural 1977/80, San José 1977, S. 45; Interamerikanische Entwicklungsbank, Progreso socio-económico en América Latina, Washington D.C. 1967, S. 69.

03 Entsprechend auch die Titel der Übersetzungen der „Botschaft an die Trikontinentale": Ernesto Che Guevara, Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam, Berlin 1967; ders., Creare due, tre, molti Viet-Nam, Mailand 1967; ders. Créer deux, trois … de nombreux Vietnam, Paris 1967; ders. Create Two, Three … Many Vietnams, That Is the Slogan, Hauts-de-Seine 1967.

04 Vgl. Wolfgang Kraushaar, Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008, S. 103.

05 Wolfgang Kersten, Einleitung, in: David Kunzle, Chesucristo. Die Fusion von Che Guevara und Jesus Christus in Bild und Text, Berlin–Boston 2016, o.S.

06 Vgl. dazu den internen Report des tschechoslowakischen Geheimdiensts zur „Operation Tania", archiviert unter der Ordnungsnummer 80723 300. Ich danke Juan B. Yofre für die Bereitstellung des entsprechenden Materials.

07 Vgl. Jorge Castañeda, La vida en rojo. Una biografía del Che Guevara, Buenos Aires 1997, S. 410.

08 Zit. nach Jon Lee Anderson, Che. Die Biographie, München 1997, S. 605f.

09 Vgl. Ernesto Guevara, Diario en Bolivia, in: ders., Obras 1957–1967, Havanna 1977^2, S. 435–630; hier S. 457–477.

ne sozialistische Welt wieder vereinen. Schon in seiner „Botschaft an die Trikontinentale“ hatte er die Differenzen zwischen diesen beiden Mächten als eine der zentralen Problemstellungen bezeichnet und gefordert: „Dies ist die Stunde, unsere Differenzen zurücktreten zu lassen und alles in den Dienst des Kampfes zu stellen.“[10]

Anders als gegenüber Monje suggeriert, war Bolivien in diesem Kampf aber nicht nur als Zwischenstation auf dem Weg nach Argentinien vorgesehen. Vielmehr sollte das Andenland, dem Beispiel Vietnams folgend, Ausgangspunkt größerer Ereignisse werden. Denn einmal aufgenommen, würde der Guerillakampf nach Guevaras Einschätzung umgehend kontinentale Dimensionen annehmen und der gesamte Subkontinent zur „Szene von vielen großen Schlachten für die Befreiung der Menschheit“ werden.[11] Endpunkt dieses Kampfes sollte nichts weniger sein als die „Vernichtung des Imperialismus durch die Eliminierung seines mächtigsten Bollwerks, die imperialistische Herrschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika“.[12] Doch nur wenn es China und Russland gelänge, so Guevara weiter, ihre Differenzen zu überwinden und sich mit den Revolutionären in allen Teilen der Welt zusammenzuschließen, könne dem nordamerikanischen Imperialismus endgültig der letzte Stoß verpasst werden. Seiner Vorstellung nach sollte in Bolivien also ein neuer weltumspannender Krieg seinen Anfang nehmen, dessen Ausgang entscheiden würde, ob der Planet in Zukunft sozialistisch oder kapitalistisch sei.

Das Gespräch mit Monje führte zu keiner Übereinkunft. Denn dieser forderte – nachdem ihm immer deutlicher geworden war, dass es nicht lediglich darum gehen würde, Guevara bei der Passage nach Argentinien zu unterstützen –, dass ihm die politische und militärische Führung der gesamten Operation übertragen werde. Zu einem solchen Zugeständnis war Guevara unter keinen Umständen bereit. Monje kündigte daraufhin die Unterstützung der PCB auf und forderte die von der Partei entsandten Kämpfer unmissverständlich, jedoch erfolglos dazu auf, die Guerilla Guevaras zu verlassen.[13] Seine Abschiedsworte an die bei Guevara verbleibenden Genossen am nächsten Morgen sollten sich als ebenso präzise wie tragisch erweisen: „Sobald das Volk davon erfährt, dass diese Guerilla von einem Ausländer geführt wird, wird es ihr den Rücken zukehren und die Unterstützung versagen. Ich bin mir sicher, dass sie scheitern wird, weil sie nicht von einem Bolivianer kommandiert wird. Ihr werdet alle einen heroischen Tod sterben, aber ihr habt keinerlei Aussicht auf Erfolg.“[14]

UNTER DER FAHNE EINER HEILIGEN SACHE

Kurz nachdem Monje die Gruppe am Neujahrsmorgen verlassen hatte, brach Guevara mit der Mehrzahl der Männer zu einer ersten Trainingsexpedition auf. Entgegen seinem Vorhaben, nach 15 Tagen wieder zurück im Basislager zu sein, kamen sie deutlich langsamer vorwärts als gedacht und blieben fast sieben Wochen lang in den Wäldern. Noch bevor sie zurück zu ihrer Finca gelangten, war das bolivianische Militär jedoch auf die Vorgänge in der Region aufmerksam geworden. Während Guevaras Abwesenheit hatte Moisés Guevara weitere Rekruten in das Basislager gebracht, von denen zwei nach kurzer Zeit beim Versuch zu desertieren von Armeekräften verhaftet worden waren. In den anschließenden Verhören hatten sie den Militärs Auskunft über die sich formierende Guerilla und ihren ausländischen Kommandanten mit dem Decknamen „Ramón“ gegeben.[15] Kurz darauf, am 23. März 1967, kam es zu einem ersten Gefecht zwischen Guevaras Gruppe und einer angerückten Einheit der Armee, bei dem sieben Soldaten getötet wurden. Deutlich früher als geplant hatten sich damit die operativen Vorbereitungen in einen Guerillakrieg verwandelt, der die Gruppe dazu zwang, den Komfort des Finca-Camps zu verlassen und ständig in Bewegung zu bleiben.

Anfang April nahm die Armee die zuvor von den Guerilleros übereilt verlassene Finca ein und fand dort neben Verpflegung und Medikamenten auch Unterlagen und diverse Fotos. Ausgehend von diesem Material verstanden es die bolivianischen Offiziellen, in der Öffentlichkeit das Bild einer Castro-kommunistischen und vor allem ausländischen Invasion zu verbreiten. Die In-

10 Guevara, Schaffen wir … (Anm. 3), S. 14.
11 Ebd., S. 12.
12 Ebd., S. 15.
13 Vgl. Guevara, Diario (Anm. 9), S. 477 ff.
14 Zit. nach Inti Peredo, Mi campaña con el Che, Mexiko 1971, S. 27 (Übertragung aus dem Spanischen: L. B.).
15 Vgl. Gary Prado Salmón, Como capturé al Che, Buenos Aires 1987, S. 79–82.

formationspolitik der Regierung richtete sich direkt an die in ärmlichsten Verhältnissen lebenden Bauern der Umgebung und appellierte an ihren Patriotismus – forderte sie sie doch auf, Bolivien gegen diese Invasion zu verteidigen. Die Armee ließ eigens eine Pressekonferenz auf der eingenommenen Finca abhalten, auf der auch das Bild des vermeintlichen Anführers der Gruppe präsentiert wurde, allerdings ohne bekannt zu geben, um wen es sich dabei handelte. Es zeigte Ernesto Guevara, mit Pfeife und ohne Bart.[16]

Am 13. April erhielt Guevara über Radio die Nachricht, die USA würden Militärberater nach Bolivien entsenden. Ganz im Sinne der drei Tage darauf erscheinenden „Botschaft an die Trikontinentale" vermerkte er daraufhin in seinem Tagebuch: „Vielleicht erleben wir gerade das erste Kapitel eines neuen Vietnam."[17] Nachdem der ELN bereits kurz nach Beginn der Kampfhandlungen mit einem ersten Kommuniqué seine Existenz publik gemacht hatte, sollte die Veröffentlichung des Textes an die OSPAAAL nun alle Zweifel über die Anwesenheit Guevaras in Bolivien ausräumen und gerade dadurch eine möglichst breite Wirkung entfalten.[18] Vor allem aber kam der Text einem Aufruf gleich, zu den Waffen zu greifen und sich an der Schaffung weiterer Konfliktherde zu beteiligen. In tief religiös geprägten Bildern forderte Guevara ein diffus adressiertes „Wir" dazu auf, „unter der Fahne der heiligen Sache der Erlösung der Menschheit", den ersten Märtyrern eben dieses Kampfes nachzueifern.[19]

Der siegesgewisse Ton der „Botschaft an die Trikontinentale" täuschte jedoch darüber hinweg, dass sich Guevaras Guerilla zunehmend in eine ausweglose Lage manövriert hatte. Sowohl Juan Pablo Chang und Tamara Bunke als auch Ciro Bustos und der Franzose Régis Debray saßen aufgrund des unerwarteten Eingreifens der Armee bei der Guerilla fest. Sie alle waren zu Beginn des Jahres auf die Finca gekommen und sollten, so der ursprüngliche Plan, mit Nachrichten oder Koordinierungsaufträgen an ihre angestammten Einsatzorte zurückkehren. Die nun eingerichtete militärische Sperrzone machte eine Rückkehr jedoch äußerst riskant. Während Chang und Bunke, deren Tarnung durch die auf der Finca gefundenen Fotos aller Wahrscheinlichkeit nach aufgedeckt worden war, entschieden, bei der Guerilla zu bleiben und damit die Verbindung nach La Paz und Peru unwiederbringlich gekappt war, wurden Bustos und Debray bei dem Versuch, den Belagerungsring zu verlassen, verhaftet. Damit war der letzte Kontaktweg zur kubanischen Führung ebenfalls abgebrochen. Guevara hatte seinerseits zur Unterstützung des Fluchtversuchs seine Guerilla in zwei Kolonnen aufgeteilt. In den folgenden Monaten sollte es ihm nicht mehr gelingen, die ohne Kommunikationsmittel voneinander abgeschnittenen Gruppen nochmals zu vereinen.[20]

Guevara beunruhigte aber vor allem eines: Entgegen seiner Hoffnung hatte sich keiner der örtlichen Bauern seiner revolutionären Kampftruppe angeschlossen. Dabei war er stets von einer organischen Verbindung zwischen der ländlichen Bevölkerung und der Guerilla ausgegangen, sowie davon, dass es auf Grundlage der gemeinsamen Sprache, Sitten und Religion sowie der immer gleichen Formen der Ausbeutung ein starkes übereinstimmendes Klassenbewusstsein unter der gesamten lateinamerikanischen Bevölkerung geben würde. Dieses Bewusstsein werde zwangsläufig eine Solidarität „‚international-amerikanischen' Typs" hervorbringen, so seine Annahme.[21] Hätte die bewaffnete Avantgarde den Kampf gegen die Ausbeutung erst angestoßen, so legte er nahe, werde sich das international-amerikanische Volk alsbald an ihm beteiligen. Tatsächlich aber stand die in der Gegend lebende Bevölkerung dem ELN immer ablehnender gegenüber. Unterstützt durch beständige Hinweise auf den ausländischen Charakter der Guerilla, erhielt das Militär vermehrt Meldungen über deren Tätigkeiten vonseiten der Bauern. In einer ansonsten noch optimistischen Monatszusammenfassung des Aprils kam Guevara daher zu dem Schluss, zumindest deren Neutralität könne durch gezielten Terror erreicht werden.[22] Zwar hatten Castro und er schon während der Kubanischen Revolution in

16 Vgl. Anderson (Anm. 8), S. 635.

17 Guevara, Diario (Anm. 9), S. 530.

18 Vgl. ebd., S. 542. Laut Gustavo Villoldo, dem Leiter des Country Team des CIA in Bolivien, sowie Larry Sternfield, dem Verantwortlichen der CIA in Bolivien bis April 1967, war der Agency bereits vor Erscheinen des Artikels und der kurz darauf erfolgenden Festnahme von Ciro Bustos und Régis Debray die Anwesenheit Guevaras in Bolivien bekannt. Vgl. Castañeda (Anm. 7), S. 442.

19 Guevara, Schaffen wir … (Anm. 3), S. 14.

20 Vgl. Anderson (Anm. 8), S. 635–639.

21 Guevara, Schaffen wir … (Anm. 3), S. 12.

22 Vgl. Guevara, Diario (Anm. 9), S. 541.

ihrem Rückzugsgebiet der Sierra Maestra immer wieder Druck auf die lokale Bevölkerung ausgeübt, doch die explizite Ausformulierung dessen war neu.

Bisweilen ist darüber spekuliert worden, warum Guevara zu diesem Zeitpunkt, als eine Flucht noch realistisch schien, nicht in Erwägung zog, den Einsatz abzubrechen. Einerseits ging er trotz der Rückschläge lange davon aus, die Operation würde sich noch seinen Hypothesen entsprechend entwickeln. Im Juli 1967 hatte der in Argentinien regierende General Juan Carlos Onganía aus Sorge vor einem Übergreifen des Konflikts die Grenze zu Bolivien abriegeln lassen. Für Guevara war dies ein deutliches Zeichen dafür, dass die vorhergesagte Internationalisierung des Kampfes tatsächlich eintrat. Euphorisch vermerkte er in seinem Tagebuch: „Die Legende der Guerilla nimmt kontinentale Dimensionen an.“[23] Ebenso wäre es kaum mit seinem militärischen Kodex vereinbar gewesen, die von der Hauptkolonne abgeschnittene Nachhut zurückzulassen. Vor allem aber hatte er sich einen Rückzug durch seine vehemente Rhetorik verstellt, ließ diese doch kein Zurückweichen und keine Ambivalenzen mehr zu. So wie er einforderte, am Schicksal der Unterdrückten teilzuhaben und sie unbeugsam „bis zum Tode oder bis zum Sieg zu begleiten“,[24] konnte er den Kampf in Bolivien nicht nach wenigen Monaten aufgeben, ohne seine politische Agenda als weltfremde Heilslehre zu entlarven.

Die Endgültigkeit jener von Guevara nachgerade zur apokalyptischen Entscheidungsschlacht zwischen den antagonistischen Kräften der Welt erhobenen Auseinandersetzung hatte er bereits in der „Botschaft an die Trikontinentale“ – wenn auch unbewusst – antizipiert. Sein Aufruf an die „Völker der Welt“ endete mit dem posthum als Zeichen einer Todessehnsucht gedeuteten Satz: „An jedem beliebigen Ort, wo uns der Tod überraschen könnte, sei er willkommen, wenn unser Kriegsruf gut aufgenommen würde und eine andere Hand nach unseren Waffen greifen würde und andere Menschen bereit wären, die Totenlieder mit Maschinengewehrgeknatter und neuen Kriegs- und Siegesrufen anzustimmen.“[25]

23 Ebd., S. 588.
24 Guevara, Schaffen wir … (Anm. 3), S. 8.
25 Ebd., S. 16.

Bereits Ende August 1967 hatte die 8. Division der bolivianischen Armee die Nachhut Guevaras in einen Hinterhalt gelockt. Während die zu diesem Zeitpunkt noch aus acht Personen bestehende Gruppe den Fluss Masicurí überquerte, hatten die Soldaten das Feuer eröffnet und die Mehrzahl von ihnen getötet. Unter den Toten fand sich auch Tamara Bunke, deren Leiche Tage später aus dem Fluss geborgen wurde. Zwei der drei Überlebenden wurden anschließend durch die Soldaten exekutiert.

Knapp einen Monat darauf gaben Anwohner dem Militär Hinweise auf Aktivitäten mutmaßlicher Guerilleros in der Gegend um das Dorf La Higuera. Am 8. Oktober gelang es der von Gary Prado Salmón kommandierten Einheit der Armee, die Gruppe um Guevara in einer nahegelegenen Schlucht zu stellen. Die Mehrzahl der Kämpfer wurde in dem folgenden Gefecht getötet und Guevara, der zuvor verwundet worden war, von Sargento Bernardino Huanca festgenommen. Gemeinsam mit dem bolivianischen Guerillero Simón Cuba („Willy“) wurde er nach La Higuera verbracht und dort von Armeeangehörigen sowie dem CIA-Agenten Félix Rodríguez verhört. Guevara selbst ging, so legt es der Bericht Rodríguez' nahe, davon aus, dass die Militärs ihn am Leben lassen würden.[26] Am folgenden Morgen wurde auch Juan Pablo Chang nach La Higuera gebracht. Kurz darauf erging von der Obersten Heeresleitung der Befehl, die Gefangenen, allen voran Ernesto Guevara, zu liquidieren. Zu groß waren die Bedenken, ein öffentlicher Prozess könnte, deutlich vehementer noch als dies nach der Verhaftung Régis Debrays geschehen war, die Empörung der Weltöffentlichkeit auf die bolivianische Regierung lenken. Nachdem zunächst Chang und Cuba hingerichtet wurden, wurde auch Ernesto Guevara am Mittag des 9. Oktober 1967 erschossen.[27]

GEKREUZIGTER GOTT

Das Militär brachte Guevaras Leichnam noch am selben Tag nach Vallegrande, wo er von den

26 Rodríguez geht auch davon aus, dass Guevara in Bolivien nicht bewusst in den Tod gegangen sei: „Hätte er sterben wollen, dann wäre er unten in der Schlucht geblieben und hätte weitergekämpft. Aber nein, er versuchte davonzukommen.“ Zit. nach Castañeda (Anm. 7), S. 480 f.
27 Vgl. Anderson (Anm. 8), S. 652 f., S. 656–664; Castañeda (Anm. 7), S. 473–478.

Nonnen des örtlichen Krankenhauses gewaschen wurde. Ein Arzt injizierte ihm, um den Verwesungsprozess zu verlangsamen, Formaldehyd und öffnete ihm die Augen. Am Tag darauf wurde der Leichnam in einem rudimentären Waschhaus des Hospitals auf einem Betonbecken aufgebahrt und angereisten Pressevertretern als Beweis für den Tod des weltweit berühmtesten Guerillakommandanten vorgeführt. Die Militärs hofften wohl, durch die Präsentation des Gefallenen und die anschließende anonyme Bestattung Guevaras, einer posthumen Heroisierung vorbeugen zu können. Doch die tags darauf weltweit auf den Titelseiten der Tageszeitungen publizierten Fotos Guevaras erzielten einen Effekt, der gegensätzlicher zur eigentlichen Intention der Zurschaustellung nicht hätte sein können. Die Bilder des Leichnams, dessen entrückten und gleichsam lebendigen Blick ein sanftes Lächeln zu umspielen schien, wiesen in ihrer Bildsprache, wie zeitgenössische Beobachter alsbald bemerkten, eine frappierende Ähnlichkeit zu Darstellungen eines anderen, deutlich älteren, aber nicht minder bedeutenden Propheten der Menschheitsbefreiung auf: Jesus Christus.[28]

Die ästhetische Amalgamierung Jesu Christi und Ernesto Guevaras, die weit mehr über ihre Interpreten aussagt als über die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht vorhandene Absicht der Fotografen, reicht jedoch über rein äußerliche Ähnlichkeit hinaus. Vielmehr verweist sie auf ideengeschichtliche Analogien, deren Kern ebenfalls in der „Botschaft an die Trikontinentale" aufscheint: eine christlich imprägnierte Eschatologie. Unmissverständlich deutlich wird dies, wenn Guevara von der „heiligen Sache der Erlösung der Menschheit" schreibt. Guevara, der sich hier gewissermaßen als Schüler Carl Schmitts und dessen „Politischer Theologie" erweist, unterteilte die Welt gedanklich in zwei antagonistische Blöcke, die in einer alles entscheidenden Auseinandersetzung um die endgültige Vollendung der Geschichte ringen würden. Während er von seinen Apologeten zu einem christusgleichen Propheten der Liebe verklärt wird – hiervon zeugt insbesondere der häufige Bezug auf seinen Ausspruch: „Ich wage zu behaupten (…), dass der wahre Revolutionär von großen Gefühlen der Liebe geleitet wird"[29] – richtete er auf seine Widersacher komplementär hierzu den Hass. In der „Botschaft an die Trikontinentale" erhob Guevara den „unbeugsame[n] Haß dem Feinde gegenüber, der den Menschen über seine physischen Grenzen hinaus antreibt und ihn in eine wirksame, gewaltsame, selektive und kalte Tötungsmaschine verwandelt" gar zur Triebfeder des gesamten Kampfes.[30] Gerade dieses Erlösungsdenken erlaubte es Guevara, für sich selbst den Weg eines Märtyrers vorzuzeichnen und zugleich gegenüber all jenen, die sich von diesem Weg abwandten, äußerste Härte anzuwenden. Ebenso wie er zu Lebzeiten dafür eintrat, die Lebensbedingungen jener zu verbessern, die unter der Einrichtung der Welt unbestreitbar litten – und nach seinem Tod zu einem Symbol für das Unbehagen am Fortbestehen dieser Missstände wurde – zeigte er sich unbarmherzig gegenüber all jenen, die als Renegaten, Deserteure oder Informanten des Militärs vom geforderten Glauben abgefallen waren.

Die religiöse Imprägnierung seines Denkens tritt sinnbildlich in einer Episode zutage, die er in seinem Tagebuch aus der Sierra Maestra schildert. Den Guerilleros um Fidel Castro war im Januar 1957 der abtrünnige Mitkämpfer Eutimio Guerra in die Hände gefallen, der die Rebellen an das kubanische Militär verraten hatte. Die daraufhin angeordnete Hinrichtung Guerras, aller Wahrscheinlichkeit nach die erste von ihm selbst ausgeführte, schildert Guevara in seinen Aufzeichnungen in den Metaphern biblischer Parabeln: In jenem Moment, schreibt er, als Eutimio hingerichtet wurde, „brach ein schwerer Sturm los, und der Himmel verdunkelte sich. Inmitten einer Sintflut, die hereinbrach, als Blitze über den Himmel zuckten und Donner hallte, wurde Eutimio Guerras Leben gerade in dem Augenblick ein Ende gesetzt, als einer dieser Blitzstrahlen aufleuchtete und ihm sofort ein Donnerschlag folgte – und nicht einmal die Kameraden, die in seiner Nähe standen, hörten den

28 Vgl. John Berger, „Che" Guevara, in: ders. The Look of Things, New York 1971, S. 42–52, hier S. 44. In der Tat erscheinen einige der Fotos wie zeitgenössische Neuauflagen klassischer Gemälde. So verweist beispielsweise das von Freddy Alborta von den Füßen her aufgenommene Foto Guevaras auf Andrea Mantegnas „Beweinung Christi" (1490). Eine andere Aufnahme bildet den Leichnam auf der gesamten horizontalen Bildachse aus seitlicher Perspektive ab, mit dem Kopf am linken, den Füßen am rechten Bildrand, und gleicht bis in die Armstellung Philippe de Champaignes „Le Christ mort couché sur son linceul" (1654).

29 Zur Rezeption vgl. Kunzle (Anm. 5), S. 106.

30 Guevara, Schaffen wir … (Anm. 3), S. 14.

Schuß.“[31] Als der Leichnam am folgenden Morgen begraben wurde, untersagte Guevara seinen Kameraden, zum Andenken ein hölzernes Kreuz aufzustellen und gestattete lediglich eine geritzte Markierung an einem Baum. Guerras Name sollte auf immer in einem Akt der *damnatio memoriae* aus der Geschichte getilgt werden.

Der heilsgeschichtlichen Erwartung, die gesamte Schöpfung durch einen Guerillakrieg zu erlösen, stellte Guevara auf individueller Ebene sein Konzept des Neuen Menschen zur Seite. Eine Analogie, die in der eschatologischen Hoffnung auf die Vollendung des Einzelnen im christlichen Denken ebenfalls ihre Entsprechung findet. Guevara eiferte einem Ideal nach, das jedes Streben nach Genuss und materiellem Reichtum zugunsten von Opferbereitschaft, Entsagung, Askese und moralischer Überlegenheit ablehnte. An dessen Ende steht, als säkularisierte beziehungsweise subjektivierte Gottesvorstellung, der revolutionäre Guerillero als „höchste Stufe der menschlichen Spezies“.[32] Und das verkörperte bereits zu Lebzeiten niemand so prototypisch wie Guevara selbst. So wie Christus erst durch seine Kreuzigung zum Heiland werden konnte, stieg auch Guevara durch seinen „Opfertod“ in Bolivien endgültig zum „Erlöser aus dem Dschungel“ auf, wie „Der Spiegel“ im Juli 1968 titelte. Darauf, dass er sich seines Stellenwertes durchaus bewusst war, deutet ein Gedicht León Felipes hin, das Guevara kurz vor seinem Tod aus dem Gedächtnis niedergeschrieben hatte. Darin heißt es:

Christus, ich liebe dich (…)
Du hast uns gelehrt, dass der Mensch Gott ist
ein armer, gekreuzigter Gott wie Du.
Und dass der zu deiner Linken in Golgatha
der schlechte Dieb
auch ein Gott ist.[33]

Eben diese Konstellation aufgreifend, wenn auch wohl unbewusst, gedachte das Milieu der Neuen Linken Guevara nach seinem Tod mit der ebenso griffigen wie christlich grundierten Formel: „Che vive!“ beziehungsweise „Che lebt!“ Die hieran anknüpfende Heroisierung des Guerillakommandanten sparte, wie dies allen Heldenerzählungen gemein ist, all jene Bereiche aus, die das Bild hätten beschädigen können. Und so traten Guevaras maßgebliche Beteiligung an den Erschießungen Oppositioneller im Gefangenenlager La Cabaña auf Kuba oder sein fatalistischer Wille, die gesamte kubanische Bevölkerung während der Kubakrise 1962 in einem atomaren Krieg zu opfern, zugunsten eines Narrativs in den Hintergrund, das ihn als zeitgenössischen Christus inszenierte.

Vor diesem Hintergrund ist es alles andere als zufällig, dass es gerade Rudi Dutschke war – ein Pastorensohn, der für seine öffentlichen Auftritte als Wortführer der Studentenbewegung mehrfach den Hörsaal gegen die Kirchenkanzel eintauschte –, der Guevaras „Botschaft an die Trikontinentale“ gemeinsam mit dem Schriftsteller Gaston Salvatore ins Deutsche übertrug und unter dem noch heute emblematischen Titel „Schaffen wir zwei, drei … viele Vietnam“ im Sommer 1967 in West-Berlin herausgab. Auch wenn sich Dutschke in seiner Einleitung von der emphatischen Apologie des Hasses distanzierte, die Guevara in seinem Text propagierte, teilte er doch dasselbe eschatologische Grundverständnis von Politik. Dieses verdichtete sich in der ebenso heilsversprechenden wie apokalyptischen Vietnam-Formel, die noch vor dem Tod des lateinamerikanischen Revolutionärs – aber auch weit über das Jahr 1967 hinaus – erhebliche Wirkung entfalten sollte.

31 Ernesto Che Guevara, Aufzeichnungen aus dem kubanischen Befreiungskrieg 1956–1959, Reinbek 1969, S. 33.
32 So notierte es Guevara am 8. August 1967 in sein Tagebuch, als er – körperlich zunehmend geschwächt – die Drastik seiner Situation bereits erkannt hatte: „Diese Art von Kampf eröffnet uns die Möglichkeit, uns in Revolutionäre zu verwandeln; die höchste Stufe der menschlichen Spezies.“ Guevara, Diario (Anm. 9), S. 560f.
33 Zit. nach Juan José Sebreli, Comediantes y mártires. Ensayo contra los mitos, Barcelona–Buenos Aires 2008, S. 162.

LUKAS BÖCKMANN
hat Iberoamerikanische Geschichte, Philosophie und Romanistik studiert. Er ist Doktorand am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität zu Leipzig, wo er über Katholische Tradition und politische Theologie innerhalb der argentinischen Guerilla der 1960er Jahre promoviert.
boeckmann@dubnow.de

REFORMATIONSJUBILÄUM 1967 IM GETEILTEN DEUTSCHLAND

Politische Abgrenzung und konfessionelle Annäherung

Claudia Lepp

900 Jahre Wartburg, 450 Jahre Reformation und 150 Jahre Wartburgfest der Burschenschaften: Im deutschen Mehrfachjubiläumsjahr 1967 hatte die DDR gegenüber der Bundesrepublik einen klaren Standortvorteil, lagen doch die wichtigsten Gedächtnisorte auf ihrem Gebiet. Die SED nutzte die historischen Jubiläen[01] denn auch weidlich für ihre Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik und für die internationale Anerkennung des zweiten deutschen Staates. Doch welche Folgen hatte diese politische Instrumentalisierung des Reformationsjubiläums für die evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten, die ja noch immer gesamtdeutsch in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) organisiert waren? Und wie ging die Bundesrepublik mit diesem geschichtspolitischen Vorstoß der DDR um? Setzte sie ihm einen ebensolchen entgegen? Oder führten die konfessionellen Konstellationen und kirchlichen Problemstellungen in der Bundesrepublik zu einer anderen Ausgestaltung und Tendenz der Reformationsfeierlichkeiten? Offenbarten sich im Reformationsjubiläum 1967 Verflechtung und Divergenzen der beiden deutschen Staaten und Gesellschaften? All diesen Fragen soll im Folgenden durch eine Analyse des Jubiläums in der DDR und in der Bundesrepublik nachgegangen werden. Am Ende folgt ein Ausblick auf das Reformationsjubiläum 2017, das unter anderen historischen Konstellationen stattfindet.

DAS JUBILÄUM IN DER DDR: POLITISCHE INSTRUMENTALISIERUNG

Im März 1966 entschloss sich das Politbüro der SED mit Blick auf die Jubiläen zu einer gezielten Rezeption des nationalen Erbes. Die DDR sollte sich gegenüber dem Ausland und der eigenen Bevölkerung als die einzig rechtmäßige „Hüterin und Fortsetzerin der fortschrittlichen nationalen und humanistischen Traditionen des deutschen Volkes“ zeigen.[02] Diese geschichtspolitische Mobilisierung schloss ein neues offizielles Reformationsverständnis ein. Lange war die Reformation in der DDR-Historiografie sehr kritisch betrachtet worden. Nun galten die Kämpfe der Reformationszeit als erste Etappe der „frühbürgerlichen Revolution“, ja, als die größte revolutionäre Massenbewegung der Deutschen bis zur Novemberrevolution von 1918, und die DDR wurde als Erbin und Vollenderin einer enttheologisierten Reformation gefeiert. Martin Luther wandelte sich – vereinfacht gesagt – vom antinationalen, negativen Helden, als der er in den 1950er Jahren noch gegolten hatte, allmählich zum Stammvater der deutschen Nation sowie des Sozialismus in der DDR.[03]

Für das „Nationale Jubiläum“ wurden die Lutherstätten in Wittenberg, Eisleben, Eisenach und Erfurt kostspielig renoviert. Die staatlichen Veranstaltungen begannen mit einem Symposium marxistischer Historiker über die „Weltwirkung der Reformation“. Am Sonntag, den 29. Oktober 1967, erreichten sie in Wittenberg, der Hauptwirkungsstätte Luthers, einen Höhepunkt: „historisches Marktleben“, Festzug mit Themenwagen zur Geschichte von der Feudalgewalt bis zur Gründung der DDR, Festakt der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Am 31. Oktober, dem Gedenktag des Thesenanschlags, sprach der stellvertretende DDR-Staatsratsvorsitzende Gerald Götting im Rahmen eines Festakts des staatlichen „Komitees der Deutschen Demokratischen Republik für die zentralen Veranstaltungen anläßlich des 450. Jahrestages der Reformation“.[04]

Die SED-Führung bestand auf dem „Primat des Staates für alle drei Jubiläen“,[05] das heißt auch gegenüber den kirchlichen Feierlichkeiten des Reformationsjubiläums, deren Tradition bis ins 16. Jahrhundert zurückreichte. Zugleich nutz-

te sie die Reformationsfeiern in der DDR dazu, die Trennung der acht ostdeutschen Landeskirchen von der gesamtdeutschen EKD zu forcieren. Denn als die Staats- und Parteispitze um den Jahreswechsel 1966/67 in der Deutschlandpolitik einen konsequenten Abgrenzungskurs einschlug, wurde die Kirchenpolitik darauf abgestimmt und mit der These von der Selbstzerstörung der gesamtdeutschen Kirche Kurs auf die endgültige Spaltung der EKD genommen. Doch noch hielten die evangelischen Kirchen in der DDR trotz der massiven Behinderung der grenzübergreifenden Arbeit durch die ostdeutschen Behörden (Einreiseverbote, Ausbürgerung des EKD-Ratsvorsitzenden, Abbruch der offiziellen Beziehungen zur EKD) an dieser Einheit fest. In ihrer „Fürstenwalder Erklärung" betonte die ostdeutsche Teilsynode der EKD im April 1967 demonstrativ die „Einheit und Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland."

Die SED wertete die Existenz der gesamtdeutschen Kirchenorganisation jedoch als Unterstützung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik, auch wenn Kirchenvertreter die Einheit rein geistlich legitimierten. Das staatliche Vorbereitungskomitee bemühte sich, dem konkurrierenden kirchlichen Vorbereitungsausschuss für das Reformationsjubiläum die Einsicht zu vermitteln, „daß die Absage an den Allein-Vertretungsanspruch der EKD im wohlverstandenen Interesse der Kirche selbst" liege.[06] Um das offizielle Geschichtsbild nicht zu stören, wonach die Reformation zu jenem Teil der deutschen Nationalgeschichte zählte, den die DDR für sich allein in Anspruch nahm, durfte es nach staatlichem Willen keine gesamtdeutsch verantworteten kirchlichen Feiern in Wittenberg geben.[07]

Die EKD mit ihrem Kirchenamt in Hannover hielt seit Herbst 1965 Kontakt zum kirchlichen Vorbereitungsausschuss in der DDR, um sich für das Jubiläum abzustimmen.[08] Schon früh war klar, dass die Feier in Wittenberg „die zentrale Veranstaltung der evangelischen Christenheit zum Reformationsfest" sein würde, an der sowohl die deutschen Landeskirchenleitungen als auch die internationalen ökumenischen Gäste teilnahmen.[09] Der Rat der EKD stimmte diesem Wunsch des ostdeutschen Vorbereitungsausschusses unter der Voraussetzung zu, dass die „Leitung der EKD" anwesend sein könne.[10] Die Vorbereitung und Verantwortung der zentralen Feier überließ er den östlichen Kirchen, die westlichen Gliedkirchen bat er, nur regionale Veranstaltungen vorzusehen.[11] Der Rat akzeptierte schließlich auch, dass seine Repräsentanten als Vertreter der westlichen Landeskirchen beziehungsweise der Ökumene nach Wittenberg eingeladen wurden.[12] Zuletzt gab er noch eine Erklärung ab, dass er die Feier in Wittenberg *nicht* als seinen zentralen Festakt ansehe.[13] Das alles zeigt, wie stark sich die EKD zurücknahm, um die kirchliche Säkularfeier in Wittenberg nicht zu gefährden.

Trotz der gesamtkirchlichen Zurückhaltung war aber ein Konflikt zwischen ostdeutschen Staats- und Kirchenvertretern auch aus anderen Gründen nicht zu vermeiden. Zum einen versuchten Staats- und Parteivertreter in der überwiegend protestantischen DDR anlässlich der Reformationsfeiern, die auf dem VII. Parteitag

01 Zur Entwicklung historischer Jubiläen vgl. Winfried Müller, Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: ders. (Hrsg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus, Münster 2004, S. 1–75.

02 Auszug aus dem Protokoll der Politbürositzung, 15.3.1966 und Anlage Nr. 3, in: Frédéric Hartweg (Hrsg.), SED und Kirche: eine Dokumentation ihrer Beziehungen, Bd. 1: SED 1946–1967, Neukirchen-Vluyn 1995, S. 485–495, hier S. 485.

03 Vgl. Martin Roy, Luther in der DDR. Zum Wandel des Lutherbildes in der DDR-Geschichtswissenschaft, Bochum 2000, S. 154, S. 163, S. 301. Zum Erbe der Reformation aus der Sicht der DDR vgl. auch Gerhard Ringshausen, Das 450. Reformationsjubiläum 1967 in West und Ost, in: Kirchliche Zeitgeschichte 26/2013, S. 373–399, S. 389–395.

04 Abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 93/1967, S. 192–211.

05 Protokoll der Politbürositzung (Anm. 2), S. 494.

06 Zit. nach Gerhard Besier, Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 613.

07 Vgl. hierzu und zum Folgenden Claudia Lepp, Erinnerungsgemeinschaft? Die innerdeutschen Kirchenbeziehungen am Beispiel der Reformationsfeierlichkeiten 1967 und des Lutherjubiläums 1983, in: Jan Scheunemann (Hrsg.), Reformation und Bauernkrieg: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland, Leipzig 2010, S. 133–148, hier S. 133–136.

08 Vgl. Protokoll der Sitzung des Rates der EKD, 10./11.11.1965, Evangelisches Zentralarchiv (EZA) in Berlin, 2/4398.

09 Aktenvermerk von Wilhelm Gundert, 6.12.1965, EZA Berlin, 2/4398.

10 Protokoll der Sitzung des Rates der EKD, 30. 6./1.7.1966, EZA Berlin, 2/4411.

11 Vgl. Protokoll der Sitzung des Rates der EKD, 18./19.8.1966, EZA Berlin, 2/4395.

12 Vgl. streng vertrauliche Verhandlungsniederschrift über die Beratung wegen des Reformationsjubiläums 1967 am 2.8.1966 in Hannover, EZA Berlin, 2/4412.

13 Vgl. Erklärung des Rates der EKD vom 3.10.1966, EZA Berlin, 116/4.

der SED propagierte „sozialistische Menschengemeinschaft“ aus Marxisten und Christen zur Schau zu stellen, in der Menschen verschiedener Weltanschauung miteinander am Aufbau des Sozialismus arbeiteten. Zum anderen wollten sie die evangelische Kirche für die marxistische Reformationsdeutung vereinnahmen. In der Endphase der Vorbereitungen nahmen die Spannungen derart zu, dass drei Kirchenvertreter aus dem staatlichen Komitee austraten und die kirchlichen Feierlichkeiten selbst infrage standen.[14] Denn entgegen früherer Absichtserkärungen, bei den Einreisegenehmigungen in die DDR großzügig zu verfahren, machte die SED-Führung letztlich die innerdeutsche Grenze für westdeutsche und internationale Festgäste nahezu undurchlässig. Daran konnte auch der kirchliche Hinweis, die Marginalisierung der kirchlichen Feier in der DDR werde zur internationalen Aufwertung der westdeutschen Feiern führen, nichts ändern.[15] Und auch die kirchliche Drohung, die Feier in Wittenberg abzusagen, zeigte nur geringe Wirkung.[16]

Ende August 1967 beschloss das Politbüro, dass zur Teilnahme an den Feiern lediglich solche Kirchenvertreter einreisen durften, die ihre Ablehnung des bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruches sowie der US-amerikanischen Kriegführung in Vietnam erklärten.[17] Obwohl letztlich nur 39 Gäste aus der Bundesrepublik und West-Berlin an den kirchlichen Feierlichkeiten in der DDR teilnehmen konnten, verzichtete die EKD auf eine zentrale Ersatzveranstaltung in Worms – dem bedeutendsten westdeutschen Erinnerungsort der Reformation. Diese Rücksichtnahme stieß in der Bundesrepublik nicht überall auf Verständnis.[18]

Der kirchliche Vorbereitungsausschuss in der DDR entschloss sich, trotz der Behinderungen die Feiern abzuhalten, sprach sich allerdings in einer Presseerklärung gegen einen politischen Missbrauch der Reformation aus.[19] Die Kirchen stellten das Luther-Motto „Christus meine Gerechtigkeit“ ins Zentrum ihres Reformationsgedenkens. Die Festpredigten am 31. Oktober in Wittenberg kreisten um die Preisung „Selig sind, die hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden!“ In interner Runde hielt es der Ratsvorsitzende der EKD, der bayerische Landesbischof Hermann Dietzfelbinger, allerdings für fraglich, ob „in Ost und West noch in gleicher Weise über ‚Gerechtigkeit‘ gesprochen werden“ könne.[20]

Aber nicht aufgrund dieser Kontextverschiedenheit, sondern wegen staatlicher Restriktionen konnte die Wittenberger Veranstaltung nicht als die „zentrale Feier des deutschen Protestantismus zum Reformationsjubiläum“[21] gelten. Die EKD war dort in keinster Weise präsent: Selbst das unpolitische Wort des Ratsvorsitzenden zum Reformationsjubiläum war auf staatliche Weisung hin aus der Informationsmappe für die Gäste entfernt worden und wurde auch nicht in den Gottesdiensten verlesen.[22] Jeder Hinweis auf eine gesamtdeutsche protestantische Erinnerungsgemeinschaft war im Reformationsgedenkjahr tabu. Die Kirchen hatten sich diesem staatlichen Diktat letztlich gebeugt, um die kirchlichen Jubiläumsfeiern in der DDR zu retten und die Pflege des reformatorischen Erbes nicht allein dem Staat zu überlassen. Kirchlicherseits betonte man den internationalen ökumenischen Charakter des Reformationsgedenkens in Wittenberg;[23] zu dieser ökumenischen Festgemeinde zählten dann auch die westdeutschen Gäste.

Der Vorsitzende des kirchlichen Vorbereitungsausschusses, der provinzialsächsische Bischof Johannes Jänicke, nahm wie geplant am staatlichen Festakt am 31. Oktober teil, obwohl zwei ostdeutsche Bischöfe aufgrund ihrer klaren Befürwortung der kirchlichen Einheit nicht eingeladen worden waren.[24]

14 Vgl. Johannes Jänicke, Ich konnte dabei sein, Berlin 1984, S. 227 f.

15 Vgl. Geschäftsstelle der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, 28. 2. 1967, EZA Berlin, 102/245.

16 Vgl. Schreiben, 19. 8. 1967, EZA Berlin, 116/28; Schreiben, 21. 8. 1967, Bundesarchiv Berlin, DO 4/2992.

17 Vgl. Besier (Anm. 6), S. 639, und das entsprechende Schreiben des Innenministeriums der DDR, in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 93/1967, S. 190 f.

18 Vgl. Erwin Wilkens, Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 93/1967, S. 178–319, hier S. 190.

19 Abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 93/1967, S. 191.

20 Protokoll der Sitzung des Rates der EKD am 12./13. 10. 1967, EZA Berlin, 2/4394.

21 Diese Bezeichnung hatte noch am 30. 8. 1966 der Präsident der Kirchenkanzlei der EKD Hammer benutzt. Vgl. sein Schreiben an die Leitungen der Gliedkirchen in der BRD und Berlin West, EZA Berlin, 2/4412.

22 Vgl. Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe, 2. 11. 1967.

23 Vgl. Jänicke auf der Kirchenkonferenz am 16./17. 1967, EZA Berlin, 2/4394.

24 Vgl. die MfS-Einschätzung der Tätigkeit der „internationalen und westdeutschen kirchlichen Zentralen“, 27. 11. 1967, Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) Berlin, MfS HA XX/4–3233.

Trotz dieser Zurückhaltung auch bei der Bewertung der Erbe-Aneignung durch die DDR fand die gesamtdeutsche Kircheneinheit zwei Jahre darauf ihr Ende: Mit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR lösten sich 1969 die ostdeutschen Landeskirchen aus der EKD.[25]

DAS JUBILÄUM IM WESTEN: KONFESSIONELLE ANNÄHERUNG UND AUSGEBLIEBENE ERNEUERUNG

In der Bundesrepublik diente das Reformationsjubiläum 1967 nicht dazu, einen nationalen oder ideologischen Ordnungsentwurf zu stützen. Auf die Geschichtskampagne der DDR mit ihrer Säkularisierung und Politisierung des Reformationsgedenkens reagierte man auf westdeutscher Seite nicht mit einem Gegenentwurf. Das Jubiläum des Thesenanschlags wurde in der konfessionell annähernd paritätisch zusammengesetzten westdeutschen Bevölkerung[26] unspektakulär und – im Unterschied zu früheren Reformationsjubiläen – konfessionell versöhnlich mit lokalen Veranstaltungen und Gottesdiensten, einer Sonderbriefmarke, mehreren Ausstellungen und zahlreichen Publikationen aus evangelischer und katholischer Feder begangen. Nach jahrhundertealter Feindseligkeit entdeckte die katholische Kirchengeschichtsschreibung Luther neu. Dabei wirkte auch das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) nach, bei dem die katholische Kirche von vielen historischen Vorurteilen Abstand genommen hatte.

Laut einer Allensbacher Umfrage zu den nachkonziliaren Haltungen der deutschen Katholiken waren 1967 mehr als drei Viertel aller Katholiken „sehr damit einverstanden, daß die katholische Kirche jetzt versuchen will, eine Annäherung zu den Protestanten herbeizuführen". Sie hielten es für richtig, dass die katholische Kirche zukünftig mehr das Gemeinsame als das Trennende betonen wolle.[27] Ein versöhnliches Reformationsgedenken lag somit im Sinne des katholischen Kirchenvolks. Katholische Akademien veranstalteten entsprechende Tagungen, beispielsweise in Freiburg im Breisgau zum Thema „Martin Luther. Gestalt und Werk".[28] Nahezu alle westdeutschen Bistumszeitungen veröffentlichten anlässlich des Reformationsjubiläums Artikel.[29]

Mit starkem ökumenischem Akzent fand Ende Oktober in Bonn eine Evangelische Woche statt. Sie begann mit einem gemeinsamen Gebetsgottesdienst, der von einem evangelisch-katholischen Arbeitskreis vorbereitet wurde.[30] Auch in mehreren württembergischen Städten standen die Reformationsfeiern im Zeichen einer wachsenden Verbundenheit zwischen evangelischen und katholischen Christen. So hielten zum Beispiel in der Bad Cannstatter Stadtkirche der katholische Publizist Walter Dirks und der Protestant Hansjürgen Schultz, Hauptabteilungsleiter beim Süddeutschen Rundfunk, Kanzelreden. Schultz warnte allerdings vor einem überschwänglichen Ökumenismus, während Dirks die evangelische Kirche fragte, ob es in ihr nicht „reichlich katholisch" zugehe. Beide Kirchen kämen sich nur näher, wenn die Reformationskirchen den Weg der Reformation weitergingen und nicht an einem fixierten Bekenntnis hängen blieben.[31]

In seiner Predigt am Reformationstag stellte Bischof Dietzfelbinger fest, dass die Sache der Reformation immer mehr die konfessionellen Grenzen durchbreche und zu einem „ökumenischen Ereignis" für die gesamte Christenheit werde.[32] Für den Protestantismus ergebe sich daraus die Frage, wie die evangelischen Christen heute die Reformation verstünden und lebten. In ihrem ursprünglichen Sinne sei die Reformation nichts anderes als „der Gedanke und die Kraft der Erneuerung der Kirche". Auch heute gehe wieder eine tiefe Sehnsucht nach Erneuerung durch die gesamte Christenheit. Dieser Wunsch nach Reformen fand 1967 aber noch keine Erfüllung. Sofern er Strukturreformen betraf, hatte auch die

25 Vgl. Claudia Lepp, Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung 1945–1969, Göttingen 2005, S. 790–921.

26 1965 waren 44,1 Prozent der westdeutschen Bevölkerung katholisch und 49 Prozent evangelisch. Vgl. Detlef Pollack/Gergely Rosta, Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich, Bonn 2016, S. 102.

27 Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967, Bonn 1967, S. 40.

28 Hubert Jedin/Wilhelm Kasch/Gerhard Ritter, Martin Luther. Gestalt und Werk, Karlsruhe 1967.

29 Vgl. Barbara Henze, Ohne das Konzil undenkbar. Das Reformationsgedenken 1967 in den katholischen Bistumszeitungen, in: Kirchliche Zeitgeschichte 26/2013, S. 347–372, hier S. 347 f.

30 Vgl. Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe, 7.10.1967, S. 3.

31 Vgl. Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe, 2.11.1967, S. 5.

32 Reformationsjubiläum 1967, in: Lutherische Monatshefte 6/1967, S. 562–566, hier S. 563.

Rücksichtnahme auf die gefährdete gesamtdeutsche Kircheneinheit im Westen zu einem Reformstau geführt. Mit Blick auf das Reformationsjubiläum aber beklagte der Kirchenjournalist Günter Heidtmann einen „Mangel an Phantasie und Energie im Interesse aktueller Erneuerung". Anstelle einer Fixierung auf das Historische hatte er sich eine Suche nach einem „evangelischen consensus in den Grundfragen der menschlichen Existenz im Zusammenhang ihrer heutigen gesellschaftlichen Situation" gewünscht.[33] Noch deutlichere Worte fand das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel", das den Kirchen der Reformation gleich jegliche Kraft zur Erneuerung absprach und sie für „bewegungsunfähig" hielt.[34]

Nach dem affirmativen Tenor der westdeutschen Medienberichterstattung über Religion und Kirche bis Ende der 1950er Jahre hatte in den 1960er Jahren ein deutlicher Wandel eingesetzt, der sich im Zusammenhang mit gesellschaftlichen, medialen, aber auch kirchlichen Veränderungen vollzog: Die bundesdeutsche Gesellschaft erlebte eine zunehmende soziomoralische Pluralisierung; die Ausbreitung des Fernsehens und die Etablierung eines kritischen Journalismus veränderten die mediale Kommunikation; Reformfragen und die linke „Politisierung" der Kirche okkupierten die kirchliche Aufmerksamkeit.[35] Im Ergebnis nahm zwar die Präsenz der Themen Religion und Kirche in den Medien keineswegs ab, jedoch pluralisierte sich deren journalistische Wahrnehmung stark.[36] Dies wird auch in dem erwähnten „Spiegel"-Artikel deutlich: Mit acht Seiten war er recht umfangreich, in seiner Tendenz aber sehr kirchenkritisch. Auch an Polemik fehlte es nicht: So begann er mit dem Hinweis, dass gerade ein Ereignis gefeiert werde, „wie nie zuvor in viereinhalb Jahrhunderten", das gar nicht stattgefunden habe.

Bereits 1961 hatte der katholische Kirchenhistoriker Erwin Iserloh das lutherische Selbstverständnis mit seinem Befund verunsichert, es handele sich um eine Legende, dass Luther seine Ablassthesen am 31. Oktober 1517 an die Tür der Wittenberger Schlosskirche genagelt habe; die Thesen seien vielmehr mit der Post verschickt worden. Daraufhin war eine lange, teilweise emotional geführte Debatte über die Historizität des Thesenanschlags gefolgt.[37] Abgesehen vom erwähnten „Spiegel"-Artikel wurde jedoch im konfessionell versöhnlich gefeierten Jubiläumsjahr 1967 darüber nicht laut gestritten.

REFORMATIONSJUBILÄUM 2017: WER GEDENKT WAS UND WIE?

2017 wird das 500. Reformationsjubiläum begangen. Werden Katholiken und Atheisten erneut – wie 1967 – mitfeiern? Der historische Kontext hat sich in 50 Jahren deutscher Geschichte verändert. Die Stammlande der Reformation gehören jetzt zur Bundesrepublik, die DDR und die mit der Zweistaatlichkeit verbundene Erinnerungskonkurrenz gibt es nicht mehr. Katholische und evangelische Kirche agieren in der bundesdeutschen Öffentlichkeit vielfach gemeinsam. Nach dem Willen der beiden Kirchen soll die Ökumene auch im Zuge des Reformationsjubiläums weiterentwickelt werden. Katholischerseits will man allerdings nur an einem „Reformationsgedenken" teilnehmen, denn zum Jubeln bestehe im Hinblick auf die Spaltung des abendländischen Christentums kein Anlass.[38] Die Erinnerung an die Reformation soll aus katholischer Sicht kein „Positivjubiläum" sein.[39]

2013 verfassten Lutheraner und Katholiken gemeinsam einen Text mit dem Titel „Vom Konflikt zur Gemeinschaft".[40] Er ist gleichermaßen retro- wie prospektiv ausgerichtet. Auf diesem Dialogdokument baut ein Entwurf von Lutherischem Weltbund und Vatikan für einen ökumenischen Gottesdienst auf. Nach dieser Li-

33 Günter Heidtmann, Der deutsche Protestantismus im Jubiläumsjahr 1967, in: Protestantische Texte aus dem Jahr 1967. Dokument, Bericht, Kommentar, Stuttgart–Berlin 1967, S. 48–53, hier S. 49f.

34 Mann ohne Maß, in: Der Spiegel, 30.10.1967, S. 38–52, hier S. 52.

35 Vgl. Klaus Fitschen et al. (Hrsg.), Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre, Göttingen 2011.

36 Vgl. Nicolai Hannig, Die Religion der Öffentlichkeit. Kirche, Religion und Medien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Göttingen 2010.

37 Zur neueren Reformationsgeschichtsschreibung siehe die APuZ 52/2016, Reformation (*Anm. d. Red.*).

38 Vgl. Wolfgang Thönissen, Katholische Perspektiven zum Thema „Reformationsjubiläum", in: Kirchliche Zeitgeschichte 26/2013, S. 437–446, hier S. 437.

39 Zur Unterscheidung von Positivjubiläen und Negativjubiläen vgl. Catrin Kollmann, Historische Jubiläen als kollektive Identitätskonstruktion, Stuttgart 2014, S. 26–29.

40 Siehe die Seite „Gemeinsam unterwegs" des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes und des Johann-Adam-Möhler-Instituts für Ökumenik: www.2017gemeinsam.de/index.php?id=106.

turgie wurde am 31. Oktober 2016 in Lund ein internationaler ökumenischer Gottesdienst von Papst Franziskus sowie dem Präsidenten und dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes gefeiert. Für 2017 sind in Deutschland viele ökumenische Initiativen für ein „gemeinsames katholisch-lutherisches Reformationsgedenken" vorbereitet.

Die evangelische Kirche begann schon 2008 mit einer Lutherdekade. In ihrem umfangreichen Programm setzt sich die EKD explizit von Jubiläumstendenzen der Vergangenheit ab: „Während in früheren Jahrhunderten Reformationsjubiläen national und in konfessioneller Abgrenzung begangen wurden, soll das kommende Reformationsjubiläum von Offenheit, Freiheit und Ökumene geprägt sein."[41] Gefragt wird nach der Rolle der Reformation bei der Entstehung der Moderne und nach ihren Auswirkungen für die heutige Zeit. Fast mustergültig wird damit ein Charakteristikum von Jubiläen in der Zeitgeschichte erfüllt: die „historische Neujustierung". Das Vergangene wird im Licht der Gegenwart umgruppiert, und neue Blickachsen werden geschaffen. Im Jubiläum „hat der Glaube, dass die Geschichte unmittelbar auf die Gegenwart zulaufe, seinen legitimen Platz, und er ordnet das Gewesene von Jubiläum zu Jubiläum neu".[42] Von manchen wird die Lutherdekade kurz vor ihrem abschließenden Höhepunkt, dem eigentlichen Jubiläumsjahr, inzwischen als „protestantische Dauerwerbesendung" empfunden.[43]

Die deutsche Gesellschaft ist seit den 1960er Jahren religiös und weltanschaulich deutlich pluraler geworden. Auch durch die Wiedervereinigung wurde der Anteil der Protestanten und Katholiken kleiner. Zugenommen hat neben den Angehörigen anderer Religionen vor allem die Zahl der Konfessionslosen, die inzwischen den größten Bevölkerungsteil ausmachen.[44] Doch gilt auch das Reformationsjubiläum 2017 als ein historisches Jubiläum von „gesamtstaatlicher Bedeutung", die Protestanten müssen folglich nicht alleine feiern.[45] Der Bund und die Länder beteiligen sich daran finanziell wie inhaltlich. Schon 2007 schufen Bundesregierung, Länder und die EKD zur Jubiläumsvorbereitung eine gemeinsame Arbeitsstruktur, „um unter Wahrung der jeweiligen Verantwortungsbereiche erfolgreich zusammen zu arbeiten". Im geschichtspolitischen Positionspapier der Bundesregierung wird auf die identitäts- und imagefördernde Funktion des Jubiläums hingewiesen: „In der Rückbesinnung auf die unsere heutige Gesellschaft und unser Staatswesen so prägenden Folgen der Reformation ist es möglich, sich der eigenen Identität zu vergewissern, Deutschland als weltoffene Geistes- und Kulturnation zu präsentieren und ein positives Deutschlandbild im Ausland zu befördern." Inwieweit dies gelingt, wird Gegenstand zukünftiger Forschung sein.

CLAUDIA LEPP
ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte und leitet die Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist Mitglied der DFG-Forschergruppe „Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik 1949–1989" und mittragende Wissenschaftlerin des Internationalen Graduiertenkollegs „Religiöse Kulturen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts".
ccl@evtheol.uni-muenchen.de

41 Siehe die offizielle Jubiläumsseite der Staatlichen Geschäftsstelle „Luther 2017": www.luther2017.de/de/2017/reformationsjubilaeum.

42 Martin Sabrow, Jahrestag und Jubiläum in der Zeitgeschichte, in: ders. (Hrsg.), Historische Jubiläen, Göttingen 2015, S. 9–23, hier S. 21.

43 Christine Rietz, Da müssen wir durch, 14. 10. 2016, www.zeit.de/2016/43/luther-dekade-festjahr-katholiken.

44 2010 waren 30,15 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger katholisch, 29,23 Prozent evangelisch und 33,06 Prozent konfessionslos; 7,54 Prozent gehörten anderen Glaubensgemeinschaften an. Vgl. www.bpb.de/145148/religionszugehoerigkeit.

45 Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Projektgruppe Reformationsjubiläum (Hrsg.), Die Bundesregierung und das Reformationsjubiläum 2017. Eine Positionsbeschreibung, Bonn 2014, www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/BKM/2015/2015-10-20-reformationsjubilaeum-positionsbeschreibung.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Hieraus auch die folgenden Zitate.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Januar 2017

REDAKTION
Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ

Nächste Ausgabe
8/2017, 20. Februar 2017

ESTLAND,
LETTLAND,
LITAUEN

bpb:

APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz